

# UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

140 · Juni 2002

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 483

## Essay

GERHARD ZWERENZ  
Ernst Bloch oder die Kopernikanische Wende  
im Hörsaal 40 485

## Aufbrüche

JOCHEN WEICHOLD  
Abschied von Visionen 491

THOMAS SCHUBERT  
Rudolf Bahro – ein deutsch-deutscher Denker  
zwischen vorgestern und übermorgen 500

KLAUS MEIER  
Netzwerke für eine nachhaltige Gesellschaft 507

ANJA LAABS  
Schächten oder Schlachten –  
eine pseudoethische Kontroverse 519

## Bildung & Gesellschaft

ANDREAS MERKENS  
Ungleichheit für Alle.  
Bildungsreform und gesellschaftlicher Widerspruch 524

HANSGÜNTER MEYER  
Die Krise der Universitäten 533

## Standorte

THOMAS KUCZYNSKI  
Anfang und Ende  
der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe 545

## Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	562
---	-----

## Bücher & Zeitschriften

Friedrich Thießen (Hrsg.): Zwischen Plan und Pleite. Erlebnisberichte aus der Arbeitswelt der DDR (JÖRG ROESLER)	564
---	-----

Alexander Rüstow: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus (ULRICH BUSCH)	565
---	-----

Christoph Jünke (Hrsg.): Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus im 20. Jahrhundert (RICHARD HEIG)	566
---	-----

Werner Röhr, Brigitte Berlekamp, Karl Heinz Roth (Hrsg.): Der Krieg vor dem Krieg. Politik und Ökonomik der »friedlichen« Aggressionen Deutschlands 1938/1939 (STEPHAN MOEBIUS)	568
--	-----

Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie (ALJOSCHA JEGODTKA)	570
---	-----

Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, (ARNDT HOPFMANN)	572
--	-----

Summaries	574
-----------	-----

An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	576
---	-----

# VorSatz

*Die Bestürzung der Politik über die Bluttat von Erfurt hatte eine Halbwertszeit von etwa zwei Tagen. Danach kam, was kommen mußte: die parteipolitische Instrumentalisierung und die kommerzielle Verwertung der schrecklichen Begebenheit.*

*Der Tathergang war noch nicht einmal vollständig rekonstruiert, da präsentierte RTL dem geneigten Publikum ein (an einer Kölner Schule bereits am Sonntag danach gedrehtes) ›re-enactment‹ – eine realitätsnahe filmische (Nach)Inszenierung der Ereignisse. Die daraufhin einsetzende moralische Entrüstung wurde ›erfolgreich‹ mit dem Verweis auf die legitimen Geschäftsinteressen des Senders in die Schranken gewiesen.*

*Die Politik flüchtet sich derweil in die sattsam bekannte Methode, die Gesetze zu verschärfen, mehr Kontrollen zu fordern und nach der (Ideal)Familie zu rufen. Demnächst sollen also der Waffenbesitz (von Jugendlichen) erschwert sowie Gewaltvideos und Computerspiele – per ›freiwilliger Selbstkontrolle‹ der Hersteller – altersgemäß klassifiziert werden. Schließlich fehlt es auch nicht an gegenseitigen Schuldzuweisungen, wer, warum und wodurch die allgemeine Misere familienpolitisch zu verantworten hätte. Und auch an oberflächlichen Mutmaßungen über Ursachen und Folgen von ›Schulstreß‹ mangelt es natürlich nicht.*

*Geschäftsinteressen stehen eigentümlicherweise kaum ernsthaft in der Kritik. Die Produzenten von Filmen und Videospielen bestreiten vehement einen Zusammenhang zwischen dem Gehalt ihrer Produkte und der zunehmenden Jugendgewalt – denn: gemessen am Verbreitungsgrad gewaltverherrlichender Medienerzeugnisse ›müßte es dann noch viel mehr Gewaltexzesse geben‹. Und auch die Waffenlobby kann beim besten Willen keinen Zusammenhang zwischen dem Zugang zu Waffen und den ›Wahnsinnstaten einzelner‹ erkennen. Tatsächlich existieren schwerlich nachweisbare direkte Verbindungen zwischen den einzelnen Erscheinungen – jedenfalls solange nicht, wie die gesellschaftlichen Zustände in ihrer Gesamtheit außer Betracht bleiben.*

*Es ist nämlich durchaus keine harmlose mediale Fiktion, wenn die ›Helden‹ aller couleur – im Videospiel und im Kriminalfilm wie auch in der daily soap – sich erfolgreich gewaltförmiger Mittel bedienen. In einer Gesellschaft, in der die allgemeine Konkurrenz nicht ›nur‹ um Einkommen, sondern vor allem um Entwicklungschancen faktisch alle Bereiche erfaßt hat, ist es längst allgemein akzeptiert, daß für den ›Sieg‹ – vorzugshalber natürlich der ›gerechten Sache‹ –*

auch Gewalt, List und Täuschung eingesetzt werden dürfen. Skrupel in dieser Hinsicht haben höchstens noch prädestinierte Loser.

Das betrifft nicht zuletzt den Bildungssektor. Auch weil es für die Unternehmen kostengünstiger und deshalb rational ist, Ausgebildete aus dem Ausland zu importieren, statt selbst auszubilden, ist die Zahl der Lehrstellen seit Jahren rückläufig. Die wenigen verbleibenden Plätze werden zudem bevorzugt an Abiturienten vergeben, die bereits volljährig sind und deshalb nicht mehr den Bestimmungen des Jugendschutzes unterliegen. Die Reaktion auf der ›Angebotsseite‹ ist entsprechend. Immer mehr Jugendliche eines Jahrgangs drängen – nicht selten trotz mangelnder Befähigung – zum Abitur, in der Hoffnung, danach eine der begehrten Lehrstellen zu erhaschen. Wer dies nicht schafft, geht im Zweifel zum Studium und promoviert notfalls (wider Willen). Wer aber das Abitur nicht schafft – und wer zudem dann nicht einmal den Realschulabschluß sicher weiß, wie dies in Thüringen der Fall ist –, für den sind allzu früh im Leben bereits wichtige Entwicklungschancen vertan. Ist es da nicht mit den Händen zu greifen, daß die ›strukturelle‹ Gewalt der Verhältnisse und die alltägliche Zur-Schau-Stellung, wie moderne Helden diesen Widrigkeiten ohne Skrupel listig und gewaltsam trotzen, den Weg in eine bestimmte Art von ›Problemlösung‹ weisen? Und wer es über List und Täuschung nicht schafft, dem bleibt schließlich noch Gewalt, die er in der Regel auch gegen sich selbst richtet – notfalls als (erweiterter) Selbstmord.

Ein Fazit der politischen Aufgeregtheiten nach der Schreckenstat vom 26. April 2002 ist daher eine längst bekannte, aber immer wieder und gern verdrängte Einsicht. Es macht keinen Sinn, über ›Gewaltprävention‹ zu rasonieren, ohne an den strukturell gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen insgesamt rühren zu wollen. Denn solange der den Verhältnissen eingeschriebene, unerbittliche Konkurrenzzwang nicht nur alle erdenklichen Mittel heiligt, sondern auch mit grausamer Unausweichlichkeit seine Opfer fordert, solange muß mit quasi tödlicher Sicherheit davon ausgegangen werden: »Der nächste Amokläufer kommt bestimmt« (Robert Kurz).

ARNDT HOPFMANN

GERHARD ZWERENZ

# Ernst Bloch oder die Kopernikanische Wende im Hörsaal 40

Unter dem Einfluß der sich in die Köpfe erstreckenden Parteidiktatur verhinderten die machthabenden Marxisten jede Fortentwicklung ihrer Theorie, es war, als würde etwa die biologische Entwicklungslehre auf den Wortlaut von Darwins Sätzen beschränkt, und wer weiter denkt, wird zum Feind erklärt. Das Klassiker-Zitat hat ewigen Bestand, die Interpretation ist Sache der Regierenden und ihrer Schriftgelehrten.

Wolfgang Fritz Haug, Professor an der Freien Universität Berlin und Marxist dazu, philologisierte bei seiner Abschiedsvorlesung im Februar 2001 Marxens 11. Feuerbach-These, die das Foyer der ebenfalls Berliner Humboldt-Universität schmückt oder auch, je nach Unverstand, verunstaltet, denn es steht zu lesen: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern!« Semikolon und Ausrufezeichen sind Erfindungen, die als unzulässiges Beiwerk zurückzuweisen leicht fällt, während das eingefügte »aber« schwerer wiegt, denn es ist nicht Zutat von Ideologen, sondern oszillierende Verdeutlichung von Friedrich Engels. Der Marxsche Urtext lautete kurzum: »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern.« Haug moniert die gebräuchliche, wo nicht mißbräuchliche Entstellung des Zitats, wobei die Modernisierung des »kömmt« ins »kommt« marginal bleibt, die Einfügung des »aber« jedoch den Dollpunkt bezeichnet. Haugs fairer Verweis auf Ernst Bloch führt ins Zentrum marxistischer Kontroversen. Anfangs hatte Bloch die laxe Formulierung von Engels übernommen, bis er die Urfassung entdeckte, die Philosophie (Theorie) und Praxis (Veränderung) nicht durch das eingefügte »aber« soweit trennt, daß Parteien, ihre Zentralmonaden, endlich Diktatoren schalten und walten können, bis der Marxismus in sein Gegenteil entfremdet.

Es war denn auch der Trotzki Ernest Mandel, der wie Bloch in den 11 Feuerbach-Thesen »die eigentliche Geburtsurkunde des Marxismus« sah und die neuen Blochschen Überlegungen dankbar aufnahm.

Erst jetzt, also ebenso verspätet wie es das Privileg der Marxisten ist, die laut Wolfgang Harich gar nicht mehr anders als verspätet leben können, erst jetzt wurde einsichtig, weshalb in der Messestadt der einstmals hier einwohnende Ernst Bloch Unperson ist, nichts als ein toter Hund, womit die Wendegewinner nach 1989 fortsetzen, was die Vorwendegewinner von 1957 bis 1989 praktizierten. Bloch ist von ihnen als Nicht-Marxist, ja gar als Marx-Feind mehr als drei

Gerhard Zwerenz –  
Jg. 1925; Schriftsteller,  
1952 Philosophiestudium  
in Leipzig bei Ernst Bloch,  
1957 Übersiedlung in die  
BRD, von 1994 bis 1998 mit  
PDS-Mandat Mitglied des  
Deutschen Bundestages;  
Werke unter anderem:  
»Kopf und Bauch« (1971),  
»Der Widerspruch. Auto-  
biographischer Bericht«  
(1974/1991), »Die Rückkehr  
des toten Juden nach  
Deutschland« (1986);  
zuletzt in »UTOPIE kreativ«:  
»Das Trotzki-Tabu« (Nr. 118,  
August 2002)

Jahrzehnte lang zugleich beschimpft und beschwiegen worden. Ab 1989 wurde er wegen unheilbarem Marxismus wiederum vergessen gemacht, so ändern sich die Zeiten, indem sie sich nicht ändern. Ich besichtigte vor einigen Jahren das vormalige Blochsche Direktorenzimmer im vormaligen Philosophischen Institut zu Leipzig im Peterssteinweg. Verfaulte Dielen, Mäusefraß und herausgerissene Installationen bezeugten jene Haltung, die Hegel dem »geistigen« Tierreich zurechnete. Nun ja, die Leipziger hatten auch ihren Johann Sebastian Bach lange Zeit dem schmachlichsten Vergessen anheimgegeben, bevor sie begriffen, daß man sich in seinem Glanze sonnen kann. Bloch ist inzwischen in seine Geburtsstadt Ludwigshafen heimgeholt worden, wo Kapital offenbar nicht so neudeutsch dumpf und bar jeder Tradition dahinvegetiert wie in zurückeroberten Länderereien. Bloch, ein exilierter Jude wie Marx selbst, dazu Marxist, teilt das Schicksal aller revolutionären deutschen Juden als doppelt und dreifach Ausgestoßene.

Wer sich genauer informieren will, den aufwendigen Weg der Bloch-Lektüre jedoch scheut, dem sei der Bloch-Almanach, 10. Folge von 1990 empfohlen, herausgegeben von der Stadt Ludwigshafen. Der Fall Marx-Feuerbach-Bloch wird hier erstaunlich kenntnisreich abgehandelt, eingerahmt freilich von einer modrigen Frechheit, die auf den Namen Joachim C. Fest hört, und den Erinnerungen der frühen Bloch-Adeptin Ruth Römer, die als sächsische Kommunistin arglos begann und als graue Nihilistin in Bielefeld verärgert endete, wobei sie sich nicht scheut, selbst Rudi Dutschke eins zu versetzen. Der Mainstream fordert eben seine Opfer. Trauer muß Klio, die Göttin der Geschichte tragen.

Der alte Konflikt, der sich im Streit um die Marxschen Feuerbach-Thesen entwickelte, insonderheit der elften, ist bisher weder beigelegt noch zufriedenstellend aufgeklärt worden. Derart läuft die Einfügung des »aber« darauf hinaus, die philosophische Interpretation der Welt zu marginalisieren, wo nicht ganz abzusagen und einzig ihre »Veränderung« zu akzeptieren. Der Moskauer Orthodoxie zufolge führte der revolutionäre Weg von Marx/Engels zu Lenin und Trotzki sowie zur Nachfolge Stalins, der Trotzki tilgte und sich an seine Stelle setzte.

Die Blochsche List, in der dieser ganze Skandal kulminierte, bestand in der Entheiligung des Dogmas. Erstens blieb die Veränderung der Welt nicht identisch mit dem Weg der Sowjetunion, zweitens erhielt die Interpretation wieder ihre ursprünglichen philosophischen Rechte und die Usurpation durch die jeweilige Partei- und Staatsspitze verlor ihre angemäße Legitimität. Ziehen wir zur Verifikation die Haltung Blochs zu Nietzsche heran, können wir bereits auf den frühen, ersten Text Blochs von 1906 zurückgreifen, wo das Thema in klassischer Plausibilität vorformuliert wurde: »Nietzsche ist den geistigen Opfertod für unsere Zeit gestorben. Er hat ein völlig Neues gesucht ... So hat Nietzsche immer nur präludiert ... Das letzte Wort wurde nie gesprochen.«

Bloch feiert Nietzsche als Denker der »Auflehnung des Subjekts« und der »Bejahung des Lebens«, die »lebenbergend« sei, als Gründer einer »neuen Philosophie der Kultur ...« Nietzsches Fragen komme Bedeutung zu, seinen unfertigen Antworten jedoch nicht.

Womit die Schwäche marxistischer Dogmatik gekennzeichnet ist – die Unkenntnis, ja Aussperrung des Subjektiven, des Subjekts schlechthin zum Zwecke der Verhinderung seiner Autonomie. Man blicke auf die Sowjetnachfolgestaaten, ihre Irrealismen und Atavismen, bis hin zu den Richtung Zar zurückreitenden Kosaken und den lieben Babuschkas, die in Scharen demütig die Kirchen füllen und stelle sich vor, das waren einmal Komsomolzen, die SU hatte ein Ministerium für Atheismus. Jetzt beten junge, gut ausgebildete Ikonen-Restaurateurinnen inniglich und gemeinsam, bevor sie mit feinem Pinsel die Farben der kostbaren Heiligen-Figuren auffrischen. Wohin ist alle aufklärerische Propaganda und Agitation? Mit dem Satz, das Sein bestimme das Bewußtsein, gehen die Ideologen noch heute hausieren, und kein Gedanke daran, daß es Unbewußtsein gibt und noch manches andere. Da saß von 1949 bis 1961 ein Denker mitten in Leipzig, und als er sagte, es gebe »Unabgeholtenes und Noch-nicht-Bewußtes« in den Köpfen, der Mensch sei mehr als ein Echo aufs Parteilehrjahr, ergriffen sie ihre Chance keineswegs, begriffen noch nicht einmal, daß es eine Chance war. Bis heute kennen sie nur »Sein und Bewußtsein«. Was ihnen Marxisten von Trotzki bis Bloch dazu erläuterten, konnte nicht zum einen Ohr hinein und zum anderen hinausgehen, es ging prinzipiell nicht hinein. Ihre vordersten Pioniere sind gerade mal bei Gramsci angelangt und entdecken die kulturelle Hegemonie der Kultur, nachdem ihnen die staatliche Hegemonie abhanden kam.

Wie ich als Ausgeschlossener erst verspätet wahrnehmen konnte, versuchten die Nachfolger Blochs im Philosophischen Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, anhand der 11. Feuerbach-These der inneren Reform auch in den folgenden Jahren noch auf die Sprünge zu helfen. Das ist ehrenwert und so nutz- und folgenlos geblieben wie Blochs Lehrtätigkeit in dieser Stadt. Die Partei in ihrer berechtigten Angst vor dem Machtverlust hatte ihr Wägelchen an den sowjetischen Panzer gekettet. Als Gorbatschow abkoppelte, blieb der Parteikarren im Sumpf stecken, den Dogmatikern ging nie auf, daß nur die objektive Analyse zur Theorie, ergo »Interpretation« führt, mithin bereits Teil von Praxis ist. Und Praxis leitet in die Irre, hat sie nicht Real-Analyse zur Grundlage. Den Hauptkategorien Interpretation und Praxis waren überholte Definitionen unterlegt worden. Eine Fortführung Marxscher Begrifflichkeiten hatte, weil bei Strafe verboten, nicht stattgefunden. Reichhaltiges Material dafür ist bei Trotzki und Bloch nachzulesen, welche Lektüre man sich untergangssüchtig strikt untersagt hatte. Alle Großreiche der Vergangenheit hatten mit Hilfe totaler, auch die Köpfe umfassender Gewalt ihre Macht auszubauen und zu erhalten gesucht. Nach dem letzten Exempel, das im Untergang der Götter samt Gesinde endete, versuchen es die USA. Aller Voraussicht nach dürfte dies der letzte Turmbau von Babel werden. Danach herrscht, falls der revolutionäre Wärmestrom versiegt, universaler Kältetod. Für ihn gilt ein Gesetz, das Orwell für die Parteien formulierte: »Je mächtiger die Partei ist ... desto unerbittlicher die Gewaltherrschaft.« Der Kältetod ist das letzte Gesetz, das von der Macht erlassen wird.

Im Bloch-Almanach 3/1983 gibt Rüdiger Schmidt eine kurze Einführung zu Blochs Nietzsche-Artikel und seinen späteren Ausführun-

gen im Werk. Auf »Tendenz, Latenz, Utopie« bezogen, stellt Schmidt Blochs Objekt-Subjekt-Dialektik dar, wobei der Objektivität des Marxismus die menschliche Subjektivität bis zum »innerlich erlebten Prozeß« beigefügt werden soll. Was in der politischen Sprache Beeinflussung per Propaganda und Agitation ist, damit zugleich Einflußnahme von oben nach unten, wird als illegitim bewertet, das Individuum der Selbstbefreiung überantwortet und so die Autonomie des Subjekts ermöglicht.

Welche Erweiterungen des Marxismus damit gegeben waren, welche stimulierenden Folgen es im revolutionären Prozeß der Menschwerdung nach sich ziehen könnte, durfte in Leipzig nicht gedacht werden. Selbst ein kluger Kopf wie der jugendlich-oppositionelle Wolfgang Harich schwenkte von der Verehrung Nietzsches unter dem Einfluß Georg Lukács' um zur radikalen Verwerfung des Philosophen Nietzsche, statt sich der prozeßhaften Genauigkeit Blochs zu bedienen, nach dessen Urteil Nietzsche radikal fragte, jedoch nicht ebenso antwortete, welche Erkenntnis, nebenbei bemerkt, nazistische Auswertungen von vornherein verriegelt hätte, wären die Nietzscheaner nicht mit den Deutschen gegangen. Die ungeheure revolutionäre Sprengkraft der von Bloch angezielten neuen Theorie und Praxis blieb verborgen, obwohl es einer Handvoll aufmerksamer Kopfmenschen gelang, den Dollpunkt wenigstens anzudeuten. Schon die russische Oktoberrevolution, die das Subjekt anfangs befreite, unterdrückte es bereits kurze Zeit darauf mit aller Härte, wogegen sich Blochs Erweckungsversuch des Subjekts richtete, diese Ermütigung zu einer zweiten Revolution, durch die der Mensch Herr seiner Möglichkeiten würde. Das kühne Experiment endete im Osten mit Repression und im Westen mit dem Desinteresse, das dem Exilanten Bloch in Form lauer und lässiger Liberalität entgegengebracht wurde. Die Entscheidung aber fiel im Hörsaal 40 der Leipziger Universität, als ein kurzes Jahr hindurch, vom Frühlingstauwetter 1956 bis zum letzten Tag vom Katheder herab ohne Sklavensprache philosophiert wurde.

Der große Raum füllte sich mit Ahnungen. Für wenige Monate schien greifbar, wo nicht begreifbar, daß Sozialismus möglich werde. Es endete mit Lehrverbot für Ernst Bloch. Fortan war dieser Hörsaal diskreditiert. Ein Nachhall sozialistischer Freiheiten hing im Raum. Der Abbruch des Augusteum mit Hörsaal 40 schadete der verordneten Macht mehr als der Abriß des benachbarten religiösen Heiligtums. Für den Wiederaufbau der Paulinerkirche wird gesammelt. Eine Wiedergeburt von Hörsaal 40 steht nicht zu erwarten. Die Luft zum freien Atmen fehlt.

Der Abriß des Hörsaal 40 in Leipzig ist der wahre symbolische Exzeß, denn an diesem Ort war Ende 1956 Blochs Denken blockiert worden, das mit dem Nietzsche-Aufsatz von 1906 begonnen hatte, wie Rüdiger Schmidt feststellte. Tatsächlich ist die Kategorie des Noch-nicht-Bewußten in der Bejahung Nietzsches als einem Fragenden und der Ablehnung als einem falsch Antwortenden enthalten. Die Gedankenkette führt von der Religion über die Reflexion zur eingeforderten Veränderung. Das individuelle Modell eines Saulus, sich in Paulus verwandelnd, soll praktikabel werden. An die Stelle Gottes, der dem Sünder Saulus zuredet, sich zu ändern, hat die An-



wendung der neuen, also anderen Lebensmöglichkeiten zu treten. Statt der theologischen, religiösen, biblischen Erweckungen sind Entdeckungen gefragt, welche Einsicht revolutionär ist und in der Gesellschaft direkt die Machtfrage stellt. Die Folgen sind traditionell, wir wissen es, Niederlage und Vernichtung der Revolutionäre, weil die Kräfte des Vergangenen das Künftige dominieren. Wohlmeinende spätere Historiker nennen den geschlagenen Revolutionär einen Zuführgekommenen. Er kam nicht zu früh, die Gegner herrschten zu spät. Dies ist der tiefere Grund des ewigen Konflikts um die 11. Feuerbach-These und ihre durch Bloch weitergetriebene Interpretation. Hier liegt der Angelpunkt seiner Philosophie. Hier entscheidet sich die Auseinandersetzung mit den Kräften, die Zukunft als lediglich verlängerte Vergangenheit verstehen und die Entdeckung bisher verbotener und verriegelter Möglichkeiten verneinen, bekämpfen, bestrafen, solange sie die Macht dazu besitzen. Dies ist auch die Ursache, weshalb die neue Idee des Noch-nicht im Osten verfolgt und im Westen verleugnet wurde. Bloch: »... jede Beurteilung Nietzsches muß notwendig unrichtig sein, die nicht die Unfertigkeit seines Denkens begreift.« Die Unfertigkeit eigenen Denkens einzugestehen, ist heute Denkern wie Politikern verboten. Sie würden nicht akzeptiert, nicht gewählt, nicht für voll genommen. So mäandern sie dahin. Die 11. Feuerbach-These enthält die ganze Revolutionsfrage, und die Antwort darauf wurde in Ost wie West verhindert. Nur begriff man im Osten die Gefahr einer Antwort, die anders lautet als die Macht es will, während im Westen schon die Frage nicht verstanden wird. Wenn es darauf ankommt, die Welt zu verändern und die Veränderung nach Art der Sowjetunion mit deren Untergang endete, ist möglicherweise nur dieses sowjetische Modell falsch gewesen, vielleicht aber auch die vorausgegangene zugrundeliegende Interpretation – also Reflexion. Ist nur das Sowjetmodell Ursache des Mißlingens, wäre es mit Trotzki als Alternative möglicherweise besser gelungen. War aber bereits die Interpretation der Welt falsch, liegt der Denkfehler schon bei Marx.

Angenommen, seine Analyse des Kapitals stimmt, wofür einiges spricht, dann kann jedoch seine Revolutionstheorie durchaus fehlerhaft sein, vielleicht historisch überholt, vielleicht auch zu geschichtsoptimistisch gedacht. Erstaunlicherweise erörtern die tüchtigen marxistischen Intellektuellen diese beiden Grundfragen wie auf Verabredung nicht mal im Ansatz. Es ist wie der Abbruch des Hörsaal 40 in Leipzig. Vorbei. Ersatzweise soll, wie das Hohenzollernschloß zu Berlin, die Universitätskirche wieder errichtet werden, als ob Predigten hülften, wo der geschärfte Gedanke verboten wurde und selbst die Erinnerung daran noch ausgelöscht zu bleiben hat.

Um das blockierte, von der Sowjetmacht dogmatisierte Marxsche Denken aufzubrechen, die alten Begriffe hegelianisch zu verflüssigen und die erstarrten Kategorien zu entgrenzen, ist Blochs Einschätzung Nietzsches in Beziehung zu setzen mit einer Beurteilung Marxscher Philosophie. Hat auch er vielleicht die richtigen Fragen gestellt, zum Kapital die richtigen Auskünfte gegeben, mit seiner Revolutionstheorie jedoch die falschen Antworten? Es bedürfte, soll die Welt nicht am globalisierenden Kapital kaputtgehen, wohl einer anderen Revolution. Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten

benötigen die Energien eines, mit Bloch gesprochen »revolutionären Wärmestroms«, der als Selbstkorrektur der Linken den Rückbezug auf Marx und Nietzsche enthalten müßte. Blochs Noch-nicht birgt dann den Gewinn jener Freiheit, von der Marx in der »Heiligen Familie« noch resigniert feststellte: »Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Beerdigung.« Vom Frühjahrs-Tauwetter bis zum blutigen ungarischen Oktober des Jahres 1956 sprach Ernst Bloch im Hörsaal 40 der Leipziger Karl-Marx-Universität offen und ungeschützt als Philosoph. Vorher hatte er nur mit kritischen Anmerkungen gewürzte Philosophiegeschichte gelehrt, jetzt setzte es eine halbjährige sozialistische Freiheitslektion. Wer das an diesem Ort vernahm, vergaß es nie, und wenn es ihn auch ins Zuchthaus, Exil, Elend oder in unerwartete glanzvolle Karrieren verschlug. Der junge Marx hatte in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts nicht ahnen können, welch eine dogmatisierende Verballhornung seine 11. Feuerbach-These erfahren würde, wenn eine Staatsmacht nicht die neuen Ideen, sondern ihre Ideologisierung zur Pflicht erhöbe. 1956 durfte ein Philosoph für die eminente Spanne von sechs Monaten mitten in Leipzig lehren, daß die 11. These nichts Geringeres als eine Kopernikanische Wende der Moderne erforderte – im aufrechten Gang aus der Befehlsgesellschaft in die Entscheidungsfreiheit.

Es wurde aber konservativ und reaktionär entschieden. Die Macht programmierte damit exakt das, was sie um jeden Preis zu verhindern suchte – ihr Ende.

JOCHEN WEICHOLD

## Abschied von Visionen

Grundsatzprogramme sollen Wegweiser in die Zukunft sein. Sie wollen in der Regel die Vision einer besseren Gesellschaft aufzeigen und Entwicklungspfade dorthin skizzieren. Mitunter gehen aber die Visionen in dem Bemühen verloren, sich auf das Berechenbare zu beschränken. So geschehen bei dem von Bündnis 90/Die Grünen Mitte März 2002 in Berlin beschlossenen neuen Grundsatzprogramm, das das Bundesprogramm der Partei von 1980 ersetzt.

Ein simpler Vergleich beider Programme würde jedoch zu kurz greifen. Zum einen konnten Entwicklungen wie die Implosion des ›real existierenden Sozialismus‹ in Osteuropa und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands oder qualitativ neue Prozesse wie die Globalisierung 1980 nicht vorausgesehen werden. Zum anderen greift ein solcher Vergleich zu kurz, weil eine Reihe von Aussagen des über 20 Jahre alten Bundesprogramms historisch überholt ist und nicht zuletzt, weil einige der damals entwickelten Vorstellungen bar jeden Realitätsbezuges waren. Das betrifft exemplarisch die Orientierung auf einen »Ausstieg aus der Industriegesellschaft« sowie den »Alarmismus« und »Sofortismus« des alten Programms. Das neue Grundsatzprogramm ist daher an den heutigen und künftigen Erfordernissen zu messen und – wo nötig – der Kritik zu unterziehen.

In der *Präambel* des Grundsatzprogramms nehmen die Grünen offiziell Abschied von der Protestpartei. Die Partei habe sich in den letzten zwei Jahrzehnten in mancherlei Hinsicht gewandelt. Die entscheidende Veränderung sei gewesen, daß sich die Grünen »zu einer Reformpartei entwickeln wollten und mussten, um erfolgreich zu bleiben« (14). Die Partei hat sich von dem alten Credo ihrer Gründerzeit – wir ändern alles, und zwar sofort – getrennt. Ihre politischen Ziele wollen die Grünen heute »durch eine langfristig angelegte Reformstrategie erreichen« (14). Typisch dafür sind die zwölf Schlüsselprojekte, mit denen die Partei »der Modernisierung eine grüne Richtung geben« (15) will.

Die Mitglieder der grünen Partei würde nicht eine Ideologie, sondern ein Kreis von *Grundwerten* verbinden. Während die Gründergeneration der Grünen 1980 die sie einigenden Grundwerte in der Formel *ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei* zum Ausdruck brachte, setzt das neue Grundsatzprogramm auf den Wertekanon *Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Demokratie*. Mit gleicher Intensität würden die Grünen zudem für *Gewaltfreiheit* und *Menschenrechte* als *Grundprinzipien* eintreten.

Jochen Weichold – Jg. 1948; Dr. sc. phil. Politikwissenschaftler, Bereichsleiter in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die in Klammern stehenden Seitenzahlen beziehen sich auf: Bündnis 90/Die Grünen: Grundsatzprogramm (Beschlüßfassung), Berlin, März 2002.

»Mit dem *Aufbruch ins Sozialzeitalter* thematisieren wir die grüne Energiepolitik als Antwort auf die ökologische Herausforderung. *Ökologisch mobil* setzt grüne Ziele für eine nachhaltige Mobilität. *Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher* benennt grüne Prioritäten zur Erneuerung der Marktwirtschaft. *Neue Landwirtschaft* heißt die Perspektive für einen neuen Interessenausgleich zwischen Bauern und Verbrauchern im Sinne nachhaltiger Entwicklung.

Das Projekt *Gesamtdeutsche Zukunft* entwickelt grüne Perspektiven für Ostdeutschland. Das Konzept der *Grundsicherung* benennt unsere Perspektive für eine neue Grundlage sozialer Sicherheit. Das Projekt *Kindergerichtetes Leben* macht Generationengerechtigkeit praktisch. *Wissenszugang als Bürgerrecht* ist die zentrale bildungspolitische Herausforderung, die vor uns liegt. *Frauen an die Macht* dreht sich zentral um gleiche Chancen für beide Geschlechter zur Definition und Ausgestaltung gesellschaftlicher Entwicklung. Die *Einwanderungsgesellschaft* sehen wir als die Chance zur Entwicklung einer weltoffenen, multikulturellen Demokratie. Das *Europa der Bürgerinnen und Bürger* stellt bei der europäischen Integration die Demokratie in den Mittelpunkt. *Fairer Welthandel und internationale Standards* sind zentrale Anliegen im Rahmen unseres Engagements für Internationale Gerechtigkeit.«  
Grundsatzprogramm  
2002: 15.

»Wir verbinden die aufklärerische Tradition mit der durch die Ökologie neu ins Bewußtsein gedungenen Erfahrung der Grenzen des Industrialismus. Wir nehmen Abstand von unkritischem Fortschrittsglauben, sei er sozialistischer, sei er kapitalistischer Ausprägung.«  
Grundsatzprogramm  
2002: 6 f.

»Im Bewusstsein historischer Verantwortung treten wir ein gegen Rassismus und Antisemitismus, Rechtsextremismus und jeglichem anderen Extremismus.«  
Grundsatzprogramm  
2002: 9.

Damit gilt Gewaltfreiheit nicht mehr – wie im Programm von 1980 – als Grundwert. Immerhin konnte die Parteilinke verhindern, daß der Militäreinsätze legitimierende Begriff der ›ultima ratio‹ in der Präambel verankert wurde. Dennoch ist nun das Prinzip der Gewaltfreiheit programmatisch durchlöchert: Nach der Feststellung, daß Gewalt Politik nicht ersetzen dürfe, heißt es, zwar führe die Anwendung militärischer Gewalt zu Tod und zu Zerstörung und könne nach wie vor in eine globale Katastrophe münden. »Wir wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt« (10). Die Grünen haben sich damit auch programmatisch vom Anspruch, eine pazifistische Partei zu sein, verabschiedet und die Möglichkeit verwirkt, sich künftig noch als verlängerter Arm der Friedensbewegung darzustellen.

Grünes Denken, so postuliert die Partei im neuen Grundsatzprogramm, sei zuerst ökologisches Denken – und besinnt sich mit diesem Primat der Ökologie nach manchen Irritationen für Mitglieder und Wähler wieder auf ihre originären Wurzeln. Als Partei der Ökologie gehe es den Grünen um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die durch industriellen Raubbau und überschießenden Ressourcenverbrauch gefährdet seien. »Bewahren können wir nicht durch ein Zurück, sondern nur indem wir die heutigen Industriegesellschaften nachhaltig verändern« (7), wissen die Grünen. Ökologie heiße Nachhaltigkeit und sei eine unverzichtbare Dimension gesellschaftlicher Modernisierung.

Ökologie soll mit Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und lebendiger Demokratie verbunden werden. Selbstbestimmung verwirkliche Freiheit, und Freiheit sei die Chance zur Emanzipation und Selbstbestimmung über soziale und ethnische Grenzen oder Unterschiede der Geschlechter hinweg. Ganz bewußt wollen die Grünen damit den Begriff der Freiheit nicht jenen überlassen, »die ihn mit Vorliebe verengen auf reine Marktfreiheit, die Freiheit des Ellenbogens« (7). Gerechtigkeit brauche Solidarität und bürgerschaftliches Engagement. Während die Grünen ihre basisdemokratischen Vorstellungen der Gründerzeit zu den Akten gelegt haben, wollen sie Demokratie insbesondere hinsichtlich der direkten Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln. Sie wollen radikal-demokratische, feministische, partizipatorische und multikulturelle Anstöße in die Weiterentwicklung des Rechtsstaates einbringen.

Erweitert wurde nicht zuletzt den Begriff der *Gerechtigkeit*, um ihm eine moderne Prägung zu verleihen. Zwar bleibe *Verteilungsgerechtigkeit* auch in Zukunft unverändert von Bedeutung, verlange Gerechtigkeit eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter und erfordere insbesondere eine Parteinahme für die sozial Schwächsten. Aber für die Grünen sei Gerechtigkeit *mehr* als Verteilungsgerechtigkeit: Bündnisgrüne Politik stehe für *Teilhabegerechtigkeit*, für *Generationengerechtigkeit*, für *Geschlechtergerechtigkeit* und für *internationale Gerechtigkeit*. Teilhabegerechtigkeit solle allen Menschen Zugang verschaffen zu den zentralen gesellschaftlichen Ressourcen: Arbeit, Bildung und demokratische Mitbestimmung. Geschlechtergerechtigkeit meine Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, Generationengerechtigkeit Gerechtigkeit zwi-

schen alt und jung. Der alte grüne Slogan *Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt* sei heute aktueller denn je. Internationale Gerechtigkeit müsse um so mehr gelten, je mehr eine globale Wirtschaft Menschen in aller Welt miteinander verbinde und voneinander abhängig mache. Nachhaltigkeit auf der industrialisierten Nordhalbkugel dürfe nicht zu Lasten der Länder des Südens definiert werden.

Kritiker hatten gerade im zuletzt genannten Zusammenhang am ersten Entwurf des Grundsatzprogramms vom Sommer 2001 moniert, daß die Veränderungen in der Welt, die sich aus den Globalisierungsprozessen ergeben, im Text zu kurz gekommen seien. Die grüne Parteiführung nahm dies zum Anlaß, in den zweiten Entwurf des Programms, der im Januar 2002 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, längere Passagen zur Globalisierung einzufügen, in denen sie aber insbesondere auf die Gestaltung der Globalisierungsprozesse mit dem Ziel »einer ökologisch nachhaltigen, freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Welt« (11) abhob. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im März 2002 konnte die Parteilinke hingegen Passagen hineinstimmen, die auf die negativen Auswirkungen von Globalisierung aufmerksam machen und Protest artikulieren. Als Ergebnis der weltweiten Verbindung von Handel und Finanzmärkten wird nun eine »Spaltung der Welt« konstatiert. Umweltzerstörung und Hunger, Rassismus, Nationalismus, Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung hätten deswegen zugenommen. Im Sinne der Globalisierungskritiker wird daher der »Widerstand gegen die Globalisierung« für »richtig und notwendig« gehalten. Verlangt wird eine nachdrückliche Kurskorrektur: Die Europäische Union »muss ihre neoliberale Fixierung in der Wirtschaftspolitik verlassen und eine noch aktivere internationale Rolle bei der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung spielen« (11).

Im Kapitel *Aufbruch in eine ökologische und soziale Marktwirtschaft* bekennen sich die Grünen zu einer »ökologischen und sozialen Marktwirtschaft« (28) als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik. In der sozialen Marktwirtschaft verbinde sich wirtschaftliche Freiheit mit einem sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen. Wettbewerb sei Motor für Wachstum und Wohlstand. Im bisher gültigen Bundesprogramm von 1980 wurde die Wettbewerbswirtschaft noch für »jene ausbeuterischen Wachstumszwänge« verantwortlich gemacht, »in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht« (Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn 1980: 5). Während im alten Programm mit dem apokalyptischen Pathos der Gründergeneration grundsätzlich jegliches quantitatives Wirtschaftswachstum abgelehnt wurde, erklären die Grünen nun, nicht mehr allein das Bruttosozialprodukt sei Maßstab des Wohlstands – das Sozialprodukt müsse vielmehr künftig auch ökologische Kosten einschließen (vgl. 28).

Zum Abbau der Erwerbslosigkeit in Deutschland setzt das Programm auf eine »Qualifikationsoffensive«, auf »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« und auf die Erleichterung von Investitionen in Arbeit. Ein wichtiges Ziel sei in diesem Zusammenhang die systematische Senkung der hohen Lohnnebenkosten. Um die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben zu vermindern, wollen

»Wir wollen den funktionsfähigen Wettbewerb zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher.«  
Grundsatzprogramm 2002: 32.

»Die fast ausschließliche Lohnbezogenheit unseres Sozialversicherungssystems verteuert die Arbeit, erschwert so Investitionen und fördert die Schwarzarbeit.«  
Grundsatzprogramm 2002: 30.

»Wir wollen für Ostdeutschland eine Entwicklung fördern, die nicht in der Kopie dessen besteht, was im Westen Deutschlands unter völlig anderen Bedingungen erfolgreich war und jetzt selbst reformbedürftig ist.«  
Grundsatzprogramm 2002: 31 f.

»Gleichzeitig müssen staatliche Interventionen darauf achten, die Funktions- und insbesondere Innovationsfähigkeit des Marktes zu erhalten.«  
Grundsatzprogramm 2002: 32.

die Grünen die Umweltbelastung verteuern und das Steuersystem ökologisch weiterentwickeln.

Das Grundsatzprogramm hält den schrittweisen Aufbau der Wirtschaftskraft in Ostdeutschland für eine zentrale nationale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Dabei dürfe die Zukunft Ostdeutschlands nicht allein aus dem Blickwinkel nachholender Entwicklung diskutiert werden. Vielmehr sollen aus der Auseinandersetzung mit den heutigen Strukturproblemen in Ost und West »neue, zukunftstaugliche Entwicklungswege« gesucht werden. Dies gelte insbesondere für die Verknüpfung von wirtschaftlicher und ökologischer Innovation.

Während das Programm zur Bundestagswahl von 1998 noch Kritik an der »sozialen Schieflage« übte, die die Regierung Kohl mit ihrer Steuerreform verursacht hätte, und zu ihrer Korrektur nicht nur den »radikalen Abbau von Steuervergünstigungen«, sondern auch eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Abschaffung des Ehegattensplittings forderte (vgl. Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998: 65f.), waren im zweiten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms die neoliberalen Tendenzen unübersehbar, die die Vorstellungen von einer umverteilenden und die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Marktsystems ausgleichenden Wirtschaftspolitik zunehmend verdrängten. Während sich die Grünen auch in ihrem neuen Grundsatzprogramm für die Besteuerung spekulativer Kapitaltransaktionen (zum Beispiel durch die Tobinsteuer) und für eine europäische Harmonisierung der Steuerpolitik aussprechen, vermißt man nun insbesondere die Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer und nach einer stärkeren Besteuerung großer Erbschaften.

In den Abstimmungen über die Anträge zum wirtschaftspolitischen Teil des Programms wurde gegen das ausdrückliche Votum von Parteichef Fritz Kuhn mit knapper Mehrheit ein Antrag der Parteilinken in den Text eingefügt, wonach die Wirtschaft nicht nur staatlicher Rahmenbedingungen bedürfe. Dafür wurde die wirtschaftspolitische Bemerkung »so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig« (zweiter Entwurf des Grundsatzprogramms, Januar 2002: 28) gestrichen. Kuhn hatte zuvor verlangt, keine Interventionen in den Markt vorzunehmen und von seiten des Staates lediglich Rahmenbedingungen für den Markt zu setzen.

Auch auf dem Feld der Finanzpolitik erlitt die grüne Führungsriege, die sich für das Ziel eingesetzt hatte, die Neuverschuldung auf Null zu bringen, eine Niederlage. Den Delegierten war der Programmtext offensichtlich zu einseitig auf Sparen orientiert. Wollte der zweite Entwurf der Grundsatzprogramm-Kommission noch Einnahmen und Ausgaben auf allen föderalen Ebenen »ins Gleichgewicht bringen« (zweiter Entwurf des Grundsatzprogramms, Januar 2002: 32), plädieren die Grünen nun lediglich für den Abbau »übermäßiger Verschuldung«. Auch künftig müßten im Sinne eines differenzierteren Begriffs von nachhaltiger Finanzpolitik wichtige Investitionen wie diejenigen »in vorsorgenden Umweltschutz« oder für Bildung und Wissenschaft möglich sein (vgl. 38).

Hingegen fanden Anträge, die sich für eine höhere Erbschaftssteuer und für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausspra-



chen, keine Mehrheit. Ebensovienig wie ein Antrag, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Statt dessen sollen im Zeichen der neuen grünen Kinder- und Familienpolitik das Ehegattensplitting, das auch kinderlose Ehepaare fördert, abgeschmolzen werden und die dadurch erzielten Steuermehreinnahmen in eine »Kindergrundsicherung« fließen.

Im veränderten Text wurde die Beendigung von Armut und Diskriminierung zum Definitionsmerkmal einer sozialen Gesellschaft erklärt (vgl. 30). Dieses Primat soll nun auch bei der notwendigen Reform der Sozialversicherung, der Steuerreform und der bedarfsorientierten Grundsicherung gelten. Eingang in den beschlossenen Text fand auch ein Bekenntnis zu »vermögensbezogenen Steuern« (37) als Gerechtigkeitssteuern. Schließlich wurde Positionen eine klare Abfuhr erteilt, die auf eine Aushöhlung der Flächentarifverträge und der gewerkschaftlichen Mitbestimmung hinausliefen.

Im Kapitel *Aufbruch in eine emanzipative Sozialpolitik* plädieren die Grünen für eine Emanzipation des Sozialen von staatlicher Bevormundung. In einer fairen und sozialen Bürgergesellschaft müsse der Staat Rahmenbedingungen setzen, die allen die Möglichkeit eröffnen, ihre Fähigkeiten und Talente zu entwickeln. Es gehe um die Förderung der zivilen Gesellschaft mit Mitteln des Staates bei gleichzeitiger Begrenzung des Staates. »Das Soziale kann nicht auf eine Behördenfunktion des Staates reduziert werden« (28), heißt es in der Sprache des neoliberalen Zeitgeistes an anderer Stelle. Gleichzeitig würden die Bürgerinnen und Bürger für die Bewältigung schwieriger Lebenslagen eine verlässliche soziale Sicherung und Vernetzungen brauchen, um ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen zu können. Nicht die entmündigende Fürsorge für andere sei das Kernstück grüner Sozialpolitik, sondern die Schaffung einer sozialpolitischen Infrastruktur, die zu einer selbstbestimmten Entwicklung aller Menschen ermutige und solidarisches Handeln fördere (vgl. 40f.). Die Grünen entwickeln hier ein Staatsverständnis, das zwischen einer sozialdemokratisch-traditionalistischen und einer liberalen Position schwankt.

Das Kernprojekt grüner Sozialpolitik war in der Vergangenheit das Konzept einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, das die Situation Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger entscheidend verbessern sollte. Aber bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zeichnete sich ab, daß die Höhe dieser Grundsicherung nur noch unwesentlich über den Sozialhilfesätzen liegen würde. Im Bundestagswahlprogramm 1998 wurde die allgemeine Pauschale für Alleinstehende mit ca. 800 DM angegeben; für jede weitere Person sollten 560 DM hinzukommen (vgl. Programm zur Bundestagswahl 1998: 73).

Das neue Grundsatzprogramm macht die Einführung einer steuerfinanzierten bedarfsorientierten Grundsicherung zu einem grünen Schlüsselprojekt, vermeidet allerdings konkrete Zahlen. Diese Grundsicherung soll Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ersetzen und weitgehend pauschaliert gezahlt werden (vgl. 42 f.). Zwar wird im grünen Grundsatzprogramm eine schlichte Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe zur Durchsetzung weiterer Kürzungen der Unterhaltsleistungen für Arbeitslose abgelehnt, doch Kritiker aus

»Wir halten fest an Flächentarifverträgen und starken Betriebsräten.«  
Grundsatzprogramm 2002:  
31.

den eigenen Reihen befürchten nicht zu Unrecht Sozialabbau und Einkommensverlust. Sie verweisen darauf, daß nur etwa ein Fünftel der Bezieher von Arbeitslosenhilfe unterstützende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Empfänger von Arbeitslosenhilfe müßte bei einer Zusammenlegung dieser Hilfe mit der Sozialhilfe empfindliche finanzielle Einbußen hinnehmen. Obwohl zuvor auch *ver.di*-Chef Frank Bsirske ausdrücklich vor einer Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gewarnt hatte, konnten sich die Kritiker auf der Berliner Bundesdelegiertenkonferenz mit ihrem Antrag, nur die Sozialhilfe in eine Grundsicherung zu überführen, nicht durchsetzen.

Die deutliche Nähe zu neoliberalen Positionen in der Sozialpolitik, die im Programmentwurf schlaglichtartig sichtbar wird in der häufigen Verwendung des Begriffs *Chancengerechtigkeit* anstelle von *Chancengleichheit*, konnte von der Parteilinken nur partiell überwunden werden. Im Ergebnis einer Kampfabstimmung wurde das zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit von Teilen der grünen Bundestagsfraktion vertretene »Flexicurity-Konzept« (ein Kombilohnmodell) gegen den Widerstand des Bundesvorstandes mit klarer Mehrheit abgelehnt und aus dem Programm gestrichen. Statt dessen wurde die Passage aufgenommen: »Flexible Arbeitszeiten dürfen nicht zur Armut im Alter führen. Kürzere Arbeitszeiten müssen durch eine bessere soziale Absicherung begleitet werden« (46).

Im ersten Entwurf noch vorhandene Überlegungen zu einer steuerfinanzierten Sozialversicherung (vgl. *Erster Entwurf* für das Grundsatzzprogramm, Berlin, 16. Juli 2001: 35) wurden im zweiten Entwurf aufgegeben. Im beschlossenen Text wird nun nur noch die Forderung nach einer beitragsversicherten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erhoben, deren Basis durch eine Ausweitung auf alle Einkommensarten verbreitert und die damit zu einer allgemeinen Bürgerversicherung ausgebaut werden soll (vgl. 52). Formen der privaten Vorsorge über kapitalorientierte Modelle und genossenschaftliche und Selbsthilfe-Zusammenschlüsse zur sozialen Vorsorge müßten entsprechend unterstützt werden. Sie könnten, meinen die Grünen, »das staatliche Hilfesystem sinnvoll ergänzen« (53). Nur eine Kombination aus gesetzlicher Rentenversicherung und privater Vorsorge könne Beitragsstabilität und gleichzeitig eine Altersversorgung gewährleisten, die den Lebensstandard sichert (vgl. 58). An der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung wird allerdings festgehalten.

In der Gesundheitspolitik wurde der eindeutig auf einer solidarischen Finanzierung der Gesundheitsaufwendungen basierende Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Gesundheit, Soziales geschlossen übernommen. Die Grünen treten damit »jedem Versuch entgegen, für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung notwendige Leistungen aus der solidarischen Finanzierung auszugliedern« (55). Bestehende Vorsorgestrukturen sollen vielmehr weiterentwickelt und Versorgungslücken geschlossen werden. Neben kurzfristigen Maßnahmen einer Steuerfinanzierung einzelner Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung soll über den sukzessiven Abbau von Sonderregelungen für Beamte, Selbständige (Einbeziehung in die Versicherungspflicht) und Besserverdienende (Wegfall der Versicherungspflichtgrenzen) der Weg zu einer Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger eingeschlagen werden (vgl. 56).



Im Zentrum des außenpolitischen Kapitels *Aufbruch nach Europa und die Eine Welt*, in dem sich die Grünen zu den »Werten der ökologischen Verantwortung, der Selbstbestimmung, der internationalen Gerechtigkeit, der Demokratie und des Friedens« bekennen und für eine »ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung« (95/98) eintreten, steht – im Unterschied zu früheren programmatischen Dokumenten – die *Europa-Politik*. Ein Vorentwurf zum außenpolitischen Teil des Grundsatzprogramms aus der Feder des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Frithjof Schmidt (der der Parteilinken zugerechnet wird) und des Bundesgeschäftsführers Reinhard Bütikofer vom Frühsommer 2001 war von der Fischer-Crew nach den Vorgaben des Außenministers umgeschrieben worden. Insbesondere die europapolitischen Thesen aus Fischers nicht unumstrittener Rede in der Berliner Humboldt-Universität fanden so Eingang ins Programm.

Während die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm von 1998 noch Maastricht I und II ablehnten und die wirtschaftspolitische Konzeption der Europäischen Währungsunion wegen ihrer neoliberalen Ausrichtung kritisierten (vgl. Programm zur Bundestagswahl 1998: 140 f.), stehen sie heute faktisch auf dem Boden der Maastrichter Verträge. Wurden früher Thesen von einem »Kerneuropa« oder von einem »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, die aus dem konservativen Lager kamen, oft scharf zurückgewiesen, vertreten sie heute selbst derartige Positionen. Die Forderung von 1998 nach einem »Europäischen Pakt für Beschäftigung, Solidarität und Ökologie« mit bindenden Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten (vgl. Programm zur Bundestagswahl 1998: 50) wurde abgeschwächt. Jetzt soll ein europäischer Pakt für eine nachhaltige Wirtschaftsweise mit verbindlichen Zielvorgaben erreicht werden – ein Pakt, »der den Schutz der Umwelt, die Verbesserung der Lebensqualität und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Leitlinie der europäischen Politik macht« (104). Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist damit an die letzte Stelle gerückt.

In ihrem Grundsatzprogramm treten die Grünen für die Erweiterung der Europäischen Union und für die gleichzeitige Vertiefung des Integrationsprozesses ein. Ziel sei eine EU, die zugleich Union der Bürgerinnen und Bürger und Union der Staaten ist. Dazu müßten Demokratiedefizite abgebaut und bürokratische Verkrustungen und institutionelle Fehlentwicklungen überwunden werden (vgl. 101). Das Europäische Parlament müsse mit umfassenden Haushalts- und Mitentscheidungsrechten sowie wirkungsvollen Kontrollrechten ausgestattet und durch eine Staatenkammer ergänzt werden. Der Präsident der Europäischen Kommission müsse durch direkte Wahl oder durch Wahl im Europäischen Parlament legitimiert werden. Die künftige Handlungsfähigkeit einer größeren EU könne gesichert werden, wenn die »doppelte Mehrheit« zur Regel würde, die Mehrheit sowohl im Rat als auch im Parlament. Mit einer »Kultur der Mehrheit« statt einer des Vetos und der Blockade würden sich Effizienz, Transparenz und demokratische Legitimation erhöhen (vgl. 102).

In der *Sicherheitspolitik* haben sich ursprüngliche grüne Positionen bis zur Unkenntlichkeit verändert. Im Programm von 1980 traten die Grünen für eine »aktive Friedenspolitik« ein, wandten sich »gegen alle Formen der Aggression, des Militarismus nach innen und außen, des Wettrüstens und Rüstungswahns« und orientierten auf ein »friedliches

»Wir sagen Ja zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen einer bestimmten Zahl von Mitgliedsstaaten.« Grundsatzprogramm 2002: 102.

»Wir unterstützen einen demokratischen Verfassungsprozess in Europa, in dem die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger respektiert werden, die Rolle der Nationen anerkannt, aber auch die Vielfalt der Regionen als Stärke begriffen wird.« Grundsatzprogramm 2002: 9.

»Soziale Verteidigung bedeutet, dass sich die Gesellschaft in der Bundesrepublik so organisiert und umorientiert (in Richtung auf Zivilcourage, Widerstand, alternative und dezentrale Strukturen), dass einer aggressiven fremden Macht von vornherein deutlich wird, dass der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastung als Machtzuwachs und Gewinn bringen würde.« Das Bundesprogramm, Bonn 1980: 19.

»Grüne Friedenspolitik ist getragen von der grundsätzlichen Kritik an militärischer ›Friedenssicherung‹. Sie hat eine Welt ohne Militär und mit gewaltfreien Formen der Austragung von Konflikten zum Ziel.«  
 Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26.-28. September 1986), Bonn 1986: 7.

»Friedenspolitik kann sich nicht hinter Bündniszwängen oder vermeintlichen internationalen Notwendigkeiten verstecken.«  
 Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998: 142.

und solidarisches Zusammenleben der Menschen« und auf die »Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung«, die sich auf Blockfreiheit und Gewaltfreiheit gründet. Kernpunkte grüner Friedenspolitik waren damals »einseitige Abrüstung« und das Konzept der »sozialen Verteidigung« (Das Bundesprogramm, Bonn 1980: 19). Noch im Bundestagswahlprogramm von 1998 fühlten sich die Grünen der Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Politik verpflichtet. Die Schrägstrich-Partei wollte es damals nicht akzeptieren, daß die NATO ihre Rolle zu Lasten der UNO und der OSZE ausweitete, um ihre militärische Dominanz durchzusetzen. Die Bundesrepublik müsse ihre neu gewonnene Souveränität friedenspolitisch nutzen. Im Unterschied zu früheren Jahren wandten sich die Grünen 1998 aber bereits gegen einen einseitigen Austritt der BRD aus der NATO. Die Bundeswehr sollte jedoch noch innerhalb von vier Jahren halbiert und perspektivisch abgeschafft werden. Die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr sollten aufgelöst und dafür friedenserhaltende Kräfte aufgebaut werden. Die Grünen lehnten Kampfeinsätze der Bundeswehr ebenso ab wie die militärische Friedenserzwingung.

In den vergangenen vier Jahren hat die praktische Politik der Grünen hinsichtlich des Balkans wie hinsichtlich Afghanistans derartige programmatische Vorstellungen konterkariert. Das neue Grundsatzprogramm der Grünen bejaht nun die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen zur *Bewahrung und Wiederherstellung* des Friedens mit UNO-Mandat und will dafür geeignete Kräfte (also: Krisenreaktionskräfte) ständig verfügbar halten. Die Bundeswehr, heißt es im Programm, könne sich »an internationalen Einsätzen zur Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens, die mit einem Mandat der Vereinten Nationen durchgeführt werden, beteiligen. Durch ihre Beteiligung an solchen Einsätzen und ständig verfügbaren Kräften unter dem Mandat der Vereinten Nationen trägt die Bundesrepublik dazu bei, die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen zu stärken und ihnen die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern« (108). Gegen die Position der Parteiführung und der Minister wurden allerdings künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr an eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag geknüpft; bisher ist lediglich die Zustimmung des Parlaments mit einfacher Mehrheit erforderlich.

Andere sicherheitspolitische Positionen haben eine eher schlechende Revision erfahren. Militärbündnisse wie die NATO und nationale Armeen sollen nach dem neuen Grundsatzprogramm in eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung *eingebunden und überführt* (statt *aufgelöst*) werden. Wandten sich die Grünen 1998 noch gegen die Schaffung eines militärischen Arms der Europäischen Union, plädieren sie heute für gemeinschaftliche militärische Eingreiftruppen der EU und lehnen nur noch die »Schaffung einer neuen militärischen Großmacht Europäische Union« ab. Wurden 1998 noch einseitige Abrüstungsschritte für notwendig erachtet, taucht diese Frage im neuen Grundsatzprogramm überhaupt nicht mehr auf. Allerdings lehnen die Grünen Einsätze der NATO zur Sicherung von »nationalen Interessen« und selbstmandatierte Einsätze zur weltweiten »humanitären Intervention« weiterhin ab (vgl. 108).

Auf dem Berliner Parteitag der Bündnisgrünen wurde schließlich in der umstrittenen Frage, ob der Krieg der USA gegen Afghanistan

durch das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta gedeckt gewesen sei, ein Kompromiß erzielt. Der diesen Krieg legitimierende Nebensatz vom Recht auf Selbstverteidigung, »wie es nach den Terroranschlägen nach dem 11.9.2001 in Anspruch genommen wurde« (zweiter Entwurf des Grundsatzprogramms, Januar 2002: 89), wurde durch den Nebensatz »bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat« (109) ersetzt. Dagegen standen alte Forderungen der Grünen wie der Austritt aus der NATO oder die Auflösung der Militärblöcke nicht mehr ernsthaft zur Diskussion.

Insgesamt hat sich die Führungsriege der Grünen – trotz vieler Änderungen am Entwurf des Grundsatzprogramms im Detail – mit ihrer Grundlinie weitgehend durchsetzen können. Jedoch ist es der Parteilinken gelungen, in den Abstimmungen zur Präambel, zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Teilen des Programms und nicht zuletzt zum außen- und sicherheitspolitischen Kapitel eine Reihe substantieller Änderungen im neuen Programm zu verankern. Mit der Annahme des neuen Grundsatzprogramms bei nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wird ein Entwicklungsabschnitt der grünen Partei vollendet und ein Weg nachvollzogen, den die Schrägstrich-Partei in der politischen Praxis längst gegangen ist. Programmatisch wird der Wandel der Grünen von einer Partei der Opposition *zum* System zu einer regierenden Partei *im* System fixiert. Die Grünen verstehen sich heute nicht mehr als Anti-Parteien-Partei sondern als Alternative im Parteiensystem. Sie wollen nicht mehr radikal anders sein, sondern firmieren als »Partei der linken Mitte« (Fritz Kuhn) und sind damit eine stinknormale, angepaßte Partei geworden.

Die Kritik, die ein Delegierter aus dem Kreisverband Wolfenbüttel auf der Berliner Bundesdelegiertenkonferenz vortrug, das Grundsatzprogramm sei mit der Schere des Regierungshandelns im Kopf geschrieben worden, ist durchaus zutreffend. Die Perspektive der Bürgerbewegungen, der Nicht-Regierungs-Organisationen und anderer sozialer Bewegungen ist außen vor geblieben, obwohl es gerade die neuen sozialen Bewegungen waren, aus denen die Grünen ursprünglich ihre Kraft bezogen haben. Links ist nun programmatisch für andere Platz geworden. Allerdings ist die Schrägstrich-Partei nicht schlechthin zu einer Öko-FDP verkommen. Betrachtet man die Programmdebatten in der Union, bei den Frei- und bei den Sozialdemokraten, sind die Grünen im Parteienspektrum nach wie vor links von CDU/CSU, FDP und SPD einzuordnen.

Doch gesellschaftliche Visionen, die über die kapitaldominierte Gesellschaft hinausweisen, sucht man im neuen Programm ebenso vergebens wie eine grundsätzliche Kritik an dieser Gesellschaft, die einst für das Bundesprogramm von 1980 prägend war. Vielmehr liest sich das neue Grundsatzprogramm mit seinem unverkennbar neoliberalen Touch wie ein Regierungsprogramm für die nächsten 20 Jahre. Die Partei beschränkt sich auf das Mögliche, wagt das Unmögliche kaum mehr zu denken, verzichtet auf Experimente und läßt keine Provokationen mehr zu. Statt für ein Wirken als motivierender Stachel im Fleisch der Gesellschaft haben sich die Grünen für Stromlinienförmigkeit entschieden.

## THOMAS SCHUBERT

# Rudolf Bahro – ein deutsch-deutscher Denker zwischen vorgestern und übermorgen

In den Nachrufen auf den am 5. Dezember 1997 verstorbenen Rudolf Bahro finden sich nicht selten Bezeichnungen wie »deutscher Revolutionär«, »deutscher Intellektueller«, »urdeutscher Rebell« oder auch »deutsch-deutscher Denker«<sup>1</sup>. Es scheint, als bezeichne diese doppelte Perspektive auf das ›Deutsche‹ und das ›Revolutionäre‹ den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Erinnerung an Rudolf Bahro. Allerdings sind die Bestimmungen dessen, was als *deutsch* und was als *revolutionär* angesehen wird, in der Regel recht vage.

Es bleibt also zu fragen: Was ist als das originär deutsche und revolutionäre im Denken und in der Biographie Rudolf Bahros anzusehen. Inwieweit ist es lohnenswert, sich daraufhin heute noch mit ihm und seinem Werk zu beschäftigen?

In einem der Nachrufe auf Bahro findet sich eine aufschlußreiche Anspielung auf Friedrich Nietzsche<sup>2</sup>, in der die Deutschen als ein Volk »von vorgestern und von übermorgen, (denn) *sie haben noch kein Heute*« charakterisiert wurden<sup>3</sup>. Das galt nach Nietzsche insbesondere für den eigenwilligen deutschen Gelehrten, dessen Geschäft es sei, in den Archiven der Geistesgeschichte nach Versatzstücken einer elastischen Weltanschauung zu suchen, mit deren Hilfe er dann die schlechte, häßliche oder verlogene, aber auf alle Fälle ablehnenswerte Gegenwart überspringen kann, hinein in ein Reich idealen, besseren oder eigentlicheren Lebens. Leider halten sich, so Nietzsche, besagte Denker lieber allein oder in kleinen Grüppchen Gleichgesinnter im Behaglichen der eigenen Theorie auf, als die Nase tatsächlich vor die Tür zu stecken, um die lockenden und verwirrenden Düfte der Gegenwart einzusaugen. Dieser Typus des deutschen Philosophen baut statt dessen weiter an seinen Systemen, um nach Gottes Tod der Wahrheit wieder eine Heimstatt zu errichten. Das eigentliche Problem sah Nietzsche allerdings darin, daß Anstalten gemacht werden, die Welt nach diesen Theorien dann auch tatsächlich einzurichten – mit der Folge, daß der Menschheit das Leben nur noch unnötig schwerer gemacht wird. So konnte Nietzsche schließlich skeptisch ausrufen: »Und wenn einmal Wahrheit zum Siege kam, so fragt euch mit gutem Misstrauen: *welch starker Irrtum hat für sie gekämpft?*«<sup>4</sup>. Von vorgestern zu sein, heißt in dieser Fassung, den Tod Gottes und damit den Verlust der Wahrheit alter Werte, ja der Möglichkeit von rationaler Wahrheitsfindung überhaupt, nicht eigentlich als den bösen Schmerz des Zeitalters zu erfahren und nicht in seinen Konsequenzen zu verstehen. Aber auch, wenn der große eine Gott von den Heutigen tot geglaubt wird, so tre-

Thomas Schubert – Jg. 1970; Magister, studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin Humanontogenetik und Wissenschaftsphilosophie sowie an der Freien Universität Berlin Philosophie und Ethnologie, ist derzeit Dozent an der Volkshochschule Potsdam und Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einer Dissertation zum Thema »Philosophische Grundlagen ökologischer Politik bei Rudolf Bahro«.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet aus Anlaß des 25jährigen Erscheinens von Rudolf Bahros Buch »Die Alternative« in Zusammenarbeit mit dem Rudolf-Bahro-Archiv der Humboldt-Universität ein internationales Symposium zum Thema:

ten in Nietzsches Wahrnehmung doch nur viele kleine an seine Stelle und verwüsten und verwirren als unzählige kleine Lügen in den Köpfen und Herzen der Menschen auch noch das, wohin die eine große Lüge nicht hinzureichen vermochte.

Nietzsche schwebte anderes vor: »Aber der rechte Philosoph – so scheint es uns – lebt *unphilosophisch* und *unweise*, vor allem *unklug* und fühlt die Last und Pflicht zu hundert Versuchen und Versuchungen des Lebens: – er riskiert sich beständig, er spielt das schlimme Spiel ...«.<sup>5</sup> »Es will mir immer mehr so scheinen, daß der Philosoph als ein *notwendiger* Mensch des Morgens und Übermorgens sich jederzeit mit seinem Heute in Widerspruch befinden *mußte*: sein Feind war jedes Mal das Ideal von heute. Bisher haben alle diese außerordentlichen Förderer des Menschen, welche man Philosophen nennt, und die sich selbst selten als Freunde der Weisheit, sondern eher als unangenehme Narren und gefährliche Fragezeichen fühlten –, ihre Aufgabe (...) darin gefunden, das böse Gewissen ihrer Zeit zu sein. Indem sie gerade den *Tugenden der Zeit* das Messer vivisektorisch auf die Brust setzten, verrieten sie, was ihr eigenes Geheimnis war: um eine *neue* Größe des Menschen zu wissen.«.<sup>6</sup>

In welcher Hinsicht ist Bahro nun als ein Vorgestriger oder als ein Denker von übermorgen anzusehen, und was heißt dies für die Auseinandersetzung mit ihm? Erübrigt sich gar diese Frage bereits mangelnder Aktualität, wie das akademische und auch sonstiges Schweigen um Bahro es vermuten lassen?

Bahros philosophische Anfänge liegen in der Tradition von solchen Denkern, die Nietzsche ironisch auf die Schippe nahm. Zu nennen wären hier jene, die ihm zum Beispiel von Wolfgang Heise, in den fünfziger Jahren am Fachbereich Geschichte der Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin, nahegebracht wurden: Fichte, Hegel und Schelling, allerdings mit Zuschnitt auf einen revolutionär gesinnten Hölderlin und auf Marx.

Ähnlich wie Hölderlin und Marx begann Bahro, die Zustände seiner Zeit als verfallen an von Menschen gemachte Abgötter zu geißeln. In den siebziger Jahren wurde er zum Wortführer eines sozialistischen und humanistischen Idealen verpflichteten Reformprojekts des real-sozialistischen ›Großversuchs‹, der bekanntlich insbesondere durch sowjetische Einflußnahme nach 1945 auch auf einen Teil Deutschlands ausgeweitet wurde. Durchaus mit messianischem Anspruch sollte das Bahrosche Reformprojekt einer – nun allerdings ›innenweltlichen‹ – Befreiung und Erlösung des Menschen von Ausbeutung, Subalternität und Leid auf das ursprüngliche emanzipatorische Ideal rückbezogen werden.

Ideengeschichtlich greift Bahro dabei einerseits auf Fichte zurück, der die Selbstermächtigung des Individuums in der von ihm selbst entschiedenen ›Tat-Handlung‹ als Bedingung einer allgemeinen Emanzipation und des Auszuges aus einer auch selbst verschuldeten Unmündigkeit ansieht. Ferner stützt sich Bahro auf die Idee von Hegel und Schelling, der zufolge sich an der Menschheits- und Naturgeschichte selbst das Ideal des Werdens für den menschlichen Geist zu erkennen gibt. Und schließlich kommt auch Hölderlin mit dem Zusammenklingen von individueller Wesensentfaltung und einem sich historisch entfaltendem Bewußtsein zum Tragen. Andererseits

»Die sozial-ökologische Alternative«. Die Veranstaltung findet vom 21.-23. Juni 2002 an der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Informationen unter: [www.agrar.hu-berlin.de/wisola/fg/ress/bahro/html](http://www.agrar.hu-berlin.de/wisola/fg/ress/bahro/html); mail: [bahro-archiv@rz.hu-berlin.de](mailto:bahro-archiv@rz.hu-berlin.de); Tel.: 030/20936127/-32.

1 Vgl. Klaus Hartung (1997): Revolutionär, Ordensgründer, Chiliast, in: Die Zeit vom 12. Dezember; Dieter Klein (1998): Ein wirklicher Intellektueller, in: Un-Aufgefordert, StudentInnenzeitung der HUB, 1/98; Manfred Kriener (1997): Immer gut für eine Alternative, in: die tageszeitung vom 9. Dezember; Arthur Meier (1997): Ein Abschied und nun?, in: Berliner Zeitung vom 10. Dezember; Ulrich Miksch (1998): Der geteilte Himmel, in: Humboldt. Die Zeitung der Humboldt-Universität vom 15. Januar; Hermann Rudolph (1997): Ein urdeutscher Rebell, in: Der Tagesspiegel vom 9. Dezember.

2 Vgl. Jochen Kirchof: Nachruf auf Rudolf Bahro, in: Bahro, Rudolf (1998), Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit. Essays und Skizzen, Berlin.

3 Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse. Völker und Vaterländer (240), Kröner TB Stuttgart 1978, Bd. 3, S. 698.

4 Friedrich Nietzsche: Also sprach Zarathustra; Vom höheren Menschen (9), Kröner TB Stuttgart 1978, Bd. 3, S. 322.

5 Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse. Völker und Vaterländer (205), Kröner TB Stuttgart 1978, Bd. 3, S. 650.

6 Ebenda (212), S. 664.



war für Bahro die Marxsche Kritik von Herrschaftsverhältnissen, die Ungleichheit und Unfreiheit schaffen, zentral. Bahro fragte aber auch nach den Gründen des Mißbrauchs gerade dieses emanzipatorischen Denkens zur Rechtfertigung neuer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Dabei konstatierte er nicht nur einen Mißbrauch des späteren Marxismus-Leninismus zur Machterhaltung einer politischen ›Klasse‹ über die politisch entmündigte Mehrheit der Bevölkerung, sondern suchte auch Ursachen in der Theorie selbst. Eine verhängnisvolle Vereinseitigung sah er zum Beispiel in der generellen Kritik an allen Formen religiöser Praxis. Eine dem Phänomen der Religiosität angemessene Kritik hätte sich in der Intention Bahros hingegen auf defizitäre Strukturen und Erscheinungsformen religiöser Praxis zu richten, da es sich nach ihm dabei um ein Grundphänomen der menschlichen Existenz handele, das nicht durch die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung zu überholen sei.

Mit seinem Buch *Die Alternative* veröffentlichte Bahro 1977 die wohl wichtigste und umfassende interne Kritik des ›real existierenden Sozialismus‹ und entwarf zugleich Grundzüge einer sozialistischen Alternative, in der Marx und Lenin nochmals auf Hegel und Hölderlin trafen. Ausgehend vom Oberflächenphänomen der Dysfunktionalität des Staatssozialismus, wie zum Beispiel dem offensichtlichen Widerspruch zwischen individuellem Verhalten und offizieller Weltanschauung, analysierte er soziologisch, sozioökonomisch und kulturgeschichtlich die Strukturen des Realsozialismus, beschrieb das inhärente Phänomen des gegenseitigen *Sich-in-die-Tasche-Lügens* und erkannte die *organisierte Verantwortungslosigkeit* angesichts politischer Entmündigung als herrschendes Prinzip gesellschaftlichen Stillstands.

Zwar stand für Bahro spätestens seit 1968 fest, daß »die herrschenden Parteiapparate (...) so viel mit dem Kommunismus zu tun (haben) wie der Großinquisitor mit Jesus Christus«<sup>7</sup>, doch führte diese Abkehr von der ›Kirche‹ Staatspartei nicht zur Abkehr von dem durch sie beschädigten ›Mythos‹ Kommunismus. Für Bahro markierte also die Niederlage der Reformbewegung von 1968 in der ČSSR nicht die Unreformierbarkeit des Gesamtversuches, sondern zeigte die Möglichkeit der Befreiung der staatssozialistischen Gesellschaft von Formen orientalistisch-despotischer Herrschaft. Diesen billigte er im Kontext der Entwicklung im früheren Rußland und der späteren Sowjetunion zwar eine gewisse historische Notwendigkeit zu, machte aber zugleich deutlich, daß die zusammen mit den sowjetischen Panzern nach Mitteleuropa eindringenden politischen Strukturen der dortigen – noch jungen – demokratischen Tradition fremd bleiben mußten. Für Bahro stand fest, daß »in Prag und Bratislava (letztlich) nichts geringeres nachgewiesen (wurde) als die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaftsordnung ohne politbürokratische Diktatur«<sup>8</sup>.

Die aus dieser Überzeugung heraus in der Bundesrepublik veröffentlichte *Alternative* wurde vor allem von linken Kreisen in Westeuropa rezipiert. In der DDR hatte es aufgrund der schonungslos kritischen Einstellung und der zugleich aufrichtig bekennenden sozialistischen Haltung bis auf einzelne, die Zugang zu dem Buch gewinnen konnten, eine stark moralische Wirkung.<sup>9</sup> In jedem Fall trug

7 Rudolf Bahro (1990 a): *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Berlin, S. 425.

8 Ebenda, S. 362.

9 Vgl. Beiträge zur Wirkungsgeschichte der »Alternative«, in: Horch und Guck, 7(1998)22, S. 1-29.

Bahro mit diesem Buch zur Ehrenrettung der ostdeutschen Sozialisten bei, indem er zeigte: »Es denkt in der DDR!«<sup>10</sup>. *Die Alternative* ist zweifellos eines der wichtigsten in der DDR geschriebenen politischen Bücher; für Herbert Marcuse war es, ob seiner Gültigkeit für den Kapitalismus, sogar »the most important contribution to Marxist theory and practice to appear in several decades«<sup>11</sup>.

Wie kommt Bahro nun in die Nähe von »Philosophen«, die Nietzsche das »gefährliche Fragezeichen« und »das böse Gewissen ihrer Zeit« nannte? Dies gründet vor allem darauf, daß er von emanzipatorischen Ideen geleitete Alternativen vertritt, welche sich gegen Strukturen wenden, die auf Herrschaft über Menschen und Natur abzielen. Es ist die Willensanstrengung, ein solches Projekt über Jahre unter konspirativen Bedingungen weiterzuverfolgen und zu Ende zu bringen; und es ist sein Aufstehen gegen die Lüge – mit der Konsequenz, dafür nach Bautzen zu gehen.

Bahro blieb sich auch nach Haft und Übersiedelung in die BRD 1979 treu. Auch dort nahm er kritisch die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrem Selbstverständnis nach unter die Lupe. Zum zentralen Problem wurde für ihn dabei der Zusammenhang zwischen einer sich immer bedrohlicher abzeichnenden Umweltkrise und dem, was er die »Inweltkrise« des Menschen nannte. Bahro ging dabei einen Schritt weiter auf dem Weg, der sich bereits in der *Alternative*<sup>12</sup> angedeutet hatte. Er vollzog zur Erklärung gesellschaftlicher Prozesse einen Schritt vom Primat der politischen Ökonomie hin zum Bewußtsein als potentieller materieller Kraft im historischen Prozeß.

Bahro fragte danach, welche anthropologischen Antriebe (individuell wie kulturgeschichtlich) die, wie er sich ausdrückte, »gesellschaftliche Megamaschine«<sup>13</sup> in Gang halten.

Der Energieaufwand zur Aufrechterhaltung dieser in den Industrieländern herausgebildeten Technologie- und Informationsstruktur im Zusammenklang mit den dazugehörigen gesellschaftlichen Konsumbedürfnissen übersteige demnach bei weitem den tatsächlich notwendigen Energie- und Arbeitsaufwand zu einem Leben in Würde, Schönheit und individueller als auch gesellschaftlicher Freiheit – auf einer begrenzten Erde. Moderne Produktion und der damit einhergehende unkontrollierte Energiedurchsatz bedeuteten für Bahro, egal ob unter sozialistischen oder kapitalistischen Vorzeichen, die Selbstvergiftung des Menschen. Die destruktive Energiebilanz moderner Gesellschaft, in bezug auf die Gestaltung des natürlichen Lebensraumes, verlange hingegen nach neuen Formen bewußter Einflußnahme auf den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß.

Das Besondere an dieser Situation ist – nach Bahro – neben den erstmals zu verzeichnenden Wirkungen menschlichen Handelns auf das Gesamtökosystem Erde der Umstand, daß keine Gruppe oder Klasse mehr allein dafür verantwortlich gemacht werden kann. Vielmehr habe sich, zumindest in den Industrieländern, eine übergeordnete, alle Partikularinteressen überspannende Interessens- und Verantwortungsgemeinschaft herausgebildet. Allerdings sei man sich dessen bislang weder allgemein bewußt, noch vermögen die bestehenden politischen Strukturen und die darin getroffenen Entscheidungen der Situation gerecht zu werden.

10 Rudolf Bahro (1977): Ich werde meinen Weg fortsetzen, Eine Dokumentation, Köln, S. 98.

11 Herbert Marcuse (1980): Protosocialism and Late Capitalism: Toward a Theoretical Synthesis Based on Bahro's Analysis, in: International Journal of Politics, Heft 10/1980, p. 25 ff.

12 »Die Gattung (...) muß (...) mit der Megalomanie brechen, muß kollektive Rücksicht gegenüber dem Naturzusammenhang lernen (...). Sie muß ihren Aufstieg fortsetzen als eine »Reise nach Innen«. Der Sprung ins Reich der Freiheit ist nur denkbar auf dem Untergrund eines Gleichgewichts zwischen Menschengattung und Umwelt, dessen Dynamik sich entschieden aufs Qualitative und Subjektive verlegt.« (Bahro 1990 a: 315).

13 Unter »Megamaschine« verstand Bahro in Anlehnung an den amerikanischen Technik- und Sozialphilosophen Lewis Mumford eine gesellschaftliche Gesamtstruktur, die entsteht, wenn sämtliche menschlichen Austauschprozesse unter den Bedingungen der kapitalistischen Industriegesellschaft einer kurzfristigen Profitmaximierung, langfristigen Wachstumsorientierung und individuellen wie institutionellen Machtakkumulation unterworfen werden. Vgl. Lewis Mumford (1977): Mythos der Maschine, Frankfurt am Main.

Die Hauptschwierigkeit, dies zum Gegenstand einer allgemeinen Debatte zu machen und sich gegebenenfalls über andere Wege einer selbstverantworteten Entwicklung zu verständigen, sah Bahro darin, daß sich längst eine als unumkehrbar wahrgenommene Abhängigkeit des Menschen von seinen das Leben ›versüßenden‹, aber auf Dauer destruktiven ›Errungenschaften‹ eingestellt habe. Die begründete Vermutung, daß diese Errungenschaften möglicherweise selbstmörderisch und im ganzen kontraproduktiv sind, genügte Bahro jedenfalls, um angesichts der Trägheitsmomente des ökologischen Systems Erde und der langfristigen Wirkungen der menschlichen Einflüsse darauf eine einseitige militärische, industrielle und (bio)technologische ›Abrüstung‹ der Industrieländer zu fordern. Er war ein entschiedener Gegner der Forderung nach letztgültigen Beweisen für die ökologische Krise, da dies möglicherweise ›finale‹ Beweise wären und das Verlangen danach durchsichtigen nationalen Sonderinteressen von Großverschmutzern entspringe.

In den frühen achtziger Jahren beschäftigte sich Bahro vor allem mit den emotionalen Bedingungen der individuellen wie gesellschaftlichen Bindungskräfte an intellektuell bereits als überlebt erkannte Lebens- und Verhaltensweisen. Er praktizierte das, was man als Einübung in ein anderes, vor allem weniger angst- und ressentimentgeleitetes Bewußtsein bezeichnen kann. Das Ausprobieren meditativer Praktiken und das Engagement für die Gründung komunitärer und subsistenzorientierter Gemeinschaften wurde für Bahro zunehmend zum Inbegriff und Schnittpunkt einer Zukunft orientierten gesellschaftlichen und individuellen Praxis. Die theoretischen Grundlagen hierzu faßte er 1987 in *Logik der Rettung* zusammen.

Nach seiner Rückkehr in die DDR, im Herbst 1989, hatte Bahro kurzzeitig die Hoffnung auf eine eigenständige öko-sozialistische Entwicklung der DDR. Ein ›grüner dritter Weg‹ sollte es sein, jenseits der nationalen und transnationalen Ausbeutung und Vernutzung der menschlichen und natürlichen Ressourcen unter kapitalistischen wie sozialistischen Vorzeichen. Auf dem SED-Sonderparteitag im Dezember 1989 entwickelte er dann vor den ob seiner radikalen Gedanken verdutzten Genossen seine diesbezüglichen Vorstellungen. Wie Gregor Gysi mitteilte<sup>14</sup>, war Bahro sich dieser Zumutung durchaus bewußt. Der daraufhin Angesprochene antwortete aber »es können ja drei dabei sein, bei denen etwas hängen bleibt«. In einer Situation der Bestandssicherung rief Bahro somit seinen ehemaligen Genossen zu: »Wir müssen dorthin, dorthinaus, wo ihr heute am wenigsten zu Hause seid.«<sup>15</sup>

Bahro hoffte 1977 wie auch 1989 auf eine kritische Masse an überschüssigem Bewußtsein, das weder durch Herrschaftsansprüche absorbiert noch von den Anforderungen des Reproduktionsprozesses oder von bürgerlichen Kompensationsspielchen in Anspruch genommen wäre. Er hoffte auf eine, sich auf dieser Grundlage formierende, geistige Bewegung, die ihre freien Kapazitäten nutzt, um einen unmittelbaren, liebevollen und ausbeutungsfreien Zugang zu sich, zu anderen und zur Welt zu suchen. Ihm schwebte ein *Bund der Kommunisten* vor, der zugleich die *unsichtbare Kirche* von Hegel, Hölderlin und Schelling mit einschließt, das heißt, in dem auch ein Zugang zum Ganzen, zum Gesamtzusammenhang alles Seienden

14 Vgl. Gregor Gysi (1998): Rudolf Bahro und die Politik, Vortrag gehalten am 25. April an der Humboldt-Universität zu Berlin (bisher nur als Abschrift im Rudolf-Bahro-Archiv der HUB).

15 Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse (212), a. a. O., S. 664.



gefunden wird. 1977 prägte er hierfür noch zögerlich den Begriff von der Partei »als der kollektive Intellektuelle«<sup>16</sup>.

In seinem Streben, christliche Ideale mit der bei Marx untergründig vorhandenen Idee eines kollektiven weltlichen Messias zu verbinden, war Bahro Nietzsche durchaus fern. Er wollte den spirituellen Kern jeglicher religiösen Tradition, als ein dem Menschsein zugehöriges Seinsverhältnis, nicht auf den Altären präventiver Skepsis oder postmoderner Ironie opfern.

Bahro war also auch hier, als vorgestriger Gottsucher im Sinne Nietzsches, ein deutscher Denker. Zudem war er es nicht zuletzt aufgrund seines Lebensweges, indem es ihn mehrfach wechselnd in beide deutsche Staaten verschlug, und er auf besondere Weise fortwährend mit der deutschen Tragödie konfrontiert war. So findet sich unter Bahros Äußerungen und Schriften eine Vielzahl von Anmerkungen zu Deutschland. Wer weiß zum Beispiel heute noch, daß er in der *Logik der Rettung* von einer »neuen deutschen Reformation«<sup>17</sup> sprach; allerdings einhergehend mit einer »ökologischen Wende«<sup>18</sup> und nicht mit einer ›Wende‹, wie wir sie dann tatsächlich erlebten. 1987 schrieb er den damals nicht weiter beachteten Satz: »Mit der großen Reformation der Russischen Revolution hat auch die Wiedervereinigung Europas, somit die Wiedervereinigung Deutschlands begonnen. Die Glasnostj, die Öffnung der Sowjetunion, wird es ermöglichen, den Vorhang und die Mauer zu überwinden, die aus dem Hitlerkrieg hervorgegangen sind.«<sup>19</sup>

Es lohnt in politischer Hinsicht, sich auch das nochmals vorzunehmen, was Bahro zur deutsch-deutschen Problematik anmerkte. Etliches an Material hierzu findet sich aus der Zeit von Bahros außerordentlicher Professur an der Humboldt-Universität. Die Veranstaltungen, insbesondere die Montagsvorlesungen von 1990 bis 1994, stellten ein weit über den Rahmen der Universität hinaus wirkendes Ereignis dar. Sie sind Beispiele dafür, wie Bahro durch seine gewissermaßen doppelte Herkunft auch als Brücke im intellektuellen Verständigungsprozeß zwischen Ost und West wirkte. Sich mit Rudolf Bahro zu beschäftigen heißt somit auch, sich mit deutsch-deutschen Mißverständnissen zu beschäftigen. Es ist noch offen, welche dieser Überlegungen und zumeist unkonventionellen Sichtweisen Bahros auch weiterhin diese Brückenfunktion haben könnten.<sup>20</sup>

Darüber hinaus sind seine Versuche interessant, das ökologische Problem nach 1990 entsprechend der gewandelten geopolitischen Situation politisch neu zu denken. Hierzu versprechen die bisher noch nicht veröffentlichten Vorlesungen von 1996 zur ›Zukunftsstudie Deutschland‹ und ein damit zusammenhängendes Buchfragment weitere Aufschlüsse.

Einer kritischen Auseinandersetzung bedarf des weiteren Bahros Bestreben, seine ökologischen, soziologischen, politischen und philosophischen Gedanken und Analysen mit anderen, nicht primär intellektuellen Zugängen zum Phänomen der ökologisch-sozialen Krise zusammenzubringen.

Wie für den Musikliebhaber, Beethovenkenner und relativ unbekanntem Musikessayisten Bahro geschrieben, klingen da wiederum die folgenden warnenden Sätze Nietzsches: »Wie stark das metaphysische Bedürfnis ist, und wie sich noch zuletzt die Natur den

16 Rudolf Bahro (1990 a): *Die Alternative*, a. a. O., S. 430 f.

17 Vgl. Rudolf Bahro (1990 b): *Logik der Rettung. Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik*, Berlin (DDR), Stuttgart und Wien (1. Aufl., 1987), S. 337.

18 Ebenda, S. 325.

19 Ebenda, S. 325 f.

20 Einige Vorlesungen und Interviews aus dieser Zeit wurden bereits publiziert in: Bahro, Rudolf (1991): *Rückkehr. Die In-Weltkrise als Ursprung der Weltzerstörung*, Berlin; Bahro, Rudolf (1995): *Apokalypse oder Geist einer neuen Zeit, Essays und Skizzen*, Berlin. Weitere Vorlesungen und Texte werden für die Veröffentlichung vorbereitet.

Abschied von ihm schwer macht, kann man daraus entnehmen, daß noch im Freigeiste, wenn er sich alles Metaphysischen entschlagen hat, die höchsten Wirkungen der Kunst leicht ein Miterklingen der lange verstummten, ja zerrissenen metaphysischen Saite hervorbringen, sei es zum Beispiel, daß er bei einer Stelle der neunten Symphonie Beethovens sich über der Erde in einem Sternendome schweben fühlt, mit dem Traume der *Unsterblichkeit* im Herzen: alle Sterne scheinen um ihn zu flimmern und die Erde immer tiefer herabzusinken. – Wird er sich dieses Zustandes bewußt, so fühlt er wohl einen tiefen Stich im Herzen und seufzt nach dem Menschen, welcher ihm die verlorene Geliebte, nenne man sie nun Religion oder Metaphysik, zurückführe. In solchen Augenblicken wird sein intellektueller Charakter auf die Probe gestellt.<sup>21</sup>

21 Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches I. Ein Buch für freie Geister (153), Kröner TB Stuttgart 1978, Bd. 1, S. 139.

Fraglich ist, ob Bahro diese Probe letztendlich bestanden hat oder ob er nicht zu viel Nähe zur Labsal einer Metaphysik des All-Einen suchte.

22 Hieraus erklärt sich auch die Quellenlage zu Rudolf Bahro. So lange er sich noch einigermaßen in linke und marxistisch orientierte Denkwahrscheinlichkeiten einordnen ließ, fand eine, allerdings stark ideologisierte, Auseinandersetzung statt. Die späteren Arbeiten zu sozial-ökologischen Fragen stießen hingegen auf wenig Interesse und wurden kaum ernsthaft rezipiert. Vereinzelt findet sich in Belgien (bei Ulrich Melle), in den USA (bei James Hard) und an der Humboldt-Universität zu Berlin (bei Jürgen Heinrichs und Jochen Kirchoff).

So bleibt festzustellen, daß es Rudolf Bahro der Auseinandersetzung mit ihm und mit seinem Denken nicht leicht macht. Er ist, gemessen an seinen Interessen, Ideen und Handlungen, mit keinem eindeutigen fach-philosophischen oder politischen Etikett zu versehen. Er ist ideologisch nicht in Fronten einzureihen und überall dort, wo das *Richtige* immer schon gewußt wird, weder als ein fragloser Freund noch als ein dankbarer Feind zu haben. Dies führte mancherorts zu vorschnellem Applaus, aber auch zu Irritationen und Verdächtigungen bis hin zu überlauten Anfeindungen oder betonter Nichtwahrnehmung. Bahro nahm auf seinem Weg wenig Rücksicht darauf, was von ihm erhofft oder erwartet wurde, egal ob er dabei einer verordneten Moral entsprach oder dem, was gerade als politisch korrekt galt. In dieser Hinsicht war er ein rücksichtsloser Mensch.

Es bleibt ein Verlust für das intellektuelle Gespräch in Deutschland, daß besonders in den letzten Jahren seines Lebens aufgrund von durchaus beiderseitigen Entfremdungen und Vorurteilen eine wirkliche Auseinandersetzung nicht mehr stattfand.<sup>22</sup> Eine kritische Würdigung von Leben und Werk Rudolf Bahros ist auch und gerade aus diesem Grund überfällig. Die drei großen Themen: Stalinismuskritik, Kritik der Industriegesellschaft aus einer sozial-ökologischen Perspektive und die Verbindung beider mit praktischen deutsch-deutschen Fragen vor und nach 1989 könnten dabei die Schwerpunkte bilden.

KLAUS MEIER

## Netzwerke für eine nachhaltige Gesellschaft

»Die PDS gilt ihren Mitgliedern und den meisten ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten als Partei sozialer Gerechtigkeit. Als Partei für die Umwelt gilt sie nicht, und sie ist es – noch – nicht« (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2000: 109). Um Kompetenz für das Reformprojekt einer zukunftsfähigen (nachhaltigen) Gesellschaft zu gewinnen, steht den Linken in und im Umfeld der PDS also eine erhebliche Weiterentwicklung ihres Profils und Selbstverständnisses noch bevor. Vorerst hat das ökologisch-sozial inspirierte Umdenken lediglich zu einem Katalog von Empfehlungen – wie Hinwendung zu und Unterstützung von Umweltaktivisten, mehr Raum für externe Kompetenz, Integration von Umwelt- und Entwicklungszielen, Überwindung des Ressortdenkens – geführt, der als bloße Addition von Wünschenswertem freilich noch kein Politikkonzept begründet. Die geforderte »organische Verklammerung« von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Zukunftsfähigkeit, Innovationen und ökonomischer Effizienz, internationaler Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter bleibt zunächst ein normativer Anspruch (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2000: 110).

Das Konfliktpotenzial praktischer Politik sozial-ökologischer Reformansätze ist offensichtlich: Wie verkauft man seiner Klientel die normativ geforderte Einheit von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, vor allem aber wie gestaltet man sie angesichts knapper Kas sen sozial verträglich?

### *Nachhaltigkeit als emanzipatorische Leitidee*

So wenig der Begriff sustainability und sein im Deutschen inzwischen übliches Pendant Nachhaltigkeit als Leitidee für eine zukunftsfähige Welt im ersten Zugang zu bieten vermag – bezeichnenderweise zeigt die Alltagssprache hier eine ernüchternde Resistenz: nur 13 Prozent der Bevölkerung können mit dem Begriff etwas anfangen (vgl. Zahrnt 2001) –, so wenig können politische Akteure sich heute seiner Ausstrahlung verschließen. Mehr noch, das Postulat globaler und intergenerativer Gerechtigkeit übt einen sanften, aber beständigen Druck in Richtung konstruktives Handeln aus und macht rigide Verweigerungshaltungen (zum Beispiel der USA zum Klimaprotokoll) zunehmend obsolet. Allerdings kommen Kritiker des Rio-Prozesses im Vorfeld des bevorstehenden Weltgipfels Ende August 2002 in Johannesburg mit Recht zu einem ernüchternden Ergebnis: Die ökologische Zeitbombe tickt, an der Zerstörung der Umwelt hat sich wenig geändert (vgl. Forum für Umwelt & Entwicklung 2002: 2).

Klaus Meier – Jg. 1952; Dr. sc., Wissenschaftssoziologe, stellv. Bereichsleiter, Verwaltung/Finanzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Arbeitsgebiete: Nachhaltigkeit, Wissenschaftsentwicklung

Die größte Chance des Johannesburger Gipfels liegt darin, das Wechselverhältnis zwischen Natur- und Ressourcenaneignung einerseits und gesellschaftlichen Transformationsprozessen, wie sie durch die ökonomische Globalisierung erfolgen, zu diskutieren. Die Herausforderung sollte vor allem die internationale globalisierungskritische Bewegung aufgreifen, die auf diesem Auge bislang auffällig blind ist und den ... Grundkonflikt zwischen

ökologischer und ökonomischer Entgrenzung bislang nicht bearbeitet.«

Barbara Unmüßig: Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg: Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 2001, Sonderdienst Nr. 5, S. 3.

Das 2. Weltsozialforum in Porto Alegre war »eine Feier der Freiheit und des Gefühls, dass es eine große Gemeinschaft gibt. Die Leute fühlen sich nicht mehr so isoliert. Wir waren in der Defensive, weil man uns in einem Atemzug mit den Terroristen genannt hat. Es hat ein qualitativer Sprung stattgefunden. Im letzten Jahr (auf dem 1. Weltsozialforum in Porto Alegre) ging es vor allem um Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Nun sind zwei zentrale Bereiche hinzugekommen: Frieden und Nachhaltigkeit. Das ist die Botschaft von Porto Alegre: Ohne Gerechtigkeit kein Frieden und ohne Nachhaltigkeit keine Gerechtigkeit.«

Vandana Shiva in: Neues Deutschland vom 6. Februar 2002.

Und doch hat gerade die erdpolitische Bewusstseins- und Willensbildung einen Stand erreicht, hinter den die UN-Konferenz 2002 in Johannesburg nur schwerlich zurückgehen kann. Deutliche Signale für eine gerechte, soziale und ökologische Welt werden erwartet.

Das Streben nach menschlicher Emanzipation knüpft an eine lange Tradition des Wertediskurses an. Der davon ausgehende Prozess gewinnt eine Eigendynamik und wird zur innovativen Kraft. »Für die ›bürgerliche‹ Soziologie war die Wertebasis stets ein grundlegender, wenn nicht der bedeutendste Bestandteil der Identität von Personen und Personengruppen bis hin zu Nationen und transnationalen Gemeinschaften. Werte gelten demzufolge als ideelle Faktoren, welche die sinndeutende Weltwahrnehmung ebenso wie die Willensbildung in grundlegender Weise strukturieren und von daher auch das konkrete Verhalten beeinflussen« (Huber 2001: 48 f.). So ist nicht ohne Grund in den letzten Jahren eine verstärkte Rezeption von John Rawls *Theory of Justice* zu verzeichnen. »Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen« (Rawls 1975: 20); im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung wird sie zur regulativen Leitidee (vgl. Enquetekommission Zukunftsfähiges Berlin 1999), zur Jahrhundertforderung.

In bezug auf Nachhaltigkeit als emanzipatorisches Projekt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Weltgemeinschaft sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten zwei entscheidende Durchbrüche erzielt worden. *Erstens* wurde die Idee der Nachhaltigkeit in der politischen Weltarena etabliert (Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro 1992). Mit der Verankerung des Leitbildes einer »globalen Ethik für das menschliche Überleben« (Hauff 1987: 302), eines von der Weltgemeinschaft anerkannten normativen Konzepts zur Bewertung und Veränderung globaler Entwicklungen (vgl. Kopfmüller et al. 2001: 143) ist eine Plattform geschaffen, auf die sich nationale und internationale Politik beziehen muss, will sie Glaubwürdigkeit gewinnen. *Zweitens* hat sich ausgehend vom Bewusstsein, dass eine »andere Welt möglich ist« (Another World is possible), ein weltumspannendes Bündnis bislang weitgehend isoliert agierender sozialer Bewegungen und Akteure herausgebildet. Über den ›Seattle Man‹ – den Protest von Tausenden Globalisierungskritikern gegen die 1999 in Seattle tagende Welthandelskonferenz – und die Demonstrationen von etwa 200 000 Menschen von allen Kontinenten im Sommer 2001 anlässlich des G8-Treffens in Genua bis hin zum Zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre sowie dem Protest von annähernd 500 000 Menschen gegen den EU-Gipfel in Barcelona 2002 hat sich so etwas wie eine gemeinsame Identität des ›Volks von Seattle‹ entwickelt – ein Bündnis sozialer Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NRO) als Gegenmacht zum neoliberalen Gestaltungsprozess.

### *Die Entfaltung einer Logik nachhaltiger Entwicklung*

»Um die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung zu begründen, kommen zwei unterschiedliche Argumentationslinien in Betracht: eine explizit normative, die von dem Postulat der Gerechtigkeit ausgeht, und ein quasi-objektive, die sich an aktuellen

Problemlagen und Grenzen der Belastbarkeit natürlicher und gesellschaftlicher Systeme orientiert« (Kopfmüller et al. 2001: 126). Angesichts des allgegenwärtigen Generaleinwandes marktliberaler Globalisierungsideologen, dass sich soziale und ökologische Forderungen mit der alles beherrschenden Logik der Kapitalverwertung nur bedingt vertragen, reicht allerdings die Bezugnahme auf normative Positionen und kritische Zustandsbeschreibungen nicht aus. Es bedarf der Entfaltung einer Nachhaltigkeitslogik aus den inneren Entwicklungserfordernissen der zu gestaltenden Prozesse heraus. »Hier treten die eigentlich schwierigen Fragen auf, die das Nachhaltigkeitskonzept an jeden Versuch einer Gesellschaftstheorie stellt und die sich zu einer einzigen bündeln lassen: Ist innerhalb des Nachhaltigkeitskorridors, dessen Grenzen naturwissenschaftlich streng bestimmt sind und durch keinerlei Wertediskurs hinausgeschoben werden können, die man also als Randbedingung der Menschheitszukunft so hinnehmen muss wie das Gravitationsgesetz, nicht nur eine stationäre Existenz, sondern auch eine fortlaufende, nicht versiegende Entwicklung möglich, in der ständig qualitativ Neues auftritt und die Schaffung dieses Neuen Zentrum und Höhepunkt des menschlichen Lebens ist?« (Laitko 2002 a: 14).

Mit dem Wertediskurs verfügen wir in der Tat noch nicht über jene gesellschaftstheoretischen Bestimmungen, wie der Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur dauerhaft auf eine nachhaltige Basis gestellt werden kann. Nach Marx ist es die Arbeit, der Arbeitsprozess, die zweckbestimmte Herstellung von Gebrauchswerten, »worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert« (Marx 1972: 192, vgl. auch 198). Durch die Arbeit hat der Mensch die bestehenden Stoffwechselprozesse in der Natur aus ihrem ursprünglichen Gleichgewicht gebracht. Insbesondere durch die Erfolge von Wissenschaft und Technik erhob sich der Mensch zum vermeintlichen Herrscher über die Natur. In weniger als zwei Jahrhunderten industriellen Höhenflugs hat sich die Menschheit so weit von ihren natürlichen Lebensgrundlagen entfernt, dass sie nun das zweifelhafte Privileg besitzt, als einzige lebende Gattung auf Erden suizid-fähig zu sein. »Der historische Aufstieg des Kapitalismus war damit verbunden, dass sein ökonomisches System der bezahlten Arbeit den Status eines knappen Gutes gab, woraus intensiv wirksame Anreize zur fortgesetzten Steigerung ihrer Produktivität resultierten. Die kapitalistische Ökonomie ist in ihren Grundzügen eine Ökonomie der Arbeitszeit. Die Produktivität der Nutzung der im Reproduktionsprozess eingesetzten stofflichen und energetischen Ressourcen stieg ebenfalls an, jedoch in weit geringerem Maße, so dass man zumindest für die gesamte Periode der Industriegesellschaft behaupten kann, ein erheblicher Teil der Einsparung von lebendiger Arbeit sei durch die vermehrte Inanspruchnahme stofflicher und energetischer Ressourcen kompensiert und, im ökologischen Sinn, konterkariert worden« (Laitko 2002 b: 7). Eine ressourcenextensive Ökonomie der Arbeitszeit kann nur ein Projekt auf Zeit sein. »Bedeutet Nachhaltigkeit von den Zinsen der Systeme und Bestände (des ›Kapitals‹) zu leben, so sind wir heute massiv dabei, im Rahmen einer entfeselten globalisierten Ökonomie das Kapital, also die sozialen, kul-

»Die ökonomische Theorie, die im freien Welthandel nichts anderes sehen kann als die Maximierung von Nutzen durch die Nutzung aller komparativen Kostenvorteile in der globalen Arbeitsteilung, bedarf dringend der Ergänzung durch eine Theorie der Demokratie, die nach den Spielräumen der Gestaltung des gemeinsamen Lebensraums im globalen System fragt, und durch eine Theorie der sozialen Integration, die den Wandel der Solidarität im globalen System in den Blick nimmt. Aus diesen Perspektiven sieht die Welt des globalen Marktes nicht so rosig aus, wie sie von der ökonomischen Theorie gekennzeichnet wird.« Richard Münch: Globale Dynamik lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft, Frankfurt/M. 1998, S. 406 f.



»Kritisiert wird an diesem ›Non-Declining-Welfare-Kriterium vor allem die Verwendung eines Wohlfahrtskonzepts, das ausschließlich quantifizierbare beziehungsweise monetarisierbare Komponenten beinhaltet und damit das reiche Spektrum nicht-quantifizierbarer, aber für die Wohlfahrt der Menschen relevante Faktoren (z. B. kultureller oder ästhetischer Art) außer Acht lässt. Natur wird nur in dem Maße als nutzererzeugend definiert, wie sie als physischer Produktionsfaktor Verwendung findet.«

Jürgen Kopfmüller et al.: Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin 2001, S. 92.

turellen und ökologischen Bestände, anzugreifen« (Radermacher 2001: 3).

Ähnlich wie F. J. Radermacher sehen auch Kopfmüller et al. den Hauptangriffspunkt in der Kritik der These der neoklassischen Ökonomie, dass im Rahmen von Effizienzentwicklung und Nutzenmaximierung von einer prinzipiellen und letztlich vollständigen Substituierbarkeit aller Produktionsfaktoren ausgegangen werden kann. Das Kalkül vollständiger Substituierbarkeit der Einzelkomponenten des »gesellschaftlichen Kapitalstocks« (Natur-, Sach-, Wissens- und Humankapital) geht indes nicht auf. Es reduziert die unendlichen Entwicklungspotenziale dieser Welt auf gegenwärtig erkennbare interne und externe Produktionsfaktoren und deren wechselseitige Verrechnung. Allerdings beginnt das Problem schon bei der stillschweigenden Übertragung des Kapitalbegriffs auf die Natur sowie auf den Menschen und seine kulturellen, wissenschaftlichen und lebensweltlichen Leistungen. Die Verwendung des Kapitalbegriffs blendet das Sein der Dinge aus und sucht nach Möglichkeiten ihrer In-Wert-Setzung und wechselseitigen Verrechenbarkeit und damit Substituierbarkeit. Insofern die »Schnittstellen« zwischen Ökologie, Ökonomie und Lebenswelt nach den Spielregeln ökonomischer Rationalität und der Marktlogik »gestaltet« werden, sind grundlegende theoretische Einwände anzumelden. Elmar Altvater macht in diesem Zusammenhang fünf Widersprüche zwischen kapitalistischer Verwertungsdynamik und naturgegebenen Entwicklungsbedingungen geltend: die Übersetzung und Ersetzung unterschiedlicher Qualitäten, die Reduktion von Qualität auf Quantität, die Abstraktion von Raum und Zeit sowie von der Irreversibilität von Entwicklungsprozessen und der Widerspruch zwischen der Rationalität in ökologischen und sozialen Systemen und der Schablone der Profitlogik des Marktes (vgl. Altvater 1994: 239 ff). Die fortschreitende Unterwerfung der Welt unter den Code ökonomischer Rationalität produziert ökologische und soziale Konflikte und Unwägbarkeiten, setzt die Lebensgrundlagen menschlicher Entwicklung aufs Spiel. Beispiel dafür sind alarmierende Signale hinsichtlich des Erhalts der Biodiversität der Erde als biologisches Entwicklungsreservoir der Zukunft. Nach Angaben des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (vgl. WBGU 1999) ist die durch menschliche Eingriffe bedingte Aussterberate biologischer Arten inzwischen auf das Tausendfache der natürlichen Rate gestiegen. Die Frage ist, wie können wir gerade im Bewusstsein, dass für die Zukunft der Menschheit entscheidende Bedingungen und Zielgrößen nicht monetarisierbar sind, »unsere ökonomische Entwicklung derart neu ausrichten, dass sie ›nachhaltig‹ wird« (Lipietz 2000: 10)?

#### *Das Integrationsprojekt sozial-ökologischer Modernisierung*

Da Übersetzungsleistungen in die Sprache ökonomischer Rationalität zu kurz greifen, sind in den letzten Jahren, ausgehend vom »Drei-Säulen-Modell« wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, vielfältigste Vorschläge eines mehrdimensionalen, operationalisierbaren Umsetzungskonzepts vorgelegt worden. Im Kern geht es dabei um die Frage, »wie müssen die Bausteine einer

integrierten sozial-ökologischen Reformstrategie aussehen, bei der ökonomische, ökologische und soziale Interessen gleichberechtigt einbezogen werden« (HBS 2000: 21)? Diesem Integrationsansatz sieht sich auch die Rot-Grüne Bundesregierung bei der Entwicklung ihrer Konzepte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet (Deutscher Bundestag Drucksache 14/6959 2001: 3).

Entscheidend ist allerdings, unter welchen Vorzeichen ein solches Integrationsprojekt angegangen wird. Ist es letztlich doch das Prinzip der Maßlosigkeit fortschreitender Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche oder gelingt die Begründung einer Nachhaltigkeitslogik, in der der Entwicklung der Human- und Naturressourcen das Primat zukommt. Im Kontext dieser zentralen Fragestellung sind die Ergebnisse des im Jahre 2000 vorgelegten Abschlussberichtes zum Verbundprojekt Arbeit und Ökologie der Hans-Böckler-Stiftung zu bewerten. Auf der Grundlage umfangreicher Modellrechnungen zeigt das Projekt, dass auf zentralen gesellschaftlichen Handlungsfeldern das neoklassische wirtschaftsliberale Kontrastszenario (der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensenkungen für die Unternehmen) den alternativen ökonomisch-sozialen und ökologisch-sozialen Strategien unterlegen ist. Belegt wird dies durch die im jeweiligen Szenario zu erwartende Entwicklung der Arbeitslosenquote, Einkommensentwicklung, Arbeitsproduktivität, Ressourcenproduktivität, Staatsschulden, CO<sub>2</sub>-Emissionen im Zeitraum bis 2020.

»Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung ...« heißt eine durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Studie des Verbundprojekts der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren. Der dort entwickelte Ansatz zielt auf die Ableitung eines Indikatorensystems zur Operationalisierung des Nachhaltigkeitsleitbildes mit über 120 Schlüsselindikatoren (Kopfmüller et al. 2001: 328 ff). Der integrative Ansatz der Verbindung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Zielvorgaben erweist sich auch hier als Kernstück eines Paradigmas ökologischer Modernisierung.

Politik und Wirtschaft haben inzwischen die Nachhaltigkeit als neues Geschäftsfeld, als Faktor internationaler Wettbewerbsfähigkeit entdeckt. Es hat sich eine Modernisierungsallianz formiert aus jenen technologischen Forschungsinstituten, die ein öko-effizientes Wirtschaften präferieren, Vertretern der Wirtschaft, die für eine »grüne Wende der Industrie« stehen, sowie rot-grüner Regierungspolitik. »Die ›Kinder der Aufklärung‹ in den Vorstandsetagen konnten ein Kalkül aufgeklärten Eigennutzes entwickeln. Der homo oeconomicus würde sagen, es gehe darum, die eigene Nutzenfunktion und Produktionsfunktion ökologisch zu erweitern. Man müsse externalisierte ökologische Faktoren in diese Funktionen internalisieren. Und man müsse die langfristige Reproduktion auch der ökologischen Geschäftsbedingungen gewährleisten: Ökologie als Langzeitökonomie. Die Ökologisierung der Ökonomie durch Ökonomisierung der Ökologie« (Huber 2001: 291 f).

Befindet sich das ökologische Modernisierungsprojekt in der Falle neoliberaler Gestaltungsdominanz? Sind Nachhaltigkeit und Neo-

»Die globale ökologische Krise zeigt die unabdingbare Notwendigkeit an, die Gewichte in der Ökonomie zu verlagern. Es ist nicht mehr die menschliche Arbeitskraft, die im Zentrum der Bewirtschaftung zu stehen hat; schon die Massenarbeitslosigkeit demonstriert augenfällig, dass nicht Arbeitskraft knapp ist, sondern die Gelegenheiten zu ihrer produktiven Betätigung durch das ökonomische System knapp gehalten werden. Vielmehr muss eine Ökonomie der Nachhaltigkeit die Bewirtschaftung der stofflichen und energetischen Ressourcen und Kreisläufe (die ›Ressourcenproduktivität‹) in das Zentrum ihrer Mechanismen und Anreize stellen. Dazu kann die kapitalistische Wirtschaft durch Veränderung ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in gewissem Maße veranlasst werden. Ob sie zu mehr als einer nur situativen Anpassung in der Lage ist und die Potenz besitzt, von der Dominanz der Zeitökonomie zur Dominanz der Ressourcenökonomie überzugehen, ist eine offene Frage.«  
Hubert Laitko: Die Idee der Wissensgesellschaft und der kategorische Imperativ der Nachhaltigkeit (mimeo), 2002, S. 7 f.

Die Illusion »richtiger Preise« folgt schon allein daraus, dass »eine vollständige Internalisierung externer (ökologischer) Kosten ja schon aus Gründen, die zur Formulierung des 2. Hauptsatzes der Thermodynamik geführt haben, ausgeschlossen (ist). Stoffliche und energetische Transformationsprozesse sind irreversibel und hinterlassen dissipative Strukturen, die auch bei vollständiger Kalkulation nicht revidiert werden können. Die Preise mögen im Idealfall zwar richtig sein, die Umweltzerstörung wird dadurch aber nur kalkulatorisch erfaßt, nicht aber *uno actu* und realiter verhindert oder rückgängig gemacht. Das Problem wird noch dadurch gesteigert, daß Umfang, Wirkungsgrad und Wirkungsrichtung stofflicher und energetischer Transformationen prinzipiell nicht vollständig bekannt sein, also auch nicht in »richtigen Preisen« kalkuliert werden können.«

Elmar Altvater: Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberlehrlingen, in: PROKLA, Nr. 95, 24(1994)2, S. 212.

liberalismus, wie es die umweltpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Eva Bulling-Schröter (vgl. 2001: 18) formulierte, nur eine Ehe eingegangen, deren kapitalistischen und patriarchalen Charakter es aufzudecken gilt? Oder wird letztlich der Übergang von der für den Kapitalismus wesenseigenen Ökonomie der Arbeitszeit zu einer nachhaltigen Ressourcen-Ökonomie auch zu einer grundlegenden sozio-ökonomischen Umstrukturierung der Gesellschaft führen, wie dies Hubert Laitko in seinem Beitrag Nachhaltigkeit und Entwicklung – eine theoretische Besinnung (Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 12./13. April 2002) thematisiert hat? Das offensichtliche Theoriedefizit ist Ausdruck der Tatsache, dass eine an Natur- und Humanressourcen orientierte nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise erst schrittweise geschaffen werden muss. »Wir haben kein Konzept, wie wir die Gesellschaft »von Grund auf« verändern können, wir können einfach nicht wie mit einem Zauberstab die Arbeitsteilung oder die Warenverhältnisse abschaffen. Da diese Gesellschaft uns in die Katastrophe führt, ergibt sich daraus für uns die Pflicht, Reformisten zu sein, das heißt wir müssen versuchen, die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft umzulenken« (Lipietz 2000: 64).

#### *Indikatoren und strategische Handlungsfelder*

Gerade die Ambivalenz des integrativen sozial-ökologischen Modernisierungsprojektes begründet nach Alain Lipietz die Pflicht, sich einzumischen. Dies heißt für konkretes gesellschaftliches Handeln, die Mühen partizipativen Mitwirkens und Umlenkens anzunehmen. Allerdings sind die »Fallstricke für eine zukunftsfähige Entwicklung ... immens. Gesellschaftliche Gestaltung, die den Weg in eine zukunftsfähige Entwicklung öffnen soll, hat es mit einer enormen Komplexität zu tun« (Kopfmüller et al. 2001: 36). Dies erklärt den Ruf nach geeigneten Nachhaltigkeitsregeln, Indikatorensets und Nachhaltigkeits-»Formeln« sowie nach durch sie gestützte Bewertungsverfahren und Strategien. »Damit soll eine Bündelung umfangreicher, oft kaum fassbarer und vielschichtiger Informationen erreicht werden (Aggregation und Komplexitätsreduktion)« (Lüderitz 2001). Allerdings ist bereits die Auswahl der Indikatoren nicht unproblematisch. Sie müssen aussagekräftig und quantifizierbar, mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln, den Akteuren verständlich sein und sie müssen auf eine beherrschbare Anzahl beschränkt bleiben sowie Anreize zu ihrer Umsetzung enthalten.

Zunächst geht es jedoch um die Frage, auf welchen zentralen gesellschaftlichen Handlungsfeldern der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung zu vollziehen wäre. Das Verbundprojekt Arbeit und Ökologie bestimmt im Rahmen einer sozial-ökologischen Reformstrategie fünf eng miteinander verknüpfte Handlungsfelder: die ökologische und soziale Gestaltung des Strukturwandels, Innovationen, Arbeitszeiten und Konsumwandel (HBS 2000: 39). Gerade weil es nicht »die Nachhaltigkeitsstrategie gibt, sondern eine Vielzahl von Optionen, zwischen denen auszuwählen Aufgabe der Politik ist« (Spangenberg 2002: 152), gilt es für die zentralen strategischen Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung Schlüsselstrategien zu identifizieren, die für eine umfassende sozial-ökologische Reform unverzichtbar sind.



*Erstens* geht es um die *Internalisierung externer ökologischer und sozialer Kosten*. Die »In-Wert-Setzung« natürlicher und sozialer Ressourcen, die bislang weitestgehend als Gratisfaktor in der Produktions-, aber auch in der Konsumtionssphäre zur Verfügung standen, erweist sich jedoch als keineswegs unumstrittener Ansatzpunkt einer ökologischen Umgestaltung mittels marktsteuernder Finanzinstrumente (Umweltgebühren, handelbare Emissionszertifikate, Produkthaftung, Subventionen, Ökosteuern und ähnlichem). Das betrifft die interessengeleitete Umsteuerung sowohl des wirtschaftlichen Handelns als auch des Konsumverhaltens, vor allem, wenn wie bei der Ökosteuern die Einnahmen mehr zum Stopfen von Haushaltslöchern als für eine sozial-ökologische Umsteuerung gesellschaftlicher Entwicklung Verwendung finden. Die grundlegende theoretische und gesellschaftspolitische Kritik an Reichweite und Wirksamkeit solcher Instrumentarien sollte allerdings nicht den Blick für durchaus positive und wünschenswerte Effekte der Ressourcenschonung und Effizienzentwicklung sowie entsprechendes gesellschaftliches Gestaltungspotenzial versperren.

Denn in dieser Richtung erweist sich *zweitens* die *Steigerung der Ressourceneffizienz zur Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum* als eine Schlüsselstrategie. »Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch«, mit dieser Vision haben Mitte der neunziger Jahre Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins, L. Hunter Lovins (1997) ihren Bericht an den Club of Rome überschrieben. Die einfache Botschaft: Steigerungsraten der Ressourcenproduktivität von jährlich bis fünf Prozent führen schon in drei Jahrzehnten zu einer Vervierfachung der Ressourcenproduktivität. »Die geradezu missionarische Fulminanz, mit der die »Effizienzrevolution« von industriell neu bekehrten Gründern und ökologisch neu bekehrten Industriellen propagiert wurde, ließ sie die Grenzen der Effizienzstrategie verkennen« (Huber 2001: 314). Hinlänglich bekannt und diskutiert sind Rebound-Effekte beispielsweise in der Computerbranche, wo trotz Dematerialisierung und extremen Leistungszuwachses ein zunehmender Ressourcenverbrauch zu verzeichnen ist. Hinzu kommen auf jeweiligem wissenschaftlich-technologischen Niveau physikalische Grenzen hinsichtlich Effizienzgrad und Dematerialisierung. Die weitere deutliche Steigerung der Ressourceneffizienz gehört ohne Zweifel zu den Kernaufgaben des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft, sie allein wird jedoch kaum zu einer nachhaltigen Rationalität von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung führen.

*Drittens* ist die *soziale Gestaltung des Strukturwandels* Ziel und Grundbedingung des emanzipatorischen Projekts Nachhaltigkeit. Ohne soziale Grundsicherung, Gewährleistung gleicher Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Erwerbsarbeit und Kultur ist soziale Akzeptanz für die anstehenden Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt nicht herzustellen. Die Perspektive der Schaffung sozial verträglicher Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung greift allerdings zu kurz. Wie das Beispiel gezielter Arbeitszeitverkürzung oder das Konzept der Mischarbeit zeigt, gehören sie ins Zentrum einer auf menschliche und natürliche Ressourcen orientierten Wirtschafts- und Lebensweise.

»Der Sozialstaat ist und bleibt verpflichtet, jedem Menschen in Deutschland ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.« Ökumenisch-sozialethischer Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen: Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben – Thesen zur Zukunft der Arbeit, in: epd-Dokumentation, Nr. 19 a/2000, Frankfurt/M., S. 6.

Nachhaltigkeit ist ein gesellschaftliches Projekt, das alle Akteure einschließt: Wissenschaft, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen, Stiftungen, Initiativen und Projekte, Kultur und Bildungseinrichtungen, die Parteien und Parlamente sind gefragt. Gefragt ist auch das bürgerschaftliche Engagement außerhalb staatlicher Strukturen.»

Volker Hauff: Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie. Rede des Vorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 28. September 2001 in der Katholischen Akademie zu Berlin, S. 3.

Deutlich wird dies an der von J. H. Spangenberg vorgestellten zentralen Nachhaltigkeits-Ungleichung  $d(Y/L) > dY < d(Y/R)$ . »Diese zeigt deutlich, dass der umstrittene Gegensatz ökologischer und sozialer Anforderungen (der »trade off«) tatsächlich existiert; sie weist aber auch auf Möglichkeiten, diesen Gegensatz zu entschärfen. So kann auf der rechten Seite der Ungleichung durch Förderung sozialer wie technischer Innovationen die Ressourcenproduktivität gesteigert werden, sowie auf der linken durch Arbeitszeitverkürzung der Anstieg der Pro-Kopf-Produktion verlangsamt werden. Um dies sozialverträglich zu gestalten, sind schon lange und immer wieder eine Kombination aus produktivitätsorientierter Lohnpolitik, deren teilweiser Auszahlung als Arbeitszeitverkürzung (also mit Lohnausgleich) plus einer leistungsunabhängigen steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung gefordert worden« (Spangenberg 2002: 151 f.).

Die Schlüsselrolle des weltweiten sozialen Ausgleichs sei hier ausdrücklich angemerkt. Nach Berechnungen von F. J. Radermacher zum »Equity-Faktor« ist die Welt als Ganzes heute sozial mehr gespalten als irgendein einzelnes Land. »De facto befinden wir uns heute in einem Zustand globaler Apartheid, ein absolut nicht friedens- und zukunftsfähiger Zustand und das größte heute bestehende Hindernis für Zukunftsfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung« (Radermacher 2001: 13). Radermachers – jüngst in *Bild der Wissenschaft* als »Neue Zukunftsformel für Wachstum und Gerechtigkeit« vorgestelltes – Modell »10 – 4:34« plädiert für eine radikale Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zwischen Nord und Süd. Sein Ausgangspunkt ist der sogenannte »Doppelte Faktor 10«, die Verzehnfachung des Weltbruttosozialprodukts über die nächsten fünfzig bis hundert Jahre bei gleichzeitiger Verzehnfachung der Ökoeffizienz. Das würde den Spielraum dafür schaffen, dass sich der Wohlstand der entwickelten Länder bis zum Ende des 21. Jahrhunderts noch mal vervierfachen ließe, der Süden in gleicher Zeit um den Faktor 34 aufholen und sich das Wohlstandsgefälle damit von heute 1:16 auf 1:2 verringern könnte (vgl. Radermacher 2002: 78 ff). Dieser Ansatz wirkt zwar idealtypisch, bietet aber eine Vorstellung, wie Globalisierung sozialer Gerechtigkeit als Alternative zu heutigen Tendenzen denkbar wäre.

#### *Wissenschaftlich-technische und soziale Innovationen*

Der Übergang zu einem nachhaltigen Entwicklungstyp der Gesellschaft ist an grundlegende qualitative Veränderungen der Produktions- und Lebensweise gebunden. Innerhalb der drei Begründungszusammenhänge nachhaltiger Entwicklung – der normativ/ethischen, der problem-/prozessorientierten und der handlungsstrategischen Begründung – kommt dabei wissenschaftlich-technischen und sozialen Innovationen eine konstitutive Rolle zu. Wissenschaft und die breite partizipative Veränderung der Gesellschaft sind die treibenden Kräfte für nachhaltige Entwicklung. Technische und gesellschaftliche Innovationen bilden die originäre und letztlich einzig unerschöpfliche Quelle für gesellschaftlich Neues und für eine zukunftsfähige Entwicklung des gesellschaftlichen Produktivpotenzials. Insofern fortschreitende Steigerung der Ressourcenproduktivität als ökonomisches Kernstück eines Nachhaltigkeitsregimes identifiziert

wurde, rücken wissenschaftlich-technische Innovationen zur Realisierung dieser Strategie in den Mittelpunkt. Kaum verwunderlich, dass dieses enorme Innovationspotenzial die Aufmerksamkeit von Wirtschaft und Politik findet. Der Spannungsbogen reicht dabei von der Erschließung der »Nachhaltigkeit als ein neues Geschäftsfeld« (Hennicke 2001: 10) bis hin zum Anspruch einer verstärkten Ausrichtung der Forschungs- und Technologieförderung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung (Deutscher Bundestag Drucksache 14/6959 2001: 1). Inwieweit hier die Politik über Forschungs- und Technologieförderung bereits verlassenes Terrain mit Blick auf ökologische und soziale Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung zurückzugewinnen sucht, bedarf einer kritischen Begleitung. In diesem Zusammenhang sollte die Linke die Wissenschaftspolitik – über ihre hochschulpolitischen Spezifika hinaus – als zentrales Politikfeld der Sicherung gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit verstärkt erschließen und alternative Konzepte entwickeln.

Gleichzeitig bedarf es eines neuen Herangehens an Politik als ein Prozess sozialer Innovationen. Gerade vor dem Hintergrund des Globalisierungsprozesses ist von der überkommenen Vorstellung einer gesellschaftlichen Instanz, die die Rolle eines zentralen Steuerungssubjekts übernehmen kann, endgültig Abschied zu nehmen. »Es geht nicht um Verlust«, so Volker Hauff mit Blick auf den Johannesburg-Gipfel 2002, »sondern um neue Handlungsspielräume und neue Politikmuster in einer – ich kenne leider keine gute Übersetzung – Global Governance. Sie bedeutet, ein Mehr an Demokratie, Mitgestaltung und Partizipation zu ermöglichen und dabei andererseits auch ein Mehr an Verantwortung und Verantwortlichkeit einzufordern« (Hauff 2001 a: 3 f.).

Der Aufstieg von Attac zu einem wichtigen Akteur der globalisierungskritischen Bewegung steht stellvertretend für das Aufbrechen überkommener Politikmuster. Zwischen Netzwerk, NRO und sozialer Bewegung versteht sich Attac als ein innovatives Projekt, das die Vorzüge dieser Organisationstypen miteinander zu verknüpfen sucht, ohne deren Schwächen und Nachteile zu reproduzieren (Attac 2001: 12 f). Die Schwierigkeit einer klaren begrifflichen Bestimmung von Nachhaltigkeit, von Global Governance oder des Organisationstyps neuer sozialer Bewegungen ist Ausdruck davon, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen nachhaltige Entwicklung dauerhaft stattfinden kann, erst geschaffen werden müssen. Dies lässt sich heute kaum präziser beschreiben als mit der Metapher »Nachhaltigkeit als ein offener gesellschaftlicher Lern- und Suchprozess«.

### *Rosa-Luxemburg-Stiftung als integrativer Lernort*

Der theoretische Exkurs im vorliegenden Beitrag reflektiert die Diskussion über die Rolle linker politischer Bildung mit Blick auf Nachhaltigkeit, die wir in den zurückliegenden Monaten in der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls) geführt haben. Vor zwei Jahren wurde unter Leitung von Evelin Wittich ein eigenständiger Arbeitszusammenhang zur Nachhaltigkeit sowie ein interdisziplinärer Gesprächskreis ins Leben gerufen und solchermaßen ein Knotenpunkt für den Aufbau eines Netzwerkes von Trägern politischer Bildung, Wissenschaftlern, Politikern sowie Umwelt- und Lokale-Agenda-

Attac ist »ein innovatives Projekt, das nicht ohne weiteres in die Kategorien Netzwerk, Verbandsinternationale, NGO oder Bewegung passt. (...) Die konstitutiven Merkmale dieses Organisationstyps sind: a. Attac ist ein Ort, wo politische Lern- und Erfahrungsprozesse ermöglicht werden, b. in dem unterschiedliche Strömungen emanzipatorischer Politik miteinander diskutieren und c. zu gemeinsamer Handlungs- und Aktionsfähigkeit zusammenfinden. (...) Sicher werden Organisationssoziologen sich über kurz oder lang dazu etwas einfallen lassen. In der Zwischenzeit begnügen wir uns mit Attac ist Attac.«  
Attac-Koordinierungskreis: Zum Selbstverständnis von Attac. Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung – 8 Thesen, in: Bernard Cassen et al.: Eine andere Welt ist möglich, Hamburg 2001, S. 17.

»Auf dieser Stufe beginnt sich in Prozessen der politischen Bildung der Gedanke der Partizipation zu realisieren. In ganz alltäglicher inhaltlicher Teilhabe an der Debatte: dem Erkennen von Argumenten als Mythen – auf beiden Seiten –, der Entdeckung von Interessen, eigenen wie fremden, und der Herausbildung einer persönlichen, am eigenen Lebenskonzept orientierten Position.«

Wolfgang Beer: Wie wollen wir leben? Die bioethische Debatte: ein Fall für politische Bildung, in: Praxis Politische Bildung, 2002, Nr. 1, S. 13.

Aktivisten geschaffen. In dem Maße, in dem die Stiftung von einem wachsenden Kreis von Akteuren und Interessenten als Forum angenommen wurde, sind auch die Erwartungen gestiegen. Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch, die Schaffung von Netzwerken sowie die Gewinnung von Experten für die politische Bildungsarbeit waren wichtige Schritte. Sie allein sind – um im Bilde der Nachhaltigkeit zu bleiben – jedoch nicht »selbsttragend«. Nimmt die Stiftung ihren Anspruch ernst, das Themenfeld Nachhaltigkeit zu einer profilbestimmenden Linie in der Bildungsarbeit auszubauen, muss sie sich zu einem Kompetenzort entwickeln, der dem gesellschaftlichen Lern- und Suchprozess nachhaltiger Entwicklung in besonderer Weise Rahmen und Impulse zu geben vermag. Im Verständnis von Nachhaltigkeit als innovatives Projekt ist von politischer Bildung eine spezifische Integrationsleistung gefordert. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung sehen wir eine solche Integrationsleistung insbesondere in folgenden Richtungen:

*Erstens* die rls als *integrativer Diskursort* gesellschaftspolitischen Engagements für eine organische Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher nachhaltiger Entwicklung. Nachhaltigkeit wird, wie das Stichwort Effizienzrevolution deutlich macht, in der Praxis allzu schnell auf Modernisierungsstrategien verkürzt. Zugleich ist eine zunehmende Vereinnahmung in neoliberale Politikansätze zu verzeichnen. Nicht zuletzt deshalb hat das Integrationsprinzip der Nachhaltigkeit für linke politische Bildungsarbeit programmatischen Charakter. Auch eine ökologische Fragen ausklammernde oder sie zurückstellende Zuspitzung auf soziale Nachhaltigkeit, wie sie für die politische Praxis der PDS nicht untypisch ist, wäre ein ungeeignetes Modell für den bildungspolitischen Ansatz der rls. Vielmehr ist der immens politische Charakter der Auseinandersetzung gerade um die Einheit nachhaltiger Entwicklung in ihren drei grundlegenden Dimensionen transparent und produktiv zu machen. Dafür steht seitens der neuen antineoliberalen sozialen Bewegungen vor allem die Verbindung des Rio-Prozesses mit der Forderung nach Globalisierung sozialer Gerechtigkeit, wo es im Falle von Attac zum Beispiel mit der Tobin Tax gelungen ist, mit einer »einfachen und hegemoniefähigen Botschaft« politische Durchschlagskraft zu gewinnen (Attac 2001: 14).

Gerade das Fehlen solcher einfachen und hegemoniefähigen Botschaften etwa in der Auseinandersetzung mit der Haushalts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes oder der Länder lässt das Projekt Nachhaltigkeit für viele Menschen lebensfremd erscheinen. Bildung und Wissenschaft auf der einen und Zukunft der Arbeit auf der anderen Seite der von J. H. Spangenberg vorgestellten Nachhaltigkeits-Ungleichung bieten indes hinreichend Substanz für die Entfaltung leitbildfähiger Zukunftsvisionen. Über die Nische des Expertendiskurses der Nachhaltigkeit hinaus sind Themen wie Innovation und Zukunft der Arbeit im Interesse einer sozialverträglichen Gestaltung des anstehenden ökologischen Umbaus in den Mittelpunkt politischer Bildungsarbeit zu stellen.

*Zweitens* sollte sich die rls als *integrativer Lernort interdisziplinärer Wissensbestände* profilieren. Politische Bildung hat den Anschluss zu nachhaltigkeitsrelevanten natur-, technik-, human- und

sozialwissenschaftlichen Erkenntnisbeständen herzustellen. Diese anwendungsorientierte Transformations- und Integrationsleistung politischer Bildung ist ihrem Charakter nach selbst im hohen Maße wissenschaftliche Arbeit. Es geht dabei auch – über das Themenfeld Nachhaltigkeit hinaus – um die Herausbildung eines spezifischen Anforderungsprofils wissenschaftlicher Arbeit als Basis und Instrumentarium politischer Bildung.

*Drittens* geht es um die *integrative Zusammenführung gesellschaftlichen Erfahrungswissens* zum Projekt Nachhaltigkeit. Hier ist nicht nur die neue Rolle der PDS im politischen System etwa mit der Regierungsverantwortung in Mecklenburg-Vorpommern (Umweltschutz, Arbeit und Soziales) und in Berlin (Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie Soziales) eine Herausforderung für kritische Politikbegleitung. Ebenso steht eine offensive Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung an, die sich auf dem Feld der Nachhaltigkeit beständig Bestnoten attestiert. In dem hier vertretenen Politikverständnis gilt die Aufmerksamkeit im besonderen den sozialen Innovationen und neuen sozialen Bewegungen. Mittlerweile existiert eine äußerst vielgestaltige Szene konkreter Projekte partizipativer, auf nachhaltige Entwicklung orientierter Projekte und Initiativen – Stichwort: Lokale Agenda, regionale Entwicklungskonzepte, aber auch wissenschaftliche, forschungs-, technologie- und innovationsorientierte Projekte sozial-ökologischen Umbaus. Hier geht es tatsächlich um das Zukunftspotenzial der Gesellschaft – zu dem der linke Diskurs offensiv Anschluss suchen muss.

*Viertens* wird politische Bildung daran zu messen sein, wie sie Möglichkeiten für das *integrative Zusammenwirken gesellschaftlicher Akteure* im Projekt Nachhaltigkeit schafft. »Hinzu kommen organisierte interdisziplinäre Diskurse, die z. B. zwischen profilierten Laien, Wissenschaftlern verschiedener Fachbereiche, Politikern, Unternehmensvertretern und Selbsthilfegruppen stattfinden. Sie können als Modell in die Gesellschaft hineinwirken. So nimmt politische Bildung, oft jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit, eine wesentliche Aufgabe wahr für einen demokratischen Diskurs von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft ...« (Beer 2002: 13). Nachhaltigkeit als Gestaltungsaufgabe empfiehlt sich als Feld der Erprobung neuer sozialer Praktiken der Kommunikation, der Bildung von Netzwerken, der Projektarbeit, der Begegnung und Interaktion von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, NRO und Umweltaktivisten. Bildung ist in der Tat ein Schlüsselbereich für gesellschaftliches Umsteuern, in dem sich die rls selbst als innovatives Element einbringen kann.

*Fünftens* geht es um die Entwicklung eines zeitgemäßen Verständnisses politischer Bildung als *Lern- und Erfahrungsort* sowie geeigneter Methoden. Nachhaltigkeit steht exemplarisch für die Profilierung politischer Bildung, die weit über das klassische Bild einer »Bildungsstätte« hinausgeht und wo entsprechende politische Lern- und Suchprozesse tatsächlich stattfinden. Dies erweist sich als zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit politischer Bildung.



**Literatur**

- Attac-Koordinierungskreis (2001): Zum Selbstverständnis von Attac. Zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung – 8 Thesen, in: Bernard Cassen et al. (2001): Eine andere Welt ist möglich, Hamburg, S. 17.
- Altvater, Elmar (1994): Die Ordnung rationaler Weltbeherrschung oder: Ein Wettbewerb von Zauberehringen, in: PROKLA, Nr. 95, 24(1994)2, S. 186-225.
- Beer, Wolfgang (2002): Wie wollen wir leben? Die bioethische Debatte: ein Fall für politische Bildung, in: Praxis Politische Bildung, 6(2002)1, S. 13.
- Bulling-Schröter, Eva (2001): Thesenpapier: Nachhaltigkeit und linke Politik, in: Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften, Neu-Ulm.
- Deutscher Bundestag Drucksache 14/6959 (2001): Bildungs- und Forschungspolitik für eine nachhaltige Entwicklung. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ursula Burchardt, Klaus Barthel (Starnberg), Hans-Werner Bertl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Dr. Reinhard Loske, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 25.09.2001.
- Enquetekommission »Zukunftsfähiges Berlin« des Abgeordnetenhauses von Berlin – 13. Wahlperiode (1999).
- Forum für Umwelt & Entwicklung (2002): 10 Forderungen an Johannesburg, in: Neues Deutschland vom 20. Februar.
- Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2001): Das Gute Leben. Neue Technologien im Dienst der Entfaltung von Mensch und Natur. Ein Memorandum zur Innovationspolitik, Berlin.
- Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.
- Hauff, Volker (2001 a): Nachhaltigkeit und Globalisierung, Rede am 13. Januar 2001 auf der Nationalen Konferenz des BMU, BMZ und Forum Umwelt & Entwicklung zum Johannesburg-Gipfel 2002.
- Hauff, Volker (2001b): Nachhaltige Entwicklung: Vom Schlagwort zur politischen Strategie. Rede des Vorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 28. September 2001 in der Katholischen Akademie zu Berlin.
- HBS (Hans-Böckler-Stiftung) (Hrsg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf.
- Hennicke, Peter (2001): Nachhaltigkeit – ein neues Geschäftsfeld? in: Das Magazin (Hrsg. Der Präsident des Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen) 12. Jahrgang, Nr. 4, S. 10 ff.
- Huber, Joseph (2001): Allgemeine Umweltsociologie, Wiesbaden.
- Kopfmüller, Jürgen et al. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin.
- Laitko, Hubert (2002 a): Nachhaltigkeit und Bildung. Gedanken zu ihrem Verhältnis, (erscheint als Manuskriptdruck der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin).
- Laitko, Hubert (2002 b): Die Idee der Wissensgesellschaft und der kategorische Imperativ der Nachhaltigkeit (mimeo).
- Lipietz, Alain (2000): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, Münster.
- Lüderitz, Volker (2001): Indikatoren einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung (mimeo).
- Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels-Werke (MEW), Bd. 23.
- Münch, Richard (1998): Globale Dynamik lokale Lebenswelten. Der schwierige Weg in die Weltgesellschaft, Frankfurt/M.
- Ökumenisch-sozialethischer Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen (2000): Auf dem Weg zu einer Neubestimmung von Arbeit, Einkommen und Leben – Thesen zur Zukunft der Arbeit, in: epd-Dokumentation, Nr. 19a/00, Frankfurt/M.
- Radermacher, Franz Josef (2001): Balance or Destruction: Ein Plädoyer für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft. Beitrag zur Konferenz »Nachhaltigkeit als Geschäftsfeld – Natur, Macht, Märkte« (mimeo).
- Radermacher, Franz Josef (2002): 10 – 4:34. Die Formel für Wachstum und Gerechtigkeit, in: Bild der Wissenschaft, Heft 4/2002.
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2000): ReformAlternativen, sozial – ökologisch – zivil, Berlin.
- Shiva, Vandana (2002), zitiert nach: Neues Deutschland vom 6. Februar.
- Spangenberg, Joachim H. (2002): Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, in: UTOPIE kreativ, Nr. 136 (Februar), S. 145-155.
- Ummüßig, Barbara (2001): Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg: Zwischen Nachhaltigkeitsrhetorik und Wettbewerbsfixierung, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 5, S. 3
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von et al. (1997): Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch, München.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2002): Mein Faktor Vier steht heute im politischen Zentrum, Interview in Bild der Wissenschaft, Nr. 4/2002.
- WBGU (1999): Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre, Jahresgutachten.
- Zahrt, Angelika (2001) im Interview, in: SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Zukunft sichern. Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, Berlin.

ANJA LAABS

## Schächten oder Schlachten – eine pseudoethische Kontroverse

### *Schächten oder Schlachten?*

Zu Beginn dieses Jahres hob bekanntermaßen das Bundesverwaltungsgericht das Verbot des Schächten vom Juni 1995 auf. Somit ist Schächten also ausnahmsweise für Minderheiten, deren Religion dies vorschreibt, wieder erlaubt. In den europäischen Ländern Schweden, Norwegen, Island, Österreich<sup>1</sup> und in der Schweiz ist diese Art der Tötung verboten.

Das symbolträchtige Ritual selbst geht in seiner heutigen Form auf Moshe Rabenu zurück. Die geltenden Vorschriften dazu finden sich in der Thora zur Kashruth. Nach dieser Heiligen Schrift ernährten sich die Menschen bis zur Sintflut vegetarisch, da für die Ernährung kein Blut vergossen werden durfte. Nachdem Menschen und Tiere durch Noah vor der Sintflut gerettet wurden, war ihnen das Essen von fleischlicher Nahrung gestattet.

Von einem Großteil der nichtjüdischen und nichtmuslimischen Bevölkerung wird das Schächten allerdings als eine ›inhumane‹ Art der Tiertötung verurteilt. Grundlage für seine Zurückweisung waren und sind Argumente, die sich auf die ›kulturellen Werte‹ und ›zivilisatorischen Errungenschaften‹ der Gesellschaften in den westlichen Industriestaaten berufen. Das vorherrschende Verständnis von dem, was als ›humanes‹ Schlachten gilt, stützt sich also in erster Linie auf das Wissen, inwieweit Tiere Leiden und Schmerzen erfahren können, und auf Vorstellungen über angeblich aktiven Tierschutz. Beide Aspekte bilden letztlich den Maßstab für die Beurteilung von Tiertötungsverfahren in Deutschland.

Beim Schächten werden dem Tier ohne vorherige Betäubung mit einem einzigen Schnitt Luftröhre, Speiseröhre und Halsschlagadern durchtrennt. Danach soll das Tier möglichst vollständig ausbluten. Die Ansichten über die Schmerz Wahrnehmung während und nach diesem Schnitt sind sehr unterschiedlich. Einige behaupten, daß das Tier unmittelbar nach der Eröffnung der Halsschlagadern bewußtlos und damit schmerzunempfindlich wird, andere sprechen hingegen von einem qualvollen Siechtum, das durch Ersticken und Verbluten verursacht wird.

Das deutsche Tierschutzgesetz schreibt die Betäubung vor dem Töten vor, um dem Tier unnötige<sup>2</sup> Leiden und Schmerzen<sup>3</sup> zu ersparen. Die Betäubungsmethoden unterscheiden sich ja nach Tierart und ihrer Praktikabilität. Sie reichen vom Bolzenschuß bei Rind und Schwein, über die Elektrobetäubung im Wannenbad bei Geflügel, den Einsatz von Elektrozangen bei Schwein und Schaf bis zur

Anja Laabs – Jg. 1977; Tierärztin, Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dissertation an der FU Berlin und mit der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere, zuletzt in UTOPIE kreativ: »Neuigkeiten vom Huhn-Ei-Problem« (Nr. 131; September 2001).

1 In Österreich ist das Schächten nur in einigen Regionen verboten.

2 Der Begriff ›unnötig‹ impliziert das unumgängliche Leid des Tieres durch die Notwendigkeit des Schlachtens für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse.

3 Die Ergebnisse von Messungen objektiver Parameter wie Hormonausschüttung, Herz- und Atemfrequenzveränderung, die unbestrittenen anatomi-

schen Parallelen zwischen Mensch und Tier bezüglich des (zentralen) Nervensystems, die Funktionalität biochemischer und elektro-physiologischer Übertragungsmechanismen und die Ähnlichkeit bestimmter Verhaltensmuster in Extremsituationen wie Angst, Hunger, Freude usw., lassen es höchst wahrscheinlich erscheinen, daß (Säuge) Tiere weitgehend gleiche Empfindungen haben wie Menschen.

Betäubung mit CO<sub>2</sub> in sogenannten Gondelsystemen bei Schweinen. Ziel der Betäubung ist die Ruhigstellung des Tieres und die Ausschaltung von dessen Wahrnehmung bis zur eigentlichen Tötung durch die Eröffnung der Halsschlagadern bei Säugern oder das Abtrennen des Kopfes bei Geflügel. Während der gesamten Prozedur müssen die Vorschriften des Tierschutzgesetzes eingehalten werden, um Leiden und Schmerzen weitestgehend zu vermeiden. Dazu gehört der geregelte Transport zu und der ruhige Umgang mit den Tieren auf den Schlachthöfen, die Befriedigung der tierischen Mindestbedürfnisse innerhalb vorgeschriebener Zeiträume (Temperaturregulation, Tränken, Unterbringung unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit sozialer Gruppen) und die Einhaltung physikalischer Mindestparameter (CO<sub>2</sub>-Konzentration, Spannung, Stromstärke usw.).

Die vorgeschriebene Betäubung vor dem Töten klärt jedoch weder die mit der Tötung verbundenen moralischen Probleme, noch die Fragen zur tatsächlichen Leidenswahrnehmung von Tieren. Sie gewährleistet allerdings einen reibungsloseren Umgang mit den Tieren während der Schlachtung und unterstützt so die industriemäßige ›Abfertigung‹ von großen Tiermengen. Im Gegensatz zum ausschließlich manuellen Schächten kann auf diese Weise die industrielle Fleischproduktion überhaupt erst realisiert werden. Schlachtung ist heute eine weitestgehend technisierte und automatisierte Form der Tiertötung. So sehr ich einer ethisch geleiteten Diskussion zu diesem Thema auch zustimme, so wenig kann ich dem Kern der (angeblich) ethischen Debatte Glaubwürdigkeit abgewinnen.

Eine Diskussion um die bloße ›Rechtmäßigkeit‹ des Schächten, ohne daß die nicht religiös motivierte industrielle Schlachtpraxis – und damit im Zusammenhang auch die Massenproduktion und -konsumtion von Fleisch – ebenfalls in Frage gestellt wird, ist einfältig und zudem fragwürdig. Der Streit darum, ob die eine oder andere Tötungsmethode ›besser‹ ist, kann – bis auf einige wenige Aspekte – nicht als ernst zu nehmende Auseinandersetzung um die Rechte und den Schutz der Tiere angesehen werden. Es handelt sich hier primär um eine kulturelle Auseinandersetzung, in der das Tier zum Objekt religiöser und nicht-religiöser Interessen verkommt. Denn beim Schächten ist die Wahrscheinlichkeit, daß das Tier vor dem Eintritt des Todes leidet, zwar höher als beim Schlachten, diese Leidenswahrscheinlichkeit kann jedoch bei der herkömmlichen Schlachtpraxis bis zum Eintritt der Bewußtlosigkeit und bis zur Tötung nach erfolgloser Betäubung ebenso hoch sein – und sie ist es nach aktuellen Veröffentlichungen auch.<sup>4</sup>

Einer Diskussion um die moralische Vertretbarkeit unterschiedlicher Schlachtmethode sollte immer auch eine Diskussion um die moralisch-ethische Vertretbarkeit von Fleischproduktion und -konsumtion vorangehen.

#### *Tierproduktion und Fleischkonsumtion*

Bis zum Jahre 2020 wird die Erdbevölkerung um jährlich 80 Millionen, auf zirka sieben Milliarden Menschen anwachsen. Bei einer im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum rückläufigen Getreideproduktion hungern derzeit 900 Millionen Menschen. Nach Daten von

4 Entsprechende Daten können beim Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin eingeholt werden ([www.bgvv.de/lebensmittel/lebensmittelsicherheit/mikrob\\_risiken/bse/files/schlachttechnik/01-06-2001.pdf](http://www.bgvv.de/lebensmittel/lebensmittelsicherheit/mikrob_risiken/bse/files/schlachttechnik/01-06-2001.pdf))



*animal-health-online* steht jedem Weltbürger – allerdings nur rein statistisch – fast ein Kilo Getreide pro Tag zur Verfügung. Die Produktion von Nahrungsmitteln beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Getreideproduktion, sondern schließt – in zunehmendem Maße auch in den Entwicklungsländern – die Fleischproduktion ein. 1995 wurde in der ›Dritten Welt‹ sogar mehr Fleisch produziert als in den Industrieländern. Die Erzeugung tierischer Nahrungsmittel erfordert neben kostspieligen Veredlungstechnologien vor allem ein hohes Maß an landwirtschaftlicher Intensivierung. Ein großer Teil des weltweit geernteten Getreides wird an Nutztiere, die der Erzeugung von Fleisch oder von Milch und Eiern dienen, verfüttert. In den Industrienationen sind dies sogar bis zu 70 Prozent der Ernte. China – mit 1,3 Milliarden Menschen eines der bevölkerungsreichsten Länder – kann nur etwa sieben Prozent der auf der Erde insgesamt verfügbaren landwirtschaftlichen Fläche für die Getreideproduktion nutzen und hat dennoch den Anteil an der Getreideernte, der an Nutztiere verfüttert wird, seit 1960 von acht auf 26 Prozent gesteigert, in Mexiko wuchs dieser Anteil im selben Zeitraum sogar um 40 Prozent.

Insgesamt werden heute auf der Erde eine Milliarde Schweine, 1,3 Milliarden Rinder, 1,8 Milliarden Schafe und Ziegen und 13,5 Milliarden Hühner gehalten. Für die Ernährung dieser Bestände muß sowohl die Getreideproduktion<sup>5</sup>, als auch die Wasserversorgung entsprechend ›angepaßt‹ werden. Dabei geht es in erster Linie um den Ausbau künstlicher Bewässerungssysteme, die eine Schlüsselrolle in der Ernährungssicherung einnehmen. Die Landwirtschaft ist weltweit der größte Wasserverbraucher. Allerdings werden nur gerade 16 Prozent des Ackerlandes künstlich bewässert. Und dennoch liefert diese verhältnismäßig kleine Fläche fast 40 Prozent der gesamten Getreideernte. In China, Indien, Indonesien und Pakistan werden mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel durch den Bewässerungsfeldbau produziert. Bekanntermaßen sind die Folgen der künstlichen Bewässerung höchst problematisch. Es kommt dabei zum Absinken des Grundwasserspiegels und zur Versalzung der Flächen. Die Wasserknappheit in den ländlichen Regionen verstärkt zudem die Landflucht in die (Groß)Städte, in denen die Wasserversorgung perspektivisch nicht mehr gewährleistet werden kann. Derzeit sind etwa 250 Millionen Menschen von Wasserknappheit betroffen, wobei 26 Länder nach einer Studie der Food and Agriculture Organisation (FAO – Weltorganisation für Landwirtschaft und Ernährung) als »wasserarm« gelten. Bei diesen Zahlen muß darüber hinaus berücksichtigt werden, daß nur etwa fünf Prozent aller Abwässer gereinigt werden. Eine ganz wesentliche Folge des Wassermangels sind militärische Konflikte um die natürlichen Wasservorkommen.

Für die Erzeugung von tierischen Lebensmitteln wird siebenmal soviel Energie benötigt wie für die Erzeugung pflanzlicher Nahrung.<sup>6</sup> Wenn damit das Welternährungsproblem auch nicht gelöst werden kann, so könnte durch eine Verringerung der Fleischproduktion die Versorgung der Weltbevölkerung mit pflanzlichen Lebensmitteln deutlich verbessert werden. Immerhin ließen sich mit jenen 40 Prozent der Getreideernte, die an Masttiere verfüttert werden, 2,5 Milliarden Menschen ernähren. Abgesehen von der Verwendung

5 So erfordert zum Beispiel die beinahe Verdopplung des Legehennenbestandes in Indien von 110 auf rund 200 Millionen Tiere eine jährliche Futtergetreideproduktion von etwa 2,5 Millionen Tonnen.

6 Das heißt, daß für die Erzeugung von einer Fleischmenge mit einem Energiegehalt von einem Kilo-Joule etwa sieben Kilo-Joule benötigt werden (vgl. Cornelia A. Schlieper: Grundfragen der Ernährung, Hamburg 1992, S. 139).

7 Vgl. ebenda.

wichtiger Nutzflächen für den Anbau von Exportgütern und Luxusartikeln wie Kaffee, Kakao, Tee, Zucker, Tabak, Südfrüchte, Jute und Baumwolle<sup>7</sup>, denen billige und zudem essentielle Lebensmittel weichen müssen, basiert etwa ein Zehntel der europäischen Milch-, Fleisch- und Eierproduktion auf Futtermittelimporten aus Entwicklungsländern, in denen der Mangel an Getreideanbauflächen zu einer ungenügenden Eigenversorgung und damit zum Hunger führt. Die Notwendigkeit, mit dem Export Deviseneinnahmen zu erwirtschaften, schürt in den unterentwickelten Ländern Brandrodungen und Raubbau in und an den ökologisch sensiblen Regenwäldern.

Wenn ein (Durchschnitts)Deutscher im Verlaufe seines Lebens etwa 22 Schweine, sieben Rinder, 20 Schafe, 600 Hühner und dazu Fische und Wildtiere verzehrt, liegt die Notwendigkeit einer ökologisch folgenreichen industriellen Massentierhaltung auf der Hand. Aber nur eine nachhaltige Tierproduktion kann die Lebensgrundlagen künftiger Generationen bewahren. Und nur das kann der Maßstab für eine ethisch vertretbare Produktion tierischer Lebensmittel sein. Erst die Diskussion um die Nachhaltigkeit in der Produktion tierischer Lebensmittel rechtfertigt eine Diskussion über die ethische Vertretbarkeit dieser oder jener Schlachtmethode; wenngleich eine solche Kontroverse zumindest ein Zeichen für eine zunehmende Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange landwirtschaftlicher Nutztiere darstellt.

Es ist nicht nur die Aufgabe jener, die in irgendeiner Form mit der Fleischproduktion und Produktion von Lebensmitteln aus tierischen Bestandteilen befaßt sind, sondern auch der Verbraucher, eine Diskussion zum Beispiel um die Rechtmäßigkeit des Schächten in eine Richtung zu lenken, in der die Frage nach der moralischen Vertretbarkeit des derzeitigen Fleischkonsums nach ökologischen, ökonomischen und tierethischen Gesichtspunkten in den Vordergrund gerückt wird. Dies setzt jedoch eine Landwirtschaftspolitik voraus, die eine solche Umorientierung fördert – die, ob ihres humanistischen Ideals, nur eine linke Politik sein kann.

# ¡No al Plan Colombia!

## Solidaritätsveranstaltung

**22. Juni 2002**

**12.30 Uhr**

**Audimax**

**Humboldt-Uni Berlin**

**Raul Zelik**, Romanschriftsteller, jW-Autor  
**Luz Perly Córdoba**, Bauernvereinigung  
**Olger Santodomingo**, Gewerkschaft USO  
**Carlos A. Lozano**, Direktor der Wochenzeitung VOZ  
**Ab 17 Uhr: Abschlussdiskussion, Film, Musik, Markt**

Veranstaltet bzw. unterstützt u. a. von: Tageszeitung *junge Welt*; Arbeitskreis Lateinamerika der PDS; Linke Liste der Humboldt-Universität Berlin; Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL); Sunshine-Project, Hamburg; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Deutsche Kommunistische Partei, Lateinamerika-Nachrichten, ILA-Montagszeitschrift zu Lateinamerika; ver.di Landesverband Berlin; IG-Metall-Jugend Berlin/Brandenburg/Sachsen; Gruppe Colombia-Berlin/Vereine Linke, Hamburg; Solidaritätsdienst International; Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus in der PDS; Cuba si; ATTAC-Netzwerk; Initiative Nueva Colombia

**[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)**

**10 Wochen-Probeabo: 030/ 53 63 55-0**

Die Tageszeitung  
**jungeWelt**

ANDREAS MERKENS

## Ungleichheit für Alle. Bildungsreform und gesellschaftlicher Widerspruch

*»Wer die Gesellschaft ändern will,  
muß auch die im Zuge der immanenten Entwicklung  
auftauchenden Widersprüche im Bildungswesen nutzen,  
sie sind wichtiger denn je; er muß sie jedoch nutzen,  
um aus einer bestehenden Gesellschaft herauszuführen.«*

*Hans-Joachim-Heydorn 1995: 270f.*

›Mittelmäßig‹ – lautet das Urteil im internationalen Vergleich der PISA-Studie. Für den Standort Deutschland eine Katastrophe, so die einhellige Meinung der Eliten aus Politik und Wirtschaft. Mit der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse hat die hiesige Bildungsdebatte einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Befürchtung, das bundesdeutsche Bildungssystem könne den Anschluß an die globalisierte ›Wissensgesellschaft‹ verlieren, befördert zahlreiche Stellungnahmen und hitzige Debatten. Bildungspolitik ist Standortpolitik, erklärt der Arbeitgeberverband und fordert dazu auf, in den Schulen und Kindergärten die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu sichern (vgl. BDA 2002). Bemerkenswert an der gegenwärtigen Debatte ist weniger die formelhaft vorgebrachte Standortrhetorik der Vertreter des Kapitals, als vielmehr die neuerliche Konjunktur sozialdemokratischer Reformansätze aus den sechziger Jahren. ›Bildung für Alle‹ und ›Chancengleichheit durch Bildung‹, sind die Stichwörter, die Bundespräsident Rau in seiner Reaktion auf die PISA-Studie in den Vordergrund rückt (vgl. Rau 2002). Die ökonomische Modernisierung des Standortes, so Rau, soll ihren Ausgang in einer erneuten Bildungsoffensive finden. Bildung soll als Garant sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe damit neues Gewicht erlangen. In gleicher Weise argumentiert der Abschlußbericht des Forums Bildung. Das parteiübergreifende Bund-Länder-Forum präsentierte der Öffentlichkeit eine bildungspolitische Reformagenda, in der Wettbewerbsorientierung und Marktausrichtung scheinbar harmonisch mit Forderungen nach Demokratisierung und sozialer Gerechtigkeit vereinigt werden. Die anhaltende soziale Hierarchisierung des Bildungswesens wird als Standortnachteil beklagt und zugleich die Hoffnung befördert, der Ausbau institutioneller Bildung werde soziale, geschlechtliche und ethnische Ausgrenzung aufheben (vgl. Arbeitsstab Forum Bildung 2001). Die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn faßte dies auf dem Abschlußkongreß des Forums wie folgt zusammen: »Wir müssen alle diejenigen, die beim Zugang zu Bildung und Ausbildung benachteiligt sind, besonders unterstützen. Das ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern

Andreas Merkens –  
Jg. 1970; Diplom-Sozial-  
ökonom, Promovend an der  
Hamburger Universität für  
Wirtschaft und Politik,  
Stipendiat der Rosa-Luxem-  
burg-Stiftung. Aktuelle  
Veröffentlichung: »Neo-  
liberalismus, passive Revo-  
lution und Umbau des  
Bildungswesens – Zur  
Hegemonie postfordistischer  
Bildung«, in: Merkens/  
Meyer-Siebert/Nowak/  
Rego-Diaz (Hrsg.), Die  
Unruhe des Denkens  
nutzen – Erneuerung eman-  
zipatorischer Standpunkte  
im Neoliberalismus (Argu-  
ment Verlag 2002).

mit Blick auf unseren Bedarf an gut qualifizierten Fachkräften auch eine ökonomische Notwendigkeit« (Bulmahn 2002).

Das Feld der Bildungspolitik ist stets Ausgang widersprüchlicher Kompromisse und hegemonialer Bündnisse gewesen. Die aktuelle Diskussion um die Neugestaltung des Bildungswesens ist hiervon nicht loszulösen. Ende der sechziger Jahre gab der ›Sputnikschock‹ Anlaß zu strukturellen Maßnahmen, die die Konkurrenzfähigkeit und Effizienz westlicher Bildungsgesellschaften gegenüber den Ländern des Ostblocks sichern sollten. Die Erweiterung um demokratische und sozialpolitische Forderungen (›Bürgerrecht auf Bildung‹, ›Chancengleichheit durch Bildung‹) brachte die damalige Reform politisch auf den Weg. Die bürgerlich-humanistischen Ziele der Reformer verhielten sich komplementär zu den ökonomischen Vorgaben. Der beschleunigte technologische Wandel erzeugte wachsende Anforderungen an die Qualifizierung der Lohnabhängigen. Die in dieser Phase eingeleitete Bildungsreform fußte so stets auf einer ›doppelten Artikulation‹, die sich sowohl am partizipatorischen Ziel Chancengleichheit, als auch an ökonomischen Nutzenkalkülen ausrichtete.

Angesichts der gegenwärtigen Neuformulierung entsprechender Bündnisse lohnt ein kritischer Rückblick auf die damalige Debatte. Insbesondere, da die empirisch beschreibbaren Auswirkungen der Bildungsexpansion verdeutlichen, daß von sozialem Ausgleich durch Bildung nicht die Rede sein kann. Der allgemeine Anstieg institutionalisierter Bildung entspricht in seiner strukturellen Wirkung auf soziale Ungleichheit vielmehr einer restaurativen Modernisierung. Ein Zusammenhang, den auch die Ergebnisse der PISA-Studie nachdrücklich betonen. Die folgende Skizze politischer wie ökonomischer Hintergründe der Reform, ebenso der Blick auf die empirisch feststellbaren Vergesellschaftungseffekte der Bildungsexpansion sind so vor allem eine Zurückweisung erneuter Anrufungen der Illusion ›Chancengleichheit durch Bildung‹.

Diese Kritik versteht sich freilich nicht als Rekurs auf einäugig strukturalistische Deutungen der Reproduktion, die ein unmittelbares Entsprechungsverhältnis von Produktion, Bildung und herrschaftlicher Vergesellschaftung entwerfen.<sup>1</sup> Die kritische Bildungstheorie ist vielmehr aufgerufen, Bildungsprozesse als komplexe und widersprüchliche Vergesellschaftungspraxis zu analysieren. Von der »Ungleichheit für Alle« sprach Hans-Joachim Heydorn mit Blick auf die sozial-liberale Bildungsreform der sechziger Jahre und kritisierte damit die Reform, die im Namen der Emanzipation antrat und schließlich als ›negative Utopie‹ endete (vgl. Heydorn 1980). Seine praxisphilosophische Diskussion der damaligen Umbrüche im Bildungswesen ist noch heute wertvoll. Sie setzt Maßstäbe und eröffnet Anknüpfungspunkte für die Aktualisierung einer radikalen Kritik, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der marktkonformen Neuordnung des Bildungswesens notwendiger denn je ist.

### *Bildungsreform und gesellschaftlicher Widerspruch*

Vom bereits erwähnten ›Sputnikschock‹ war in den westlichen Metropolen die Rede, als am 4. Oktober 1957 der erste künstliche Erdsatellit gestartet wurde – der sowjetische Sputnik 1. Ein Ereignis, das

1 Beispielhaft für entsprechende Lesarten ist der Ansatz der Strukturkorrespondenz von Produktion und Bildung (vgl. Bowles/Gintis 1978). Das Bildungssystem wird hier ausschließlich in seiner legitimatorischen und herrschaftssichernden Funktion analysiert. Der Schulalltag wird so weitgehend auf eine Entsprechung von Herrschaftsstrukturen und in seiner Funktion auf die Zurichtung für den Arbeitsmarkt reduziert.

zum Fokus einer internationalen Debatte um die Konkurrenzfähigkeit und Effizienz westlicher Bildungssysteme und Wissenschaftsstandorte wurde. In der Bundesrepublik fand zugleich die wirtschaftliche Expansionsphase der ›Wirtschaftswunder‹-Zeit ein Ende und das Bewußtsein um die Notwendigkeit regulierender Eingriffe beförderte bildungspolitische Maßnahmen. Die ›Bildungsfrage‹ wurde zum ökonomischen und sozialen Ausgangspunkt gesellschaftlicher Modernisierung erklärt. Die Verkündung der »deutschen Bildungskatastrophe« (Picht 1965) verstärkte den gesellschaftlichen Handlungsdruck in Richtung auf eine Reform im Bildungswesen. Durch einen massiven quantitativen Ausbau des Bildungswesens sollten die ›Begabungsreserven‹ erschlossen werden, um damit die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik auf Dauer zu sichern. In den Wirtschaftswissenschaften gewannen bildungsökonomische Ansätze an Bedeutung. In deren Mittelpunkt standen Humankapital-Konzepte, die nach ausweisbaren Zusammenhängen zwischen Bildungsinvestitionen und deren Erträgen für das Brutto-sozialprodukt forschten (vgl. Edding 1963). Auch in den pädagogischen Wissenschaften vollzog sich eine ›realistische Wendung‹, mit der der Wandel von einer philosophisch-hermeneutischen Disziplin zu einer pragmatischen und forschungsorientierten Sozialwissenschaft eingeleitet wurde (vgl. Roth 1964). Der Umbruch zur gesellschaftlichen Bildungsplanung fand damit auch seine sozialwissenschaftliche, empirisch-forschende Unterstützung. In der politischen Auseinandersetzung rückte Ralf Dahrendorf mit seinem Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik in den Blickpunkt (vgl. Dahrendorf 1965). Dahrendorf betonte in der Debatte um die Krise des Bildungswesens weniger den Effektivitätsrückstand, also die ›Output-Schwäche‹ deutscher Bildungsinstitutionen, als vielmehr das bürgerrechtliche Defizit, welches einem Bildungssystem innewohnt, das ein Großteil der Kinder und Jugendlichen von höherer Bildung ausschließt. Eine umfassende Bildung galt Dahrendorf als zentrale Voraussetzung für die Demokratiekompetenz der Bürger. Die allgemeine und uneingeschränkte Gewährung des Rechtes auf Bildung, der Ausbau der Bildungsinstitutionen, wurde so zur wesentlichen Aufgabe einer demokratischen Bürgergesellschaft. Die zentrale Rolle des Bildungssystems bei der Zuteilung sozialer Chancen wurde vor allem durch Helmut Schelsky hervorgehoben (vgl. Schelsky 1957). Die Verlängerung der Ausbildungszeiten, die allgemeine Öffnung der höheren Bildungsgänge waren für Schelsky Voraussetzungen, die den Abbau sozialer Hierarchien und Klassenunterschiede auf Dauer gewährleisten würden. Die vorherrschende herkunfts- und geschlechterbedingte Ungleichverteilung war seiner Ansicht nach im Kern die Folge ›ständischer Überbleibsel‹, die erst durch eine demokratische Entwicklung aufgehoben werden könnten, die in einem kontinuierlichen Ausbau des Bildungsangebotes mündet. Der Erwerb von Bildung, vor allem von beruflichen Qualifikationen, gewinnt damit zentrale Bedeutung bei der Zuordnung von gesellschaftlichen Aufstiegschancen. Bildung wurde zur entscheidenden Determinante des sozialen Status erklärt und gesellschaftliche Gleichheit oder Ungleichheit somit als Folge bildungspolitischer Maßnahmen und individueller Bildungspraxen gedeutet.



Die ideologische Funktion dieser Konstruktion, in der Bildungsprozesse zum omnipotenten Stellrad gesellschaftlicher Partizipation erklärt werden, wird vor allem mit Blick auf die Bedeutung dieser Thesen für die sozialpolitische Legitimation der Bildungsreform deutlich. So betont Claus Offe, daß die bei Schelsky betriebene Auslagerung der Bildungspraxen aus der Logik marktgesteuerter Verwertungsprozesse zwar *formell* gegeben sei, jedoch der durch ein Zertifikat errungene ›Statusanspruch‹ *materiell* erst durch seine Umsetzung auf dem Markt wirksam wird (vgl. Offe 1975).<sup>2</sup> Das heißt, die versprochene Herstellung von Chancengleichheit außerhalb der Marktprozesse ist keineswegs gegeben beziehungsweise ist weiterhin den ökonomischen Verwertungsinteressen untergeordnet. Im Mittelpunkt steht, nach Offe, vielmehr die Aufrechterhaltung der Fiktion staatsbürgerlicher Gleichheit, die es, im Interesse der Systemlegitimation, gegenüber den allgegenwärtigen Erfahrungen der Ausbeutung und Unterprivilegierung notwendig aufrechtzuerhalten gilt. In gleicher Weise argumentieren Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron (Bourdieu/Passeron 1971). In ihrer bildungssoziologischen Studie – die in deutsch bezeichnenderweise unter dem Titel *Die Illusion der Chancengleichheit* veröffentlicht wurde – beschreiben die Autoren die komplexen Mechanismen des gesellschaftlichen Ausschlusses, die ihre Umsetzung in den Bildungsinstitutionen finden. Sie betonen, daß Bildung in modernen Gesellschaften zusehends als ideologisches Konstrukt wirkt, als scheinbar demokratische Währung, die die Logik des Marktes, des realen Kapitals außer Kraft setzt. Das gesellschaftliche Fortkommen erscheint als gebunden an die ›fairen‹ Methoden der meritokratischen Tests, der errungenen Diplome und Zeugnisse. Tatsächlich, so Bourdieu/Passeron, ist es das weithin klassengebundene »kulturelle Kapital«, das im Schulsystem abgefragt und beurteilt wird; ein »Meisterwerk sozialer Mechanik« setzt sich in Bewegung, das vor allem diejenigen oben hält, die bereits an der Spitze sind.

2 Angesichts der drohenden Einführung von Studiengebühren und anderen marktwirtschaftlichen Regulierungsinstrumenten wie Bildungsgutscheine oder ›freie Schulwahl‹ wird selbst diese formelle Ausgliederung gegenwärtig in Frage gestellt.

### *Ungleichheit für Alle*

Über dreißig Jahre nach der Umsetzung der Reform, die in eine immense Expansion institutionalisierter Bildung mündete, bestätigen sich die kritischen Einwände gegenüber den sozial-liberalen Reformhoffnungen, die in der Bildung den universellen Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit sahen. Auch die Ergebnisse der PISA-Studie unterstützen, was kritische Bildungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler seit Jahren betonen: Soziale Disparitäten werden durch Bildungsprozesse keineswegs aufgehoben, sie werden vielmehr festgeschrieben und wirken unverändert in den Lebensläufen der Individuen. Der Blick auf die quantitativen Auswirkungen der Bildungsexpansion verdeutlicht, daß der angestrebte soziale Ausgleich durch Bildung keineswegs eingetreten ist. Die im Rahmen der PISA-Studie erhobenen Zahlen bestätigen jenen Trend, der in Erhebungen über die Auswirkungen der Bildungsexpansion aus den neunziger Jahren bereits in Grundzügen beschrieben wird (vgl. Mayer/Blossfeld 1991). So wird die Koppelung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der nachwachsenden Generation für die Bundesrepublik in der PISA-Studie als unge-

wöhnlich eng beschrieben. Resümierend heißt es über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und schulischen Kompetenzen: »Die Analysen belegen einen straffen Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und erworbenen Kompetenzen über alle Domänen hinweg. (...) Die Entwicklung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Leistung scheint ein kumulativer Prozess zu sein, der lange vor der Grundschule beginnt und an Nahtstellen des Bildungssystems verstärkt wird« (PISA 2001: 37).

Zwar kann eine enorme Mobilisierung von Bildungspraxen im Zuge der Reform ausgemacht werden, diese beförderten aber keineswegs eine qualitative Entwicklung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Bildungssystem.<sup>3</sup> Die Frage nach der gesellschaftlichen Chancengleichheit durch Bildung entscheidet sich zudem im wesentlichen durch die Umsetzung des erworbenen Bildungsniveaus auf dem Arbeitsmarkt. Hier bestätigt sich Claus Offes Beschreibung der nur formell gegebenen Ausgliederung von schulischer Bildung aus dem Marktprozeß. Anschaulich läßt sich dies am Beispiel der Wandlungen in den Bildungsbiographien von jungen Frauen darstellen. Frauen können zunächst als die Gewinnerinnen der Bildungsexpansion angesehen werden. Noch 1960 betrug ihr Anteil in der gymnasialen Oberstufe 36 Prozent. Der Ausbau des Bildungswesens führte dazu, daß seit Anfang der achtziger Jahre Schülerinnen unter den Abiturienten leicht überrepräsentiert sind. Ähnlich verhält es sich mit den Zahlen der Absolventinnen von Hochschulen; Frauen haben in stärkerem Maße vom Ausbau des Hochschulwesens profitiert. Sie haben mit ihren männlichen Kommilitonen beinahe gleichgezogen (vgl. Mayer/Blossfeld 1990: 279). Von entscheidender Bedeutung für die soziale und gesellschaftliche Stellung von Frauen ist jedoch der Übergang in das Berufsleben, der sich für Frauen weit problematischer gestaltet als für Männer. Frauen können ihren ›Vorsprung‹ aus der schulischen Qualifikation in der Regel nicht halten. Retardierend wirkt vor allem, daß Frauen nach der Schule vornehmlich in niedriger entlohnten Dienstleistungsberufen eine Ausbildung aufnehmen. Die Selektionsschwelle hat sich also nur verlagert, von der Schule in die berufliche Qualifikation. Die Benachteiligung von Frauen ist keineswegs aufgehoben. Hinzu kommt, daß die Mutterschaft nicht selten eine Bruchstelle in der Erwerbsbiographie darstellt. Im Prinzip wirkt ein explizit weibliches Lebensplanungsmuster fort, das nach einer ersten Phase der Berufstätigkeit eine Unterbrechung vorsieht. Entsprechende Rückschläge in der Erwerbsbiographie sind in der Regel die Folge (vgl. Friebe 1999b: 76 f.).

Sozial und geschlechtlich diskriminierende Größen werden durch Bildung also nicht aufgehoben, sondern wirken ungebrochen auf die Lebensläufe der Individuen. Die Vorstellung, daß dem Bildungssystem in der Zuteilung gesellschaftlicher Chancen die Position eines quasi autonomen Stellrades zukommt, muß daher zurückgewiesen werden. Der allgemeine Niveaustieg schulischer Bildung entspricht in seiner strukturellen Wirkung auf soziale Ungleichheiten vielmehr einer restaurativen Modernisierung, einer Fortschreibung bestehender Ausgrenzungen.

Diesen strukturellen Zusammenhang gilt es, in kritischer Abgrenzung zu individualistischen Anrufungen, die den sozialen Aufstieg

3 Die Quote der Schulabgänger (alle Angaben alte Länder), die mit der Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulreife ihren Schulbesuch beschließen, stieg von 16,3 Prozent (1973) auf 31,9 Prozent (1994) und schließlich 30,3 Prozent (1997). Die Anzahl der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß verringerte sich von 53,4 Prozent (1960) auf 36,3 Prozent (1975) und weiter auf 27,3 Prozent im Jahr 1997 (vgl. Arbeitsgruppe Bildungsbericht 2000). Die Anzahl von Personen, die sich nach dem 15. Lebensjahr noch im Bildungs- beziehungsweise Ausbildungssystem befanden, stieg von 2,3 Millionen (1960) auf 5,2 Millionen im Jahr 1992 (vgl. Friebe 1999 a). Die sozio-ökonomische Verteilung der Schüler auf die drei dominanten Schultypen (Haupt-, Realschule, Gymnasium) verdeutlicht hingegen die anhaltende soziale Hierarchisierung. In den Jahren 1986 bis 1996 besuchten in den alten Ländern 53,2 Prozent der Schüler aus Arbeiterfamilien die Hauptschule und nur 16,9 Prozent das Gymnasium. Schüler aus Beamtenfamilien besuchten zu 74,4 Prozent das Gymnasium und zu 9,6 Prozent die Hauptschule (vgl. Armuts- und Reichtumsbericht 2001). An den Hochschulen ist mit 12 Prozent (1973), 13 Prozent (1991)

durch Bildung verkünden, nicht zuletzt unter dem Eindruck der aktuellen Reformulierung entsprechender Ansätze, nachdrücklich zu betonen. Doch eine nur strukturalistische Lesart greift zu kurz. In der Pluralisierung von institutionalisierten Bildungserfahrungen und expandierenden Bildungspraxen sind Prozesse der Selbstermächtigung und der Aneignung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit angelegt und blockiert zugleich. Vor allem ethnographische Studien des Schulalltages verdeutlichen, daß das Bildungssystem als »Meisterwerk sozialer Mechanik« nicht frei von Widersprüchen ist; der Sand im Getriebe der Reproduktion führt zu Ausfällen und Brüchen.<sup>4</sup> So ist der politische und kulturelle Aufbruch der Studentenbewegung nicht ohne die Bildungsexpansion zu denken, sie schaffte Freiräume, die Prozesse kritischer Reflexion und der Politisierung erst ermöglichten. Der restriktive Struktureffekt von Bildung (Re-Institutionalisierung sozialer Ungleichheit) geht mit einem sich ausweitenden Niveaueffekt (Freisetzung von Bildungspraxen) einher. Das macht die widersprüchliche Einheit der Reform aus (vgl. Friebe 2002). Eine kritische Diskussion der Bildungsexpansion, die nicht auch die Dialektik von Bildungspraxen anerkennt und diese in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, folgt einer reduktionistischen Reproduktionslogik. Für Hans-Joachim Heydorn war dieser prozessierende Widerspruch Ausgangspunkt seiner Kritik.

#### *Wo sich die Zukunft auf die Gegenwart reduziert*

In den sozialphilosophischen Schriften Hans-Joachim Heydorns nimmt die Auseinandersetzung mit den bildungspolitischen Reformmaßnahmen der sechziger Jahre einen zentralen Platz ein. Von einem humanistisch-marxistischen Standpunkt aus formulierte Heydorn eine grundlegende Kritik herrschaftlicher Vergesellschaftung. An den Anfang stellt er den Verweis auf die Eingebundenheit der Bildungspraxen in eine zweifache Einheit – die Fremd- und die Selbstbestimmung der Subjekte im Bildungsprozeß. In der dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte gründend, formiert sich das dialektische Wesen von Bildung. »Die Allgemeinheit der Bildung enthält somit eine doppelte Notwendigkeit: den Menschen für die Revolutionierung der Produktivkräfte zuzurüsten und die Revolutionierung seines Bewußtseins zu verhindern. Es kommt darauf an, diesen Zusammenhang zu erkennen« (Heydorn 1980: 291).

Dieser Zusammenhang wird von Heydorn zugleich als ein aktiver und schöpferischer Prozeß beschrieben. Denn Bildung beinhaltet eine antizipierende Kraft, eine Dynamik der »Hinausführung« auf eine neue von Zwängen befreite Wirklichkeit. So gilt es, Bildungspraxen, trotz ihrer formierenden Beschränkungen unter den Bedingungen herrschaftlicher Vergesellschaftung, im Wesen als den Versuch der »fortschreitende(n) Befreiung des Menschen zu sich selbst« (Heydorn 1980: 301) zu bestimmen. Für Heydorn sind diese Annahmen Eckpfeiler einer kritischen Bildungstheorie, die er mit Blick auf die Bildungsexpansion zur Anwendung führt. Exemplarisch diskutiert er die Maßnahmen und Ansätze des *Deutschen Bildungsrates*<sup>5</sup>. Im Mittelpunkt dieser Diskussion stehen zentrale, durch den Bildungsrat vorgelegte Empfehlungen und Ratschläge für die Reformierung des Bildungswesens. Er wendet sich scharf gegen die unter

und 13,3 Prozent (1997) der Anteil der Studierenden aus Arbeiterfamilien nur minimal angestiegen. Beamtenkinder sind mit 27,4 Prozent (1973), 23 Prozent (1991) und 23 Prozent (1997) vertreten; Angestelltenkinder mit 34,6 Prozent (1973), 44,8 Prozent (1991) und 44,7 Prozent (1997); Kinder von Selbständigen mit 26 Prozent (1973), 19,2 Prozent (1991) und 19 Prozent im Jahr 1997 (vgl. BMBF 2001).

4 Die ethnographischen Studien des *Centre for Contemporary Cultural Studies*, insbesondere von Paul Willis (Willis 1982) und Angela McRobbie (McRobbie 1978), zeigen, daß die Dynamik der Reproduktion herrschaftlicher Sozialstruktur nicht erfaßt werden kann, wo auf das Muster einer Reproduktionslogik zurückgegriffen wird, die linear und ausschließlich von oben nach unten denkt. Ihre Arbeiten, die den Schulalltag von Jungen und Mädchen aus der englischen Arbeiterklasse dokumentieren, beschreiben anschaulich die zahlreichen Strategien der Auflehnung, der Verweigerung und des Widerstandes im Schulalltag. Sie zeigen aber auch auf, daß der häufig in rassistischen und sexistischen Praxen artikulierten Widerstand immer wieder in eine »Selbstverurteilung von Unten« mündet die letztendlich die eigene subalterne Stellung reproduziert.

5 Der Bildungsrat fungierte seit 1965 als Planungsinstanz der Bildungsreform. Neben Vertretern der Bundesregierung sind es vor allem die in der ›Bildungskommission‹ des Rates zusammengefaßten Wissenschaftler und ›Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens‹, die durch zahlreiche Veröffentlichungen und Empfehlungen Einfluß auf den Verlauf der Bildungsreform hatten. Die in die Kommission berufenen Mitglieder (Sachverständige der Bildungsforschung, Vertreter von Kirchen, Gewerkschaften und Industrie) spiegelten im besonderen die Koalition bildungsökonomischer und demokratietheoretischer Interessen wider (vgl. Becker 1971: 62 ff.).

6 Heydorn setzte sich intensiv mit den 68er Aufbrüchen der Schüler und Studenten auseinander, sein Anliegen war vor allem die Suche nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Aktion von Lehrenden und Lernenden in den Bildungsinstitutionen (vgl. Heydorn 1981: 209 f.).

liberalen und sozialdemokratischen Reformanhängern vorherrschende Euphorie. Sein Augenmerk gilt gerade den als ›progressive Spitzen‹ der Reform geltenden Empfehlungen des Bildungsrates; etwa der Abkehr von einem nativistischen Begabungsbegriff zugunsten eines erweiterten milieutheoretischen Verständnisses von Lernprozessen oder der geforderten Einführung der Gesamtschule als einer schulformunabhängigen Mittelstufe.

Für Heydorn ist die Erweiterung des Begabungsbegriffes zuvorderst eine notwendige Transferleistung an die wachsenden Mobilitätsanfordernisse des Arbeitsmarktes und der demokratische Impetus der Bildungsreform nur die Fortführung einer Selektion, die »nicht aufgehoben, sondern verändert, auf eine breitere Basis gestellt« (Heydorn 1980: 141) wird. Den veränderten Forderungen nach Verwertbarkeit und Mobilität wird durch eine verbesserte und langfristige Selektion Genüge getan. Heydorns Analyse vermeidet jedoch reduktionistische Deutungen. Sein forschendes Interesse gilt nicht weniger jenen – dem Umbruch immanenten – Entwicklungen, die den emanzipatorischen Aufbruch in sich bergen. Daß progressive Elemente der Reform vorhanden sind und daß diese in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einen erheblichen Stellenwert erlangen, wird nach Heydorn mit Blick auf die sich vollziehende Demokratisierung der Bildungszugänge deutlich. In diesen progressiven Elementen steckt ein gewaltiges Potential, das gesellschaftliche Reflexionen anzustoßen vermag und damit die politische Bedeutung der Bildungsfrage erneut zuspitzt.<sup>6</sup> »Es ist notwendig, die fortreibenden Kräfte im Konzept zu erkennen. Zugleich wird deutlich, daß der Fortschritt höchst dialektisch ist. Er nimmt die Notwendigkeiten der Geschichte auf und paralyisiert sie im Interesse einer bestehenden Gesellschaftsordnung« (Heydorn 1980: 146 f.).

Der progressive Aufbruch ist jedoch nicht weniger auch Moment einer instrumentellen Ausrichtung an den Erfordernissen einer auf privater Aneignung beruhenden Gesellschaftsordnung. Der Rückschritt wird dem Fortschritt eingeschrieben. Besonders plastisch wird dies dort, wo Heydorn die Einführung der Gesamtschule diskutiert. Für ihn ist diese der vergegenständlichte Ausdruck einer Reform, in der »die Vokabel der Emanzipation« zur »negativen Utopie« (Heydorn 1980: 101) verkommt. Dem egalitären Modell einer Einheitsschule entlehnt, steht die Gesamtschule für das Spannungsgefüge, das der Bildungsreform innewohnt, für eine Zuspitzung der Widersprüche, die Unmittelbarkeit der Bildung für alle verspricht, nicht ohne diese, schon im Moment des Versprechens, unerreichbar werden zu lassen. Zwar findet sich die klassische, aufklärerische Egalitätsforderung in diesem neuen Schultyp der Form nach wieder; dies aber doch vor allem, um das unverwirklichte Gleichheitspostulat dem Inhalt nach zu liquidieren und das Gleichheitsversprechen zugleich formell aufrechterhalten zu können. »Eine einheitliche wissenschaftliche Bildung für alle wird vorgegeben; Egalität ist in der Nähe und wird ebenso abgebrochen, über den Zerrspiegel vorgeführt. Die Widersprüche werden objektiv verschärft, das Modell wird zum Indikator der Beendigung von Klassengesellschaft, deren Möglichkeit es zugleich verdunkelt, ausschließen möchte, es treibt voran und stabilisiert. Es trägt die Ein-

heitsschule in seinem Leibe, aber kann sie nicht austragen« (Heydorn 1980: 276).

Für Heydorn war die Bildungsreform ein Projekt, das lautstark den sozialen Fortschritt verkündete und doch nur das Bestehende auf neuer Stufe fortsetzte. Seine Kritik sozial-liberaler Bildungspolitik stellt eine Diagnose dar, die, gegen den euphorischen Reformgeist ihrer Zeit geschrieben, neue Aktualität erlangt. Die Parallelen zur gegenwärtigen Reformdebatte um Bildung sind offenkundig. Der politische Versuch, die Fiktion der ›Chancengleichheit durch Bildung‹ in einem von neoliberalen Standortinteressen angetriebenen Umbau des Bildungswesens zu aktualisieren, steht hierfür beispielhaft. Aber auch die Konjunktur demokratiepolitischer Forderungen, die Verkündung von Autonomie, Selbstbestimmung und Mündigkeit, die als emanzipatorische Alternativen zu staatlicher Fremdbestimmung und Regulierung propagiert werden, sind dem neoliberalen Diskurs eigen und bestimmen die bildungspolitischen Debatten der Gegenwart.<sup>7</sup>

Angesichts anhaltender struktureller Ungleichheit und Ausgrenzung, die in Bildungslaufbahnen ungebrochen ihre Fortführung findet, klingen entsprechende Diskurse wie zynische Verlautbarungen. Zugleich wird deutlich, die Bildungsfrage ist ein umkämpftes politisches Feld, das seine Dynamik aus der widersprüchlichen Formierung von Selbst- und Fremdvergesellschaftung erlangt. Für Heydorn sind diese Dynamiken der Ausgangspunkt kritischen Denkens, eines Denkens, das sich der humanistischen Utopie frei vergesellschafteten ›Mensch-Seins‹ verpflichtet fühlt, das über die bloße Festbeschreibung des Bestehenden hinausweist. Die Kritik an der neoliberalen Neuordnung des Bildungswesens sollte nicht hinter diesen Anspruch zurückfallen.

#### Literatur

- Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2000): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.
- Arbeitsstab Forum Bildung in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2001), Empfehlungen des Forums Bildung (vgl. [www.forum.bildung.de](http://www.forum.bildung.de)).
- Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesrepublik (2001): Lebenslagen in Deutschland, Berlin, ([www.bma.de](http://www.bma.de)).
- BDA – Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (2002): Standortfaktor Schule, Berlin.
- Becker, Helmut (1971): Bildungsforschung und Bildungsplanung, Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre/Passeron, Jean-Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart.
- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1978): Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie, Frankfurt/M.
- Bulmahn, Edelgard (2002): Forum Bildung – Konsequenzen aus der Sicht des Bundes, Rede beim Abschlusskongress des Forums Bildung am 10. Januar 2002 (vgl. [www.forum-bildung.de](http://www.forum-bildung.de)).
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2001): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der BRD 2000 – 16. Sozialerhebung des DSW, Bonn ([www.studentenwerk.de](http://www.studentenwerk.de)).
- Dahrendorf, Ralf (1965): Bildung ist Bürgerrecht, Hamburg.
- Edding, Friedrich (1963): Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition, Rombach.
- Friebel, Harry (1999a): Stellungnahme zur bildungspolitischen Debatte zwischen dem Sachverständigenrat Bildung in der HBS und der studentischen HWP-Bildungsinitiative, in: Das Argument, 41(1999)6 (Nr. 233).
- Friebel, Harry (1999b): Bildungsbeteiligung: Chancen und Risiken, Hamburg.
- Friebel, Harry (2002): Bildung und Herrschaft, Bildung und Emanzipation, in: Merkens, A./Meyer-Siebert, J./Nowak, I./Rego-Diaz, V. (Hrsg.), Die Unruhe des Denkens nutzen – Erneuerung emanzipatorischer Standpunkte im Neoliberalismus. Beiträge zum Abschied von Frigga Haug von der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg.
- Heydorn, Hans-Joachim (1980): Ungleichheit für alle – Zur Neufassung des Bildungsbegriffs, Bildungstheoretische Schriften, Bd. 3, Frankfurt/M.

7 An dieser Stelle soll der Hinweis auf die zentrale hegemonietheoretische Bedeutung der Debatten um Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung, die insbesondere in Konzepten der ›Schulautonomie‹ auch bildungspolitische Umsetzung gefunden haben, genügen (vgl. ausführlich Merkens 2002).



- Heydorn, Hans-Joachim (1981): *Konsequenzen der Geschichte – Politische Beiträge 1946-1974*, Frankfurt/M.
- Heydorn, Hans-Joachim (1995): *Werke Band 3: Bildungstheoretische und pädagogische Schriften. Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft*, Vaduz.
- Mayer, Karl-Ulrich/Blossfeld, Hans-Peter (1991): *Die gesellschaftliche Konstruktion sozialer Ungleichheiten im Lebenslauf*, in: Berger, P.A./Hradil, S., *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*; Göttingen.
- McRobbie, Angela (1978): *Working Class Girls and Femininity*, in: *Women's Studies Group (CCCS), Women Take Issue. Aspect of Women's Subordination*, Birmingham.
- Merkens, Andreas (2002): *Neoliberalismus, passive Revolution und Umbau des Bildungswesens. Zur Hegemonie postfordistischer Bildung*, in: Merkens, A./Meyer-Siebert, J./Nowak, I./Rego-Diaz, R. (Hrsg.), *Die Unruhe des Denkens nutzen – Erneuerung emanzipatorischer Standpunkte im Neoliberalismus. Beiträge zum Abschied von Frigga Haug von der Hochschule für Wirtschaft und Politik*, Hamburg.
- Offe, Claus (1975): *Bildungssystem, Beschäftigungssystem und Bildungspolitik – Ansätze zu einer gesamtgesellschaftlichen Funktionsbestimmung des Bildungssystems*, in: *Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission 50*, Bonn.
- Picht, Georg (1965): *Die deutsche Bildungskatastrophe*, München.
- PISA 2000 – *Programme For International Student Assessment (2001): Schülerleistungen im internationalen Vergleich*, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin ([www.mpib-berlin.mpg.de/pisa](http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa)).
- Rau, Johannes (2002): *Rede beim Abschlusskongress des Forums Bildung am 10. Januar 2002* ([www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)).
- Roth, Heinrich (1962): *Die realistische Wendung in der Pädagogischen Forschung*, in: *Neue Sammlung*, 2(1962), S. 481-490.
- Schelsky, Helmut (1957): *Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft*, Würzburg.
- Willis, Paul (1982): *Spaß am Widerstand – Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Frankfurt/M.

## JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Zeitschrift erscheint seit März 2002. Sie wendet sich an Fachhistoriker und an historisch Interessierte und informiert über Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen, europäischen und internationalen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Alltagsgeschichte u. a. m. Sie ist eines der wenigen Organe in der heutigen Bundesrepublik Deutschland, das auch der an Marx und Engels orientierten Geschichtsforschung Raum gibt und für alle demokratisch gesinnten Historiker der Arbeiterbewegung offen steht. Die Zeitschrift will einen aktiven Beitrag zur ausgewogenen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Sie enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche Vorhaben, Rezensionen und Annotationen zu Neuerscheinungen.

Das erste Heft des »JahrBuchs« (Januar 2002) eröffnet der Beitrag von Peter Brandt »Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive«. Er enthält eine – zeitlich und inhaltlich übergreifende – Gesamtschau des Gegenstands Arbeiterbewegung. Sie setzt gleichsam den Rahmen für die Mehrzahl der übrigen – weitgehend biographischen – Beiträge. Darin geht es um Persönlichkeiten, die aus der Arbeiterbewegung kamen bzw. mit ihr verbunden waren, sie prägten oder beeinflussten: K. Liebknecht und R. Luxemburg im biographischen Vergleich; E. Bernstein: Gegensätze zu und Berührungspunkte mit R. Luxemburg und W. Lenin; E. V. Debs zu Klassen, Geschlechtern und Minderheiten in den USA; der israelische Historiker Walter Grab; die »Brückenbauer« Herbert Steiner (österreichischer Kommunist) und Josef L. Hromadka (tschechischer Theologe); Georg Böhning (1788-1849), Josef Schneider (1882-1939), Margarete Buber-Neumann (1901-1989).

Der Bezug ist über die Redaktion des JBGzG, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, möglich.

Das Einzelheft kostet im freien Verkauf – je nach Umfang – 7 bis 10 Euro; das Jahresabonnement (einschließlich des vorliegenden JahrBuch-Heftes) im Inland 25 Euro (incl. Mehrwertsteuer und Versandkosten), im Ausland 30 Euro (zuzügl. 5 Euro Versandk.).

Die Zahlungen für das Abonnement beziehungsweise die Einzelhefte sind zu überweisen an: NDZ GmbH, Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin.

Konto-Nr. 57 44 56 10 10, Berliner Volksbank / BLZ 100 900 00.



## HANSGÜNTER MEYER

# Die Krise der Universitäten

Wenn 17 Autoren mit Beiträgen von 20 bis 40 Seiten – wenig aufeinander Bezug nehmend – zu einem Thema publizieren, das ohnehin als wissenschaftlicher Gegenstand nicht konsistent ist, so handelt es sich statt um eine Monographie, wie man sie als systematische wissenschaftliche Abhandlung schätzt, eher um eine Art ›Polygraphie‹.

Die Autorenliste ist insofern bemerkenswert, daß nur drei Mal ein Herkunftsort südlich der Mainlinie, wo bekanntlich die reichen Länder und Kommunen verortet sind (davon einer in der Schweiz), auftaucht. In einem anderen Ort, Tübingen, aus dessen Blickwinkel Clemens Albrecht schreibt, finden wir die erste kommerziell evaluierte deutsche Universität.<sup>1</sup> Drittens schließlich München – ein deutschlandweit bekannter Schwerpunkt der ›Erforschung der Hochschulen‹, wo dieser Gegenstand (unter anderem von Kieserling) allerdings in einem Umfeld beforscht wird, das eine der reichsten Wissenschaftsregionen Europas darstellt und über die es fraglich ist, ob es dort überhaupt so etwas wie eine ›Krise der Universitäten‹, von der das Buch handelt, gibt. Der Gegensatz zwischen der Münchner Region und beispielsweise dem Hochschulland Sachsen-Anhalt, wo Barbara M. Kehm und Rainer Paris wirken, könnte kaum größer sein. Dort, an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum Beispiel, spielten sich im Herbst/Winter 2001/02 unerfreuliche Szenen ab. Von den ohnehin im Neugründungsprozeß 1991 bis 1993 schon reduzierten Stellen für wissenschaftliches Personal mußten weitere 500 Stellen abgebaut werden, weil nach Vergleichsmaßstäben ›zuwenig‹ Studenten vorhanden waren, die Gehälter die Forschungsmittel auffraßen und das arme Land sich außerstande sah, weitere Alimenterungen zuzulegen.

Da sich eine Reihenfolge, in der hier die Beiträge des Bandes besprochen werden sollen, ohnehin nicht zwangsläufig ergibt, wenden wir uns zuerst dem im Bayrischen beheimateten André Kieserling zu, der eine Studie zur »...Deutung der Universitätsidee in den sechziger Jahren« (S. 81-117) beiträgt. Dieser Rückblick ist durchaus begrüßenswert, wenngleich eher vom Schwerpunkt der zu Rede stehenden Untersuchungen abgelegen. Denn einerseits lenkt er das Interesse des Lesers darauf, daß die Bundesrepublik eine Zeit intensiver, teils tumultuarischer Auseinandersetzungen um Wissenschaft und Hochschulen durchlebte. Andererseits bevorzugt der Autor einen Blickwinkel, bei dem es weniger um Hochschulen, ihre Menschen, ihre Strukturen, ihre Verhältnisse geht, als vielmehr um die

Hansgünter Meyer –  
Jg. 1929; Prof. em. Dr. phil.  
et rer. oec. habil.,  
studierte Gesellschafts-  
wissenschaften in Leipzig  
und war nach der Lehr-  
tätigkeit an Universitäten  
in Greifswald und Berlin  
Abteilungs- bzw. For-  
schungsthemenleiter für  
Sozialstrukturforschung und  
Wissenschaftssoziologie an  
der Akademie der Wissen-  
schaften der DDR; er ist  
seit 1993 Vorsitzender des  
Wissenschaftssoziologie  
und -statistik e.V. Berlin.  
Foto: privat

Erhard Stölting, Uwe Schimank (Hrsg.):  
 Die Krise der Universitäten,  
 Leviathan – Sonderheft  
 20/2001,  
 Westdeutscher Verlag  
 Wiesbaden 2001, 360 S.  
 Mit Beiträgen von: Clemens  
 Albrecht (Tübingen),  
 Dietmar Braun (Lausanne),  
 Petra Dobner (Potsdam),  
 Jürgen Enders (Kassel),  
 Jörg Gapski (Hannover),  
 Stefan Hornbostel (Jena),  
 Barbara M. Kehm (Witten-  
 berg), André Kieserling  
 (München), Thomas Köhler  
 (Hannover), Georg Krücken  
 (Bielefeld), Martin Lähne-  
 mann (Hannover), Rainer  
 Paris (Magdeburg), Uwe  
 Schimank (Hagen), Rudolf  
 Stichweh (Bielefeld), Erhard  
 Stölting (Potsdam), Andreas  
 Stucke (Köln), Markus Win-  
 nes (Köln)

Semantik, um welche die sozialwissenschaftliche Deutung von ›Hochschulen‹, ›Hochschulbildung‹ und ›Wissenschaft‹ kreist. Das Programm, das seine Erörterungen leitet, liest sich wie folgt: »Die Universität, die den (rezipierten – HM.) Autoren vorschwebt, soll die externe Kritik an der Wissenschaft, die auf den Bruch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft und zugleich auf den Bruch zwischen Wissenschaft und Individuum verweist, in die Wissenschaft selbst hineinziehen und so beide Brüche zugleich heilen ...« (S. 96). Diese Stelle spricht Klartext, denn Kieserling handelt die große ›Wissenschaft-Gesellschaft-Hochschule-Demokratie-Krise‹ der späten sechziger Jahre an den Schriften von Habermas, Luhmann, Marcuse, Schelsky, Tenbruck – mit Rückgriffen auf Husserl, Anrich, Baier usw. ab, was für die geisteswissenschaftlich-philosophische Annäherung an das Syndrom von Wissenschaft, Bildung, Hochschule in ihrer modernen gesellschaftlichen Unverträglichkeit ebenso erhellend wie für den Nichtfachphilosophen beschwerlich ist.

Auch im Beitrag, den Clemens Albrecht aus dem *felix* Tübingen verfaßte, geht es nicht so sehr um den diagnostischen Befund von heute, sondern um den kulturgeschichtlichen Ausgangspunkt und Hintergrund der universitären Bildungsidee und um die Universitäten als Eliten reproduzierende Institutionen. Als Kontrastfläche nutzt er Max Scheler und Helmut Schelsky. Diese hätten die Unmöglichkeit erkannt, eine auf universitärer, also ganzheitlicher Bildung fußende Kulturelite zu erhalten, die beides vermag: die gesellschaftliche Moderne als Kulturgesellschaft zu behaupten *und* die vielfältigen praktisch-rentablen Verwendungen von Wissen und Bildung zu realisieren. Die starren Konturen sozialstruktureller Gebilde (Klassen, Schichten) hätten sich aufgelöst, es gäbe kein Bildungsbürgertum als stratifikatorisch zu verortende Schicht (vgl. S. 70) mehr. Und weil sich das ›Bürgertum‹ bloß noch als eine fraktale Funktionseelite versteht, die Wissenschaft und Bildung selektiv verwertet – »nicht mehr die Zukunft des Ganzen repräsentiert« (S. 77), kann man, was Albrecht als »Gefahr« versteht, die Hochschulen auf ihre »gesellschaftliche Zweckdienlichkeit reduzieren« (S. 77). Die Gefahr, die Albrecht sieht, ist das Aufkommen anderer Bedeutungsträger repräsentativer Kultur jenseits wissenschaftlicher Rationalität (vgl. S. 78). Die Frage ist allerdings, ob diese ›sozialstrukturelle Götterdämmerung des Bürgertums‹ überhaupt stattfindet; mehr noch, ob es dieses Bürgertum als die kulturelle Identität, als ›Kulturzentrum‹, als das »Ganze repräsentierend«, überhaupt je gegeben hat, ob es nicht vielmehr immer sozial gemischt zusammengesetzte Kultureliten waren. Wenn dem so ist (wofür einiges spricht), dann drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß auch in den nächsten Jahrzehnten sozial gemischt zusammengesetzte kulturelle Eliten die Chance haben, wissenschaftliche Forschung und Bildungswissen voranzubringen. Entscheidend ist dabei einzig, ob sich solche Funktioneliten herausbilden und reproduzieren können und welche sozialen und technischen Ressourcen ihnen zugestanden werden. Es scheint, daß Clemens Albrecht Scheinprobleme und -gefährdungen wahrnimmt, an den eigentlichen Gefahren jedoch vorbei argumentiert.

Der dritte Autor aus einer – relativ zum Krisenzentrum – peripheren Region ist der Politikwissenschaftler Dietmar Braun aus Lau-

sanne, der aus dieser Optik regionale und systemische Steuerungsprozeduren an Hochschulen untersucht und bewertet. Seine Optik beschreibt er so: »Die politischen Regulierungsstrukturen ... beeinflussen ausschlaggebend Machtpositionen« und so »Implikationen ... der Machtspiele und Machtressourcen der einzelnen Akteure« (S. 241). Diese »Machtspiele« »entscheiden über die ... politischen Regulierungsabsichten«. Mit dieser Bestimmung wird allerdings ein Zirkel konstruiert, denn die »politischen Regulierungsstrukturen« bestimmen, so Braun, auf dem Umweg über die Machtpositionen und -spiele sich selbst. Zu prüfen ist also, ob es sich dabei um eine tautologische Erklärung handelt oder um die Entdeckung eines selbstreferentiellen Systems. Woher bezieht ein derart geschlossenes System Impulse oder Zwänge für Wandlungen, Anpassungen und Lernprozesse? Braun führt aus, daß sich zum Verständnis dieser Zusammenhänge insbesondere das »Modell des New Public Management« anbiete (vgl. S. 241), was jedoch nicht wesentlich weiter führt, als daß er (nach Clark) vier Typen von Regulierungsstrukturen unterscheidet (vgl. S. 244). Dieses Manko wird auch nicht durch die Diversifizierung der wissenschaftlichen Agentien und Potentiale geheilt, die er (nach Bourdieu) »Kapitalarten« nennt und wovon acht begrifflich eingeführt (aber nicht ausgeführt) werden (vgl. S. 245-247). Um die Bewegungsverläufe dieser (im gedanklichen Modell 32) Agentien deutlich zu machen, wird eine neue Dimension, eine 12-Felder-Matrix von (vier) »Governance-Modellen« und (drei) »Entscheidungsarten« konstruiert. Deren Diskussion verdeutlicht die unterschiedlich erfolgreichen Prozeduren, wie die universitären Akteure »Kapital« akquirieren und an der »Machtbalance« partizipieren. Leider wird nicht expliziert, wie sich diese vier Regulierungsarten, bezogen auf die acht Kapitalarten, in das 12er Schema der Governance-Modelle und Entscheidungsarten einordnen und was mittels dieser Klassifizierungen gewonnen wird. (Es ergeben sich so rechnerisch fast 400 Beziehungsfelder – oder das Vielfache davon, wenn man jeden Regulierungstyp als politologischen Netzknoten einzeln betrachtet.) All dies kann auch deskriptiv ausführt werden (die Literatur dazu füllt Bibliotheken), wodurch dieser ganze Formalismus redundant würde.

Das Fazit des Autors fällt freilich ganz anders aus. Er meint, daß die Voraussetzungen geklärt sind, jenes »Management-Modell« zu verstehen, »das sich (als) ein neues Organisationsmodell weltweit durchzusetzen beginnt« (S. 253). Dieses sei kein speziell hochschulisches, sondern aus der Betriebswirtschaftslehre abgeleitetes. Bildung und Wissenschaft als Selbstzweck werden abgelehnt. Die Hochschulen als »vom Staat ... beauftragte Institutionen« sollen vielmehr »auf die Nachfrage von »Konsumenten« und »Klienten« reagieren«. Es bleibe allerdings bei einer »strategischen Kompetenz erster Ordnung«, die vom Staat ausgeübt wird, während den Hochschulen eine »strategische Kompetenz zweiter Ordnung zufällt«. Die Selbstverwaltungsgremien werden bei diesem Konzept zu bloß beratenden beziehungsweise kommentierenden Einrichtungen zurückgebildet (vgl. S. 255), während das »politische Kapital«, die Dispositions- und Entscheidungsbefugnis, den Rektoren und Dekanen übertragen wird. Braun führt die Funktionsweise dieses Modells zwar

weiter aus, ohne sie jedoch hinsichtlich ihres Vorteils für die Steigerung wissenschaftlicher Exzellenz und Effizienz der Erkenntnisgewinnung zu bewerten. (Diese Frage stellt sich so nicht mehr, wo es wesentlich um die Zufriedenstellung der diversen Klientele geht.)

Ob nun die kommunikations-metatheoretische Retrospektive aus München, der kultursoziologische Kommentar aus Tübingen, die politologische Wende der Diskursterminologie aus Lausanne, es scheint doch sehr auf den Standort anzukommen, von wo aus die Objekte und Symptome dessen, was als Krise betrachtet wird, gesehen werden.

Die Darlegungen der Herausgeber – Uwe Schimank und Erhard Stölting – beginnen mit dem Beweis ihres intimen Problemverständnisses. Nicht nur der allererste Satz der Einführung (»das Thema ... ist alles andere als neu (aber doch) unerschöpflich«), auch die Überschrift des ersten Abschnittes (»Krisenansichten«) spricht dafür. Eine für wissenschaftliches Vorgehen typische Analyse und Diagnostik mit konsistenten Resultaten und Erkenntnissen gibt es zu diesem Thema nicht. In Rede stehen nämlich »Ansichten«, »Meinungen«, »Standpunkte«. Es geht also darum herauszufinden, von welchem spezifischen Blickwinkel die Autoren die »Krise« ausmachen. Diese sind auch nach Ansicht der Herausgeber äußerst vielfältig und kontrovers, was außer durch die verschiedenen Standpunkte auch durch die Vielzahl der Fachrichtungen und Disziplinen an den Universitäten und Hochschulen bedingt sei; an »alten« Volluniversitäten lägen die Dinge völlig anders als in den ohnehin schon moderner strukturierten technischen Fachhochschulen. Sollte man den Drang zur universitas litterarum aufgeben und statt von »Universität« von »Multiversität« (vgl. S. 8) sprechen? Weitere Streitpunkte drehen sich um Spezialisierung und Profilierung, Vorrang für Elite-Hochschulen oder Fachhochschulen, Niveauverlust und Verschulung, die Studiendauer, die Profilierung und Funktion der Gymnasien, Leistungs- und Leitungsprinzipien, Spezialisierung, gesellschaftliche Relevanz der Arbeits- und Forschungsthemen.

Schließlich stellen Schimank/Stölting die unvermeidliche Frage, ob es sich um die eine »große Krise« oder um eine Vielzahl kleiner Krisen handelt. (S. 19 f) Muß also ein Fundamentalumbau – bis hin in gesamt-kulturelle und ordnungspolitische Voraussetzungen – ins Auge gefaßt werden oder »genügen« viele einzelne Korrekturen und Reparaturen? Aus Sicht der Herausgeber ist es zwar legitim, alle diese Fragen kontrovers und ohne Vorbehalte zu diskutieren – nur sollten die Kritiker angehalten werden, konkrete Verbesserungen vorzuschlagen. Extrempositionen, wie sie einerseits »der betulich ehrwürdige Deutsche Hochschulverband« und andererseits sein Antipode »das turbo-dynamische Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung« (S.21) vertreten, lehnen Schimank/Stölting als unzulässige Vereinfachungen ab.

Bereits bei den ersten Versuchen der Herausgeber, die Krise zu charakterisieren, taucht der »Mythos Amerika« (S. 13) auf, dem dann von Andreas Stucke (vgl. S. 118 ff.) ein ganzer Beitrag gewidmet wird. Diesem kann durchaus zugestimmt werden, daß die Übernahme US-amerikanischer Standards im Hochschulwesen von Anfang an keine Frage reiner Zweckmäßigkeit war, sondern ein

Streit- und Zankthema, bei dem Vereinfachungen, überzogene Erwartungen und Vorurteile aufeinandertreffen und die Streitereien häufig an der Sache vorbeigehen. »Amerikanisierung« kann, so Stucke, sowohl als Werbeslogan wie als Kampfbegriff die Lage nur verwirren. Die deutsche Ordinarien-Universität (und ihre Reformstufen) wie auch die US-amerikanischen Universitäten und Hochschulen haben jeweils Leistungen von Weltgeltung hervorgebracht und wurden in vielen Ländern nachgeahmt. Stucke rät daher abzuwägen, denn außer deutlichen US-amerikanischen Vorteilen seien auch Nachteile auszumachen (vgl. S. 131), denen sich die deutschen Hochschulen nicht ohne Not aussetzen sollten. Zudem habe bereits mit dem Aufkommen der Rede von der »deutschen Bildungskatastrophe« in den sechziger Jahren ein Prozeß der Übernahme anglo-amerikanischer Erfahrungen begonnen, der seinen Ausdruck in der Gründung der Gesamthochschulen und der Fachhochschulen fand. Seit Mitte der achtziger Jahre habe sich dann das Interesse »am Beispiel Amerika« wieder verstärkt (vgl. S. 125, 132). Von »Stärkung der Hochschulautonomie« über weitere acht »topoi« bis »Binnendifferenzierung des Studiums« (Bachelor-/Master-Studiengänge) listet Stucke Themen und Reformtrends auf, die bereits zu den Agenda deutscher Hochschulpolitik gehören, wenn sie auch bei weitem nicht verwirklicht sind. Der Autor sieht aber auch bereits vollzogene praktische Umsetzungen; so sei in die Neugestaltung der ostdeutschen Hochschulen viel US-amerikanische Erfahrung eingeflossen, die Universitätsneugründungen Erfurt und Frankfurt/Oder beanspruchen dies ausdrücklich (vgl. S. 132). Ferner orientierten sich der Aufbau der außeruniversitären Forschung (und auch die Drittmittelförderung) stark an den USA. Während die »Mythen« über die US-Hochschulen weiterhin den Diskurs prägen, sei jenseits »simplifizierender Leitbilder« die Entwicklung »unternehmerischer Hochschulen« bereits im Gange, der Wissenschaftsmanager, der die »Großordinarien« und »Gremienvirtuosen« mittels neuer Akteurskonstellationen ablöst, sei längst im Kommen (vgl. S. 133). Stucke läßt keinen Zweifel daran, daß für ihn die Herausbildung eines neuen Verhältnisses zwischen Hochschule, Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft insgesamt unerlässlich ist.

Nach diesem Exkurs über eines der großen Reizthemen des Reformprozesses gilt es nun zur Frage nach dem Wesen der Krise der Universitäten bei Schimank/Stölting zurückzukehren. Uwe Schimank sieht sie in der realen Existenz eines Paradoxons: daß nämlich die deutschen Hochschulen »erfolgreich scheiternde Organisationen« seien. »Zu Unrecht ungeschoren bleibende Versager oder zu Unrecht als Versager eingestufte Leistungsträger« (S. 224) – insgesamt handle es sich lediglich um »Diskurskonstrukte«, mit denen Problemsichten verstellt und Reformhandeln blockiert werde. In der Tat hätten die deutschen Universitäten und Hochschulen nach wie vor eine hohe internationale Rangwertigkeit, was um so beachtlicher sei, als sich ihre Leistungsvoraussetzungen, (finanzielle) Ressourcen, kontinuierlich fließender Personalzugang/-nachwuchs und Studentenquote je Ausbilder (Verdopplung seit zwei oder drei Jahrzehnten) gravierend verschlechtert hätten. Das Phänomen des »scheiternden Erfolgreichen« sei durchaus organisationstheoretisch

und machttheoretisch auszuleuchten, denn das Problem liege in den Spiegelfechtereien und den Verständigungsblockaden, die sich aus den gegenseitigen Fehldeutungen ergeben und anscheinend immer mehr verfestigten. Die Krise liege also darin, daß intern nicht geschieht, was zur Behebung von Unstimmigkeiten längst geschehen sollte. Nach Schimank spielen dabei zwei »Problemfaktoren« die Hauptrolle. Einmal ein »Zielwirrwarr«, eine Pluralität von Zielsetzungen, die von den Akteuren weitgehend als Zieldissens gehandhabt werde, was zu Dysfunktionen und Inkompatibilitäten im Funktionieren der Hochschulen führe, woraus dann wieder Fehlleistungen und auch Fehleinschätzungen ihrer Leistung folgten (vgl. S. 229). Zum anderen existieren Entscheidungsblockaden, die sich aus unterschiedlichen Interessenlagen ergeben. Die diversen Systeme der deutschen Hochschulselbstverwaltungen sind aufwendig und ineffektiv. Schimank konstatiert sogar einen »Entscheidungsnotstand« (S. 233), der trotz Reformen immer wieder eintrete und inzwischen »aus sechs Komponenten ... festgefahrener Interessen- und Machtkonstellationen« bestände (von der Professorenautonomie über die Statusgruppen, wachsende staatliche Regulierung bis zu den sich bildenden informellen Netzwerken).

Als Ansätze für »Problemlösungen« nennt Schimank »Hierarchisierung und Diversifizierung« (S. 236). Das Beharren auf den zwei präferenten Zielrichtungen – anwendungsferne Grundlagenforschung und Elitenbildung – mache die Hochschulen zum Annehmen neuartiger Herausforderungen unfähig. Dem sei die Diversifizierung ihrer Struktur und ihrer Ziele entgegengesetzt. Jede Hochschule, jede Fakultät, jedes Institut, jeder Professor müsse ein eigenes Leistungsprofil und Zielbündel klar ausprägen können. Dazu müßten sie »Marktkonkurrenzen« ausgesetzt werden, die Schimank (neben der Drittmittelwerbung) in den »tatsächlichen Bedarfen verschiedener inner- und außerwissenschaftlicher Adressaten der hochschulischen Forschung und Lehre in ihrer ganzen Vielschichtigkeit und Wandelbarkeit« sieht (S. 238).

Eine solche Wandlung von Struktur und Funktion setze eine Hierarchisierung auf zwei Ebenen voraus. Der »horizontalen Diversifizierung« der Profile muß eine »vertikale« folgen, die sich aus den unabänderlichen Leistungsunterschieden ergibt (vgl. S. 239). Schimanks Überlegungen haben den Charme, daß sich aus den Leistungsunterschieden (statt »Besser«-»Schlechter«-Bewertungen) neutrale Verschiedenheiten in den Angeboten herausbilden sollen. Die Situation in den USA zeige, daß man mit einer sehr kleinen exzellenten Leistungsspitze und breitem Mittelmaß gut zurechtkommen könne.

Darüber hinaus müsse eine Hierarchisierung des Entscheidungsprozesses einsetzen. Es müßten Strategien ausgearbeitet werden, um die Hochschulen zu profilieren und verbindlich durch Ressourcen- und Personalverhandlungen auszugestalten. Dafür sollten Rektoren und Dekane Macht haben und entscheidungsfähig sein – für die Ausführung der Vorhaben selbst sollte dann jedoch gegenüber den Professoren und Untereinheiten eine weitgehende Deregulierung gewährt werden, damit diese mit ihren Möglichkeiten völlig selbständig disponieren könnten.



Schimank befürchtet ein erhebliches Widerstandspotential gegen ein solches Konzept, in einem möglichen Zusammengehen von Beharrungskräften in den Administrationen und einem gewichtigen Teil der Professorenschaft. Auch rät er dazu, »Konkurrenzdruck und Deregulierung« nicht zu überziehen (vgl. S. 240) – was er wolle, sei Denkrichtungen anzuregen.

Was offenkundig außerhalb seines Blickfeldes liegt, ist der Umstand, daß sich Marktkräfte bekanntlich nicht maßvoll steuern lassen. Durch ihre Entfesselung ist die Gefahr groß, daß unter dem Druck von Erfolgs- und Renditeerwartungen wissenschaftsschädigende Pressionen entstehen, sobald die Abhängigkeit von außerwissenschaftlichen Interessenlagen überhandnimmt. Und das wird passieren! Auch bleibt ungeklärt, wie denn die Ressourcen für die strategische Forschung zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit bei der globalen Technikentwicklung und für die anwendungsfreie Grundlagenforschung verteilt werden sollen? Hier geht es um Milliarden, deren Verwendung kaum den kurzsichtigen Marktkräften und Konkurrenzzwängen überlassen werden kann. Auch in der strategischen und Grundlagenforschung werden nicht nur absolute Spitzenkräfte gebraucht. Zudem ist die Eignung von Personal für bestimmte Themen nicht per Evaluierung ex post definierbar, denn das Wesen von Grundlagenforschung ist ihre Unbestimmtheit, was ebensoviel Erfahrungstiefe wie Intuition verlangt.

Die 15 Beiträge des Bandes werden in drei Blöcken präsentiert: »Geschichte und Bedeutung«, »Produktionsfaktoren: Finanzen, Personal und Organisation« sowie »Lehre und Forschung«. In dieser Anordnung wird bereits deutlich, daß die neuerliche »Krise der Universitäten« nicht zuletzt eine Quintessenz von 200 Jahren deutscher Hochschulgeschichte ist. Immer wieder gehen die Argumentationen von Humboldt aus und immer wieder kehren sie dorthin zurück. Wobei Erhard Stölting in seinem Beitrag durchaus recht hat, daß die praktischen Neuerungen, die im 18. Jahrhundert von Halle und Göttingen ausgegangen waren, gewichtiger waren als die Gründung der Berliner Universität (vgl. S. 35). Diese, meint er, lieferte jedoch durch Humboldt die intellektuell anspruchsvollste Begründung, die »ausformulierte Leitidee«.

Sehr lesenswert ist, was Stölting zu bedenken gibt, wenn er die Existenzkrisen der Universitäten seit (und mit) dem Aufkommen des Humanismus und der Reformation kursorisch nachzeichnet – etwa seine Feststellung, daß die zur Erneuerung drängenden wissenschaftlichen Herausforderungen immer von außeruniversitären Entwicklungen und Wandlungen ausgingen (vgl. S. 37). Ohne die Exklusivität wissenschaftlicher Kognition (und deren Kumulation – HM.) »wäre es wirtschaftlicher gewesen, die Universitäten in spezialisierte Fachschulen aufzulösen« (S. 36). Leider nimmt Stölting die Gelegenheit nicht wahr auszuführen, wie sich durch das funktionale Moment der Exklusivität (in seinen institutionellen, kulturellen und kognitiven Erscheinungsformen) jener Typus von Wissenschaft herausbildete, der alle Bereiche der Arbeitswelt, auch die geistige Arbeit, revolutionierte. Damit wurde die Grundlage für die heutige gesellschaftliche Moderne, die ohne diesen Wissenschaftstyp nicht sein kann, geschaffen.

Stölting sieht im gegenwärtig stärker zur praktischen Seite hin verschobenen Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Anwendung keinen Grund für pessimistische Schlüsse, geht es doch um Vernetzung, Profilierung, Synergieeffekte, Bindung an die Praxis, internationale Verflechtungen und strukturelle Dynamisierung – alles gute Dinge, die »die Initiative der Wissenschaft .. stimulieren« und »tendenziell periphere wissenschaftliche Regionen, wie Deutschland, wieder an die unterschiedlichen innovativen scientific communities anschlussfähig machen« (S. 42). Soweit, so einleuchtend, jedoch die dabei zu erwartende Reduzierung wissenschaftlicher Horizonte bleibt unerörtert. Es reicht hier sicher nicht aus, wenn im Nebenher zu bedenken gegeben wird, daß (selbst!) in den Naturwissenschaften »eine *allzu enge Anbindung* an wirtschaftliche oder militärische Anwendungen zu einer Vernachlässigung wesentlicher Bereiche der Grundlagenforschung führen« (S. 38) könne. »Allzu eng« ist ein sehr vages Kriterium, wo es dem Autor um einen neuen Typus von Wissenschaft und Hochschulen geht, bei dem, hier zeigt sich das extreme Maß an Vereinfachung und Reformeuphorie, »die Grundlagenreflexion und *die wissenschaftliche Arbeit im engeren Sinne* (Hervorhebung – HM.) ... sich dann in Deutschland auf zwei oder drei Universitäten konzentrieren (ließe), die eine intellektuelle Elite ausbilden könnten« (S. 39).

Diese Überlegungen verweisen auch auf den bemerkenswerten Beitrag von Barbara M. Kehm. Sie befaßt sich mit der »Universitätskrise im Spiegel von Hochschulromanen«. Obgleich Romane in einer Welt harter Tatsachen gemeinhin wenig gelten, so war es doch eine originelle Idee der Herausgeber, einen solchen Beitrag, der noch dazu durch seine profunde Ausführung besticht, in den Band aufzunehmen. Der Zusammenhang, dem die Autorin am Beispiel einiger Romane nachgeht, ist geradezu eine Umkehrung des Krisenpanoramas des Buches, bei dem die Hochschulkrise aus dem Widerstreit des Hochschulkomplexes mit der gesellschaftlichen Realität abgeleitet wird. In den von der Autorin ausgewählten Romanen ist sie eher Spiegel einer umfassenderen gesellschaftlichen Krise; gelegentlich nennt sie das auch »Verschränkung« (S. 51) oder »Krise einer Profession« (S. 53). Es sind ›menschliche‹ Schwächen, die sich überall in den modernen Verhältnissen ›eingenistet‹ haben (Eitelkeit, maßloser Ehrgeiz, Unfähigkeit, Bosheit, Feindschaft, Skrupellosigkeit), die sich im institutionellen und kulturellen Milieu der Hochschulen ausbreiten und dort zersetzend wirken. Mit John Thelin und Barbara K. Townsend hat Barbara M. Kehm zwei (amerikanische) Autoren gefunden, die mit fünf gut durchdachten Argumenten die Hochschulromane als (unersetzliche) Quelle für ein sozial-psychologisches Hintergrundverständnis bewerten, das Lücken schließt, die das nüchterne wissenschaftssoziologische Faktenwissen unvermeidlich läßt.

Zu den besonders erwähnenswerten Beiträgen des Bandes gehört unbedingt der Exkurs von Schimank/Winnes, der sich speziell mit dem Phänomen Humboldt beschäftigt. Zu den Voraussetzungen des ›Humboldt-Diskurses‹ gehört bekanntlich, daß Humboldt nicht die Durchführung von Forschung an den Universitäten ›erfand‹, aber sie zu dem entscheidenden Erneuerungskriterium seiner Zeit erhob.

Forschung fand bis dahin in privaten Zirkeln, an Akademien und in einigen Labors statt – die Universitäten waren Lehranstalten. Aber schon nach wenigen Jahrzehnten zeigte sich, daß auch die erneuerten Universitäten den expandierenden Maßstäben der Forschung nicht gewachsen waren; es entstanden die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, vor allem industrielle Forschungs- und Entwicklungseinheiten. Dennoch ließen die Universitäten und auch die nach und nach dazukommenden Hochschulen von ihrer Forschungsberufung nicht ab. Dabei entstand eine permanent krisenhafte Spannung zwischen Forschung und Lehre, die sich in den späten siebziger Jahren (in Deutschland) zum Herd (nicht zur Ursache) einer umfassenden Hochschulkrise auswuchs.

Für die Krise des Humboldtschen Modells machen Schimank/Winnes, außer den inneren Widersprüchen des »Forschungsparadigmas«, vor allem das Entstehen der »Massenuniversität« verantwortlich (vgl. S. 297). Sehr übersichtlich unterscheiden sie »drei Muster« (vgl. S. 295 f.) – das Humboldtsche, das Vor-Humboldtsche und das Nach-Humboldtsche. Diese werden an Hand eines Vergleichs der Hochschulen einer Reihe europäischer Länder diskutiert (vgl. S. 297). Damit gewinnen Schimank/Winnes die vorteilhafte Möglichkeit, zwei Problemlagen simultan zu erörtern: zum einen Funktionsprinzipien und Rollenverteilung von Forschung und Lehre sowie zum zweiten den Verlauf historischer Anpassungen. Als Grundidee fungiert dabei die Überlegung, daß sich »das Humboldtsche Muster ... für die Forschung an den deutschen Universitäten als hochgradig dysfunktional erwiesen« (S. 301) habe, insbesondere unter den Bedingungen des Massenstudiums. Es ist recht instruktiv, wie die Autoren die mehr oder weniger durchgreifenden Lösungsversuche in den verschiedenen Ländern diskutieren. Eingewandt werden muß jedoch, daß die Bearbeitung struktureller, institutioneller Fragen und des Rollenverteilungsproblems die Krise nicht lösen kann. Es handelt sich (zum Beispiel in Großbritannien) nämlich nicht darum, daß man Humboldt »hinter sich gelassen« habe und daß nun überall »über Humboldt hinaus« zu gehen sei. Auch geht es nicht wesentlich um die Differenzierung der Hochschulbildung und die Überwindung der ganzheitlichen Universität. Das alles ist »mit Humboldt verträglich«.

Die Frage ist vielmehr die, ob man Universitäten und Hochschulen ohne Forschungseinbindungen lehren lassen will oder ob man Hochschulbildung weiterhin in den Kontext von Wissenschaft und Forschung integriert. Im ersten Fall wird man der Verschulung jeder Art von Studium nicht entgehen und letztlich ohne forschungserfahrenen Nachwuchs dastehen (den man natürlich auch aus der »Dritten Welt« importieren könnte). Im zweiten Fall wird man so viel Ressourcen aufbringen müssen, daß eine effiziente Aufteilung des nationalen Gesamtaufwandes für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen möglich wird. Gegen die Notwendigkeit, ein solches Volumen an Ressourcen aufbringen zu müssen, hilft kein strukturelles oder rollendynamisches »über Humboldt hinaus«. Man kann die sich auf Humboldt berufende Ordinarienuniversität (oder eine ihrer späteren Reformstufen) überschreiten, weder am Prinzip der Integration von

Lehre und Forschung noch am Prinzip der ›kulturstaatlich‹ geförderten Hochschulen kommt man vorbei. Der Markt liefert kein kulturstaatliches Regulativ; ohne ein solches aber wird die Gesellschaft im Chaos von Verflachungen, Nutzenswiderstreit und Interessengegensätzen deformiert.

Wieviel Forschung dabei nicht anwendungsorientierte Grundlagenforschung sein soll und wieviel auf betriebswirtschaftliche Rentabilität zielt, ist ein anderes Thema. Weder Eliteuniversitäten noch die außeruniversitäre oder Ressortforschung oder industrielle Forschung und Entwicklung können das in den Hochschulen landesweit verfügbare Forschungspotential qualitativ ersetzen.

Forschung ist essentiell wichtig und nicht nur für die »Interessenslage der Mehrzahl der Professoren ... vorteilhaft« (S. 318), wie Schimank/Winnes meinen. Es geht dabei auch nicht um die Personalunion von Forscher und Lehrer (vgl. S. 320), nicht darum, daß der bessere Forscher zwangsläufig der bessere Lehrer sei. Vielmehr sollte auch der didaktisch begabteste Lehrer über ausreichend Forschungserfahrung verfügen – und umgekehrt, der renommierte Forscher sollte auch vor einem Auditorium bestehen müssen. Forschungserfahrung ist durch Bildung nicht zu ersetzen. Wissenschaftliches Denken ist durch Bildungsvermittlung nicht ausreichend lehrbar. *Innerhalb dieser eindeutigen ›Humboldtschen‹ Randbedingung* kann eine schier unerschöpfliche Menge von Neuerungen, Differenzierungen, Diversifizierungen usw. praktiziert werden, die über die heutigen Verhältnisse in Lehre und Forschung hinausgehen. Aber das alles geht nicht »über Humboldt hinaus«, wohl aber über die materiellen, institutionellen und kognitiven Gegebenheiten wissenschaftlichen Arbeitens in seinem Zeitalter. Und Erneuerung wird notwendig sein, wenn die Hochschulen ernsthaft in ›vorderster‹ Reihe am wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt beteiligt sein sollen und parallel die Aufgabe lösen sollen, 30 bis 40 Prozent eines Geburtenjahrgangs mit Hochqualifikationen auszustatten und eine wachsende Anzahl von Berufstätigen mit Hochschulbildung weiterzubilden.

Werfen wir noch einen Blick auf den »Strukturwandel von ›Lebenschancen‹ und ›Lebensführung‹ im westdeutschen Studienmilieu« – auf jene in allen Beiträgen so oft apostrophierte jedoch relativ karg analysierte Statusgruppe der Hochschulen, die uns Thomas Köhler, Jörg Gapski, Martin Lähnemann in ihrem »Von der alternativen zur konformistischen Revolution?« überschriebenen Text näher bringen. Es würde jeden Rahmen einer Betrachtung wie dieser sprengen, auch nur zu versuchen, die Dimensionen des Themas auszuleuchten und dabei auf die kulturpolitischen und kultursoziologischen Weiterungen einzugehen, die hier anliegen. Der Grundgedanke der Autoren ist eine Neubewertung des Phänomens der Chancengleichheit beziehungsweise Chancengerechtigkeit im Bildungsprozeß, »denn immer komplexer werdende Gesellschaften haben nun einmal einen ›natürlichen‹ Bedarf an Ungleichheit« (S. 268); ersetzen wir monierend »Bedarf« durch Folgen, Wirkungen. Wenn man die kognitiv und methodisch anspruchsvolle und komplizierte Argumentation der Autoren, die dem Entwicklungsstand der Realität selbst wie ihrer sozialwissenschaftlichen Refle-

xion durchaus angemessen ist, auf ein vereinfachtes, rustikales Denkmuster reduziert, dann ergibt sich, daß die tatsächlich feststellbare Chancenungleichheit, die aus der sozialen Herkunft (Vermögen, Einkommen, Bildungsniveau, Berufsstatus der Eltern), der ethnischen und Geschlechterzugehörigkeit sowie aus unterschiedlichen Begabungen resultiert, in modernen Gesellschaften kompensiert wird zum einen durch einen allgemein hohen Lebensstandard, der soziale Disparitäten nicht so fühlbar macht, zum anderen durch die wachsende Pluralisierung der Lebensstile. Insoweit also eine Politik nicht greift, die »ungerechte Unterschiede« weiter abbaut, verringert sich der Trend zu sozial gerechteren, alternativen Verhältnissen durch das zunehmende Streben der Studenten nach einer »konformistischen Leistungs- und Berufsorientierung« (S. 285). In Mode kommen härtere, leistungs- und durchsetzungsbewußtere Verhaltensweisen. Sie haben, so die Autoren, »die links-alternative Hegemonie an den Hochschulen .. rasant erodieren lassen« (S. 287). Das große Aussteigen und Sich-Verweigern der Jugend findet nicht statt (vgl. S. 285). Aus Sicht der Autoren bedürfte es nun einer differenzierte Studienformen anbietenden Reform der Lehre – und die Hochschulen seien für das nächste Jahrzehnt in einer, was die Studierendenschaft betrifft, komfortablen Situation. Gegen eine solche Perspektive muß jedoch eingewandt werden, daß die vermeintlich günstige Lage schnell in ein schwarzes Krisen- und Konfliktszenarium umkippen kann, wenn durch Personalabbau und gravierende Ressourceneinsparungen unzumutbare Verhältnisse in Forschung und Lehre entstehen, die kaum protestlos hingenommen werden dürften.

Die Herausgeber stellen schließlich ihre gute Hand bei der Auswahl der Mitautoren erneut unter Beweis, indem sie den als Wissenschafts- und Hochschulforscher hochrenommierten Rudolf Stichweh mit seinem Beitrag »Die moderne Universität in einer globalen Gesellschaft« am Ende plazierten und ihm damit ein Schlußwort antrugen. Er eröffnet denn auch mit einem großen historischen Panorama. Seit der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert sind die Universitäten und die von ihnen geförderte Wissenschaft die erfolgreichste Kulturunternehmung der Weltgesellschaft (ergänzt werden muß hier die Erfolgsgeschichte der arabisch-moslemischen Universitäten, die um Jahrhunderte früher einsetzte).

Stichweh betont die große Bedeutung des lokalen Ursprungs- und Wirkungsrahmens von Universitäten, der im Laufe der Zeit zunehmend durch weltweite Faktoren ergänzt worden sei. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich ihre nationale und staatliche Bedeutung dergestalt, daß heute auf drei Ebenen durch die Hochschulen eine umfassende Integration der geistigen Kultur der Moderne stattfindet, die durch aktuelle Globalisierungsprozesse vertieft würde. Die globale Integrationskraft der Universitäten erweise sich auch durch ihre Verflechtung mit industrieller Forschung und Entwicklung, die heute schon etwa zwei Drittel aller nationalen Forschungsaufwendungen umsetze (nicht hervorbringt). Das ist eine originelle Deutung des Praxiszusammenhangs, die bislang wenig beachtet wurde. Der Autor schließt seinen Beitrag – und damit den Band – mit dem Verweis auf einen »dritten Trend in modernen Universitäten« (S. 351), den er

– nach Parsons – »Inklusion« nennt. Damit wird ein soziologisches Theoriefragment reaktiviert und seine Eignung für Bearbeitung aktueller theoretischer Konzepte der Wissenschafts- und Hochschulforschung gezeigt. Inklusion ist für ihn der Begriff für einen Prozeß, bei dem bislang marginale Vorgänge ins Zentrum des Systemgeschehens hineingezogen werden (vgl. S. 352 f.).

In summa ist *Die Krise der Universitäten* ein in vielem erfreuliches, höchst instruktives Buch, das viel von dem gegenwärtig ziemlich zerfahrenen Diskurs verdeutlicht, systematisiert, theoretisch befragt, historisch ausleuchtet. Vorteilhaft wäre allerdings gewesen, wenn es die dem Leser ohnehin auffälligen Antinomien, Fehldeutungen, Grenzen und auch Gefahren eines radikalen markt- und betriebswirtschaftlichen Modernismus bewußter thematisiert und kräftiger konturiert hätte. Sicherlich wäre noch manche Einsicht zu gewinnen gewesen, wenn der Kritik des aktuellen Diskurses und der Analyse von Ursachen und Verursachern der Krisensymptome mehr konzeptionelles Gewicht eingeräumt worden wäre. Außerdem fällt es angesichts des Bemühens der Herausgeber um Ausgewogenheit schwer zu glauben, daß sie sich bei den verschiedenen Lagern »bewußt zwischen die Stühle gesetzt haben«, wie es auf dem Einband verkündet wird.

1 Durch die Landesregierung Baden-Württemberg wurde die *Hayek-Engineering AG* Zürich mit der Aufgabenstellung »Externe Prüfung der Wirtschaftlichkeit an den Universitäten des Landes ...« beauftragt. Daraufhin entstand über die Universität Tübingen ein umstrittener Report – vgl. Peter Pietschmann: Außer Spesen nichts gewesen, in: *Deutsche Universitätszeitung*, Heft 7 (1994).



THOMAS KUCZYNSKI

# Anfang und Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe

Im Rahmen der seit 1991 erscheinenden *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge*<sup>1</sup> sind drei Sonderbände zur Geschichte der ersten *Marx-Engels-Gesamtausgabe* (MEGA) geplant und inzwischen publiziert. Dem hier zu rezensierenden Sonderband 2 ging der Sonderband 1 über Rjazanov und die erste MEGA voraus<sup>2</sup>, ihm folgt der Sonderband 3 über Stalinismus und das Ende der ersten MEGA (1931 bis 1941)<sup>3</sup>. Im Unterschied zu den beiden anderen beinhaltet dieser Band keine Sammlung von Aufsätzen und Dokumenten, sondern eine relativ geschlossene Dokumentation samt dazugehöriger Einführung von Rolf Hecker. Auf knapp 300 Seiten werden rund 150 Dokumente aus Akten ediert, die im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der KPdSU unter Verschuß lagen und im heutigen Rußländischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau (RGA)<sup>4</sup> der Forschung zur Verfügung stehen. Sie betreffen allerdings nicht nur das im Titel des Bandes genannte Thema, und die mehr als hundert Seiten umfassende Einführung geht thematisch noch weit über die Dokumentation hinaus, wobei auf weitere, bislang noch nicht veröffentlichte Dokumente aus dem RGA und ausgewählte Sekundärliteratur zurückgegriffen wird.

Obleich nirgendwo so ausgesprochen, ist die Einführung so geschrieben, als ob sie, mit den beiden anderen Bänden zusammen, eine Art Gesamtdarstellung zur Geschichte der ersten MEGA liefern solle. Das aber ist etwas völlig anderes, als der Titel des Bandes verspricht, und es ist ein Unglück, daß der Autor sich in seiner Einführung nicht auf das angegebene Thema und die Jahre 1924 bis 1928 beschränkt hat. Um dies aufzeigen zu können, muß ich allerdings eine erneute Betrachtung der Vorgänge anhand der in dem Band edierten Dokumente sowie einiger anderer Publikationen vornehmen, die den Rahmen einer bloßen Rezension sprengt und die darüber hinaus versucht, hinsichtlich einiger offener Fragen der Quellenüberlieferung und -interpretation am historischen Kontext orientierte Antworten zu geben. Im Interesse einer konzentrierten Darstellung werde ich weniger wichtige Problemkomplexe, die in der Einführung ebenfalls behandelt werden, keiner näheren Betrachtung unterziehen.<sup>5</sup> Der Aufsatz ist auch deshalb keine Rezension des Bandes, weil ich seinen wirklich wertvollen Teil, die Dokumentation, zwar ausgiebig nutze, aber nicht eingehend würdige.

Die Einführung zu dem Band beginnt mit einer Eloge – nein, nicht auf das Institut für Sozialforschung (IfS) und seinen ersten Direktor, Carl Grünberg<sup>6</sup>, sondern auf die Frankfurter Schule, auf Horkheimer,

Thomas Kuczynski – Jg.1944; Prof. Dr. sc. oec., von 1988 bis zur Abwicklung 1991 Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, seither zumeist erwerbslos, publizierte 1995 eine Edition des Kommunistischen Manifests (einschließlich Editionsbericht) in den Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Nr. 49; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Die Aktualität der Altersbriefe von Friedrich Engels im Lichte des Zusammenbruchs des ›Realsozialismus‹ (Nr. 62, Dezember 1995).

Besprochen wird: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Sonderband 2: Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924-1928). Korrespondenz von Felix Weil, Carl Grünberg und anderen mit David Borisovitsch Rjazanov, Ernst Czóbel und anderen aus dem Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte* Moskau, Argument Verlag Hamburg 2000, 439 S. (die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf diesen Band).

1 Die *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung* wurden bis 1990 durch die Marx-Engels-Abteilung des damaligen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegeben. Einige ihrer Mitarbeiter veröffentlichten seit Schließung des Instituts und in völlig veränderter Funktion die *Neue Folge* (im folgenden: BzMEF-NF).

2 Vgl. BzMEF-NF, Sonderband 1: David Borisovitsch Rjazanov und die erste MEGA. Hamburg 1997 (im folgenden: BzMEF-NF, Sb. 1).

3 Vgl. BzMEF-NF, Sonderband 3: Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931-1941). Dokumente der politischen Säuberung des Marx-Engels-Instituts 1931 und zur Durchsetzung der Stalinischen Linie am vereinigten Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU aus dem Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau, Hamburg 2001. Der Band mit Beiträgen von zehn Autorinnen und Autoren ist soeben erschienen; ich habe sehr bewußt darauf verzichtet, seinen Inhalt vor Abfassen dieses Aufsatzes zur Kenntnis zu nehmen, um der Gefahr zu entgehen, erst dort publizierte Informationen in meine Rezension einfließen zu lassen.

4 Vgl. Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Social'noj i Politicheskoi Istorii. Bei der gängigen und auch in diesem Band verwendeten Übersetzung *Russisches Archiv* wird der Unterschied der Termini ›russkij‹ und ›rossijskij‹ übersehen, ein Unterschied, der sich etwa so darstellt wie der von ›English‹ und ›British‹; so wie

Fromm, Adorno, Marcuse, alles Leute, von denen keiner auch nur von ferne etwas mit der Arbeit an der MEGA und dem Moskauer Marx-Engels-Institut (MEI beziehungsweise IME<sup>7</sup>) zu tun hatte. Deshalb wird auch in allen ernsthaften Untersuchungen zur Geschichte der Frankfurter Schule, in denen noch von Grünberg und *seinem* Institut die Rede ist, vermerkt, ob nun positiv oder negativ, daß zwischen der wissenschaftlichen Ausrichtung des Instituts unter Grünberg und der unter Horkheimer Welten lagen, daß sie prinzipiell unvereinbar miteinander waren.<sup>8</sup>

Ganz im Geiste Horkheimers und im Gegensatz zu Grünberg hat der Autor für sich die bekannte *Scheinalternative*, akademische (entpolitisierte) *versus* parteipolitisch determinierte Marx-Edition und -Interpretation, akzeptiert und zugunsten der erstgenannten entschieden. Mögen hierbei seine persönlichen Erfahrungen eine Rolle gespielt haben, gerade deshalb hätte er nicht übersehen dürfen, daß der angeblich so unpolitische Horkheimer eine ziemlich rigide Institutspolitik verfocht, zum Beispiel dem in seinen Augen orthodoxen Marxisten Ernst Bloch im Exil jegliche Unterstützung versagt hat<sup>9</sup>; er hätte den Schlußsatz von Ulrike Migdals Arbeit über die Frühgeschichte des IfS zur Kenntnis nehmen sollen: »Es gab also bei Grünberg keine Zensur, keine Bekehrungsriten, keine Gefahr, von ihm zum Dissidenten abgestempelt zu werden, wie es in der bekannteren Phase des Instituts geschah, die nach ihm kam, als unter seines Nachfolgers Direktorat (...) jene Ära anbrach, da es nicht mehr mit vielen Zungen sprechen sollte, sondern nurmehr [sic!] mit einer Zunge sprach.«<sup>10</sup>

So wenig es verwundern kann, daß sich – obendrein nach Flucht und Vertreibung einerseits, der Zerstörung der in Frankfurt verbliebenen Teile von Bibliothek und Archiv durch die Nazis andererseits<sup>11</sup> – weder im Archiv des heutigen IfS noch im Horkheimer-Nachlaß eine authentische Zeile zum Thema findet, so wenig kann es bei derartiger Ausrichtung verwundern, daß Hecker (sowie der an diesem Abschnitt mitwirkende Diethard Behrens) ganz offenbar nicht einmal den Versuch unternommen haben, die Nachlässe jener ausfindig zu machen und zu sichten, die vor Horkheimer im IfS tätig waren und tatsächlich etwas mit der MEGA und dem MEI zu tun gehabt haben, insbesondere die von Felix Weil und Fritz (Friedrich) Pollock, eventuell auch die von Henryk Grossmann und Karl A. Wittfogel.<sup>12</sup> Ganz allgemein ist zur archivalischen Quellenbasis der Einführung festzustellen: Außer dem edierten Dokumentenbestand aus dem RGA (fond 71, opis 50) werden im Grunde nur ein weiterer aus dem RGA und zwei aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG) herangezogen. Das wäre dann nicht kritisch anzumerken, wenn sich der Autor auf eine Einführung zu den edierten Dokumenten beschränkt hätte. Er hat sie aber mit anderem Anspruch geschrieben, und der ist auf so schmaler Quellenbasis nicht zu erfüllen.

#### *Zur Vorgeschichte der Beziehungen zum IfS*

Spiritus rector der ersten MEGA war David B. Rjazanov (Rjasanoff). Allein dieser Mann, der, wie ein Zeitgenosse berichtete, wegen eines Kommas in einem Manuskript von Marx mitten in der Nacht

in einem ungeheizten Eisenbahnwagen vierter Klasse von Wien nach London abreisen konnte<sup>14</sup>, hatte die notwendige Energie und Besessenheit, ein solches Unternehmen in Gang zu setzen und damit voranzukommen. Seit 1921 besaß er dank entsprechender »Beschlüsse von Partei und Regierung« die notwendige ökonomische Basis für ein solches Unternehmen, das überdies seit 1924, und zwar auf seinen Vorschlag hin<sup>15</sup>, auch von der Kommunistischen Internationale (Komintern) unterstützt worden ist (vgl. die Übersicht auf S. 26 f.). Nur deshalb konnte ihm zum Beispiel schon 1921 der Ankauf wertvollster Spezialbibliotheken für das MEI gelingen.<sup>16</sup> Schließlich aber verfügte er über das in jeder Beziehung nötige Geschick sowie die dazugehörige Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit, sich das in der MEGA zu edierende Material zu verschaffen.

Nach seiner Verhaftung und der Veröffentlichung eines von ihm (völlig zu Recht) zurückgehaltenen Marx-Briefes in der Zeitschrift *Bol'shevik*<sup>17</sup>, schrieb er am 11. April 1931 an die Redaktion: »Man darf nicht vergessen, daß eine gewaltige Menge von Dokumenten, die ich seit 1909 gesammelt habe, *mir persönlich* unter der Bedingung, sie zurückzugeben, anvertraut wurde. Die Dokumente befinden sich jetzt im Institut, gehören aber zu den »geheimen«, denn sie wurden immerhin auf nicht völlig legalem Wege »angeschafft.«<sup>18</sup> (Einen Tag später, in einem Brief an das Politbüro, formulierte er noch deutlicher, daß der Brief »zu den *unterschlagenen* Dokumenten« gehöre und sich »im Bestand der *angeeigneten* oder *gestohlenen* Papiere« befinde.<sup>19</sup>) »Überhaupt«, so fuhr er in dem Brief an die Redaktion fort, »wäre es uns ohne eine Reihe von »Manövern«, die meinen nächsten Freunden bestens bekannt waren, ohne meine beachtlichen Beziehungen in der II. Internationale nie möglich gewesen, jene Schätze zusammenzutragen, auf die das Marx-Engels-Institut zurecht stolz sein kann.«

Und so meinte auch Karl Kautsky in einem Brief vom 1. August 1924 an seine Frau Luise, Rjazanov sei »im Moment der einzige, der sie machen« könne<sup>20</sup>, und Adolf Braun, damals im SPD-Vorstand zuständig für das Parteiarchiv, sekundierte ihm am 8. August 1924: »Sehr richtig bemerkst Du, daß er, dem lieben Gott sei es geklagt, der einzige Mann ist, der die Gesamtausgabe herstellen kann«<sup>21</sup>, eine Klage, die sich zweifelsohne darauf bezog, daß die SPD noch immer nicht in der Lage war, den 1911, im Vorfeld des 30. Todestages von Marx, unter intensiver Mitarbeit von Rjazanov entwickelten sogenannten Wiener Editionsplan einer Gesamtausgabe<sup>22</sup> in die Tat umzusetzen.<sup>23</sup>

Zu realisieren war die Ausgabe natürlich nur mit Hilfe anderer. Ohne Rücksicht auf politische Differenzen beauftragte Rjazanov die seines Erachtens für das Unternehmen geeigneten Leute im In- und Ausland: Sein »Hauptkorrespondent« in Berlin wurde der noch unter Lenin aus der UdSSR ausgewiesene Menschewik Boris I. Nikolaevskij (Nikolajewsky)<sup>24</sup> und in Frankreich der gerade wegen »Disziplinbruch schwerster Natur« aus der FKP ausgeschlossene Boris Souvarine (vgl. S. 224 ff.), in Moskau wurde der Menschewik Isaak I. Rubin Leiter der *Kapital*-Edition<sup>25</sup>, und die Übersetzung von *Herr Vogt* wurde dem gerade nach Alma Ata verbannten Lev D. Trockij (Leo Trotzki)<sup>26</sup> angetragen. Aber obwohl er über langjährige Bezie-

wir uns daran gewöhnen mußten, »britisch« zu schreiben, wenn Vorgänge in England, Schottland *und* Wales gemeint sind, sollten wir auch »rußländisch« verwenden. Vgl. zum Beispiel: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, von O. Dehl, unter Mitarbeit von N. Mussienko, mit einem Beitrag von S. Barck und einem Nachwort, hrsg. von U. Plener (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V., Bd. 25), Berlin 2000, S. 18.

5 Dies betrifft insbesondere die Betrachtungen zur Entdeckung und Publikation des Manuskripts der *Deutschen Ideologie* (S. 68 ff. und 99 ff.) und zu Zeitschriftenpublikationen in Moskau (S. 59 ff.). Wenigstens angemerkt sei jedoch, daß der Quellenedition der letzte Schliff fehlt; so wird zum Beispiel bei einer ganzen Anzahl von Briefen, die in den Dokumenten erwähnt, aber in der Edition nicht publiziert werden, nicht angegeben, ob sie verloren gegangen oder erhalten geblieben sind.

6 Instruktive Kurzbiographien der am IfS Wirkenden finden sich in: Grand Hotel Abgrund. Eine Photobiographie der Frankfurter Schule. Überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, hrsg. von W. v. Reijen u. G. Schmid Noerr, Hamburg 1990; speziell zu Grünberg vgl. Günther Nenning: Biographie [von Carl Grünberg], in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (im folgenden: Grünberg-Archiv), Indexband zum Reprint Zürich 1973; Ulrike Migdal: Die Frühge-

schichte des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a.M./New York 1981, S. 56 ff.

7 Abkürzung des russischen Namens Institut Marksa i Engel'sa; beide Abkürzungen wurden in den Dokumenten verwendet, zuweilen (aber nicht immer) folgt der russischen die redaktionelle Ergänzung (MEI).

8 So ausdrücklich Martin Jay: *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung* (deutsche Übersetzung), Frankfurt/M. 1981, S. 13 (Anmerkung); vgl. ebenda, S. 30 f., 56 und 113; Rolf Wiggershaus: *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung*, München/Wien 1987, S. 50f.; Migdal: a. a. O., S. 89 und 96. Ganz auf die Frankfurter Schule konzentrierte Studien hingegen nennen Grünberg und sein Institut überhaupt nicht; vgl. zum Beispiel Helmut Dubiel: *Wissenschaftsorganisation und Erfahrung*, Frankfurt/M. 1978; Alex Demirovitsch: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Frankfurt/M. 1999.

9 Vgl. Jay: a. a. O., S. 375 (Anmerkung 38).

10 Migdal: a. a. O., S. 117.

11 Vgl. Wolfgang Schivelbusch: *Das Ende des Instituts für Sozialforschung*, in: Ders., *Intellektuellendämmerung. Zur Lage der Frankfurter Intelligenz in den zwanziger Jahren*, Frankfurt/M. 1983, S. 94 ff., insbesondere 101 ff.

hungen zu führenden Vertretern der SPD verfügte und *als Forscher* deren Wertschätzung genoß, gelang es ihm nicht, den SPD-Vorstand zum Verkauf des Marx-Engels-Nachlasses an das MEI zu bewegen.

Dieses Vorhaben paßt übrigens in die hier skizzierte Vorgeschichte, ist jedoch bislang nur indirekt zu belegen. Erstens hatte Lenin am 2. Februar 1921 bei Rjazanov angefragt: »Könnten wir nicht bei den Scheidemann und Co. die Briefe von Marx und Engels *k a u f e n* (das ist doch eine so käufliche Bande)? oder Fotokopien kaufen?«<sup>27</sup> Zweitens erinnerte sich, den Ausführungen von Migdal zufolge, Heinz Langerhans, damals Stipendiat des IfS, fünfzig Jahre später, daß Rjazanov »zunächst versuchte, den Nachlaß (...) zu kaufen. Da aber die SPD damals antikommunistisch und antisowjetisch eingestellt war, sagte sie ›Nein‹ zu dem Vorhaben. Doch fand man schließlich zu einem Kompromiß, als die SPD sich dazu bereit erklärte, dem Moskauer Institut wenigstens photographische Kopien der im Vorwärts-Archiv befindlichen Marx-Engels-Dokumente und Bücher aus der Privatbibliothek von Karl Marx zu überlassen. Daß man von sozialdemokratischer Seite aus das Frankfurter Institut als Vermittler für das geplante Unternehmen und die Durchführung des Kopierens akzeptierte, begründete Langerhans damit, daß das Institut nicht auf eine moskautreue Linie festgelegt gewesen sei. ›Die Sozialdemokraten sagten sich, im Institut gibt's Trotzlisten, da gibt es Brandler-Anhänger, auch Sozialdemokraten usw., und daher war man bereit, die von Marx hinterlassenen Bücher dorthin zu schicken, nicht aber, sie dem Moskauer Marx-Engels-Institut auszuleihen.«<sup>28</sup>

Soweit die magere Überlieferung. Wenn der Autor also meint, aus dem von ihm benützten Aktenbestand im RGA ergebe sich, bei Einbeziehung der im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG) vorhandenen zwei Mappen aus dem alten SPD-Archiv, »ein klares Bild von den Arbeitsbeziehungen des SPD-Parteivorstandes zum IfS und MEI bis 1930« (S. 33), so trifft das schon nicht auf die hier angesprochene Problematik zu (die er vielleicht auch deshalb nicht erwähnt hat); noch weniger auf die später zu erörternden ›Beziehungsprobleme‹ zwischen MEI und SPD-Vorstand.

In den hier skizzierten Kontext ist also das zeitweilige Interesse des MEI am IfS beziehungsweise an dessen Trägerverein, die Frankfurter Gesellschaft für Sozialforschung (GfS), zu stellen. Überdies ist festzuhalten, daß sich aus allem, was bislang an Quellen bekannt geworden ist, mit ziemlicher Sicherheit ergibt, daß Intention und Gründung des Frankfurter Instituts unmittelbar nichts mit den Plänen zu einer MEGA zu tun hatten.<sup>29</sup> Rjazanov wird erst durch die Möglichkeit einer Berufung seines älteren und von ihm hoch geschätzten Freundes Grünberg zum Institutsdirektor auf die Idee gekommen sein, das Institut für seine Pläne zu nutzen.

Drei Dinge mußten zusammenkommen, um in langwierigen Verhandlungen den SPD-Vorstand und insbesondere Eduard Bernstein zu bewegen, einer Verfilmung aller im SPD-Archiv vorhandenen Teile des Marx-Engels-Nachlasses durch Beauftragte der zu diesem Zweck von GfS und MEI gemeinsam gegründeten Marx-Engels-Archiv-Verlagsgesellschaft (MEAV) und deren originalsprachige Edition in der durch die MEAV verlegten MEGA zuzustimmen: Die



wissenschaftliche Reputation Grünbergs, die Verankerung des Instituts an der Universität und die nach außen hin völlig unabhängige Stellung seiner privaten Stifter.

### *Zu den Aufgaben des IFS*

Mußte Rjazanov in einem Vortrag an der Sozialistischen Akademie Moskau im November 1923 noch konstatieren, »daß ich auf Grund eines Vertrages mit Bernstein lediglich das Recht habe, die Manuskripte« (von Marx und Engels) »russisch zu veröffentlichen. Was die Originalveröffentlichung anbetrifft, so wird darüber noch besonders verhandelt werden müssen«, so konnte Grünberg als Herausgeber der deutschen Übersetzung des Vortrags ihr die Fußnote hinzufügen: »Während des Druckes haben zwischen dem Marx-Engels-Institut in Moskau und der Gesellschaft für Sozialforschung e. V. in Frankfurt/M. einerseits und dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands andererseits Verhandlungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß ein gemeinnütziger wissenschaftlicher Verlag in Frankfurt/M. gegründet wurde, der – unter Ausnützung der im Archiv der S.D.P. [sic!] in Berlin vorhandenen Manuskripte – eine Gesamtausgabe der Schriften von Marx und Engels in etwa 40 Bänden herausbringen wird.«<sup>30</sup> Schon die für das Jahr 1924 ausgewählten Dokumente belegen völlig eindeutig, daß Grünberg als Direktor des IFS, Weil als Geschäftsführer der GfS und Pollock als erster Geschäftsführer der MEAV Voraussetzungen, ganz und gar unabdingbare Voraussetzungen, für die Erarbeitung der MEGA geschaffen haben (so auch S. 117).

Natürlich wußten Grünberg und Weil (und sicherlich auch Pollock) sehr genau um ihre Vermittlungsfunktion in diesem Geschäft. So bat Grünberg Rjazanov am 16. Juni 1925, »... sich stillzuhalten, bis Sie sich des ganzen Materials aus dem Archiv der SPD bemächtigt haben. Denn die Leute, die dort die erste Geige spielen, sind sehr empfindlich, mißtrauisch und sicherlich auch etwas mißgünstig. Da die Fotografierungen rasch fortschreiten, so wird ja wohl der Zeitpunkt ihrer Beendigung nahe sein« (S. 220). Noch deutlicher war Weil, als er sich am 14. Mai 1925 über Rjazanovs Vorgehen bei dessen Stellvertreter, Ernst Czóbel, »*Strikt privatim!*« beschwerte und unter anderem meinte: »Statt mit den Angriffen gegen SPD[-]Vorstand und G. Mayer« (den Engels-Biographen Gustav Mayer) »zu warten, bis wir alles haben und die Kerle nicht mehr brauchen, stößt er sie vorher vor den Kopf und nimmt einem übel, wenn man ihn warnt« (S. 218).

Schon etwas früher, am 2. Februar 1925, hatte Grünberg an Mayer glasklar und eisenhart geschrieben, ihm erscheine »die von Rjasanoff unternommene Aufgabe so außerordentlich wichtig ..., daß auch berechnete persönliche Befindlichkeit hinter der sachlichen Notwendigkeit ihrer Förderung zurücktreten sollte. Nur in dieser Hinsicht habe ich Ihre Zustimmung zu einem etwaigen Schritt bei Herrn Kommerzienrat Engels, der nun wohl von meiner Seite aus jedenfalls unterbleiben wird, erbeten. Ich selbst habe lediglich um der Förderung von Rjasanoffs Arbeit willen, an der ich sonst in gar keiner Art mitleidend oder verantwortlich beteiligt bin, ziemlich Mühe auf mich genommen, doch das hält ein jeder, wie er mag« (S. 207).

12 Bei Pollock genügt keinesfalls der Teilnachlaß, der dem Horkheimer-Nachlaß inkorporiert worden ist; auch der andere Teil, gelagert im Cattedra di Filosofia della Politica der Universität Florenz wäre zu sichten. In dem in Warschau gelagerten Teil des Grossmann-Nachlasses (Archivum Polskiej Akademii Nauk, III-55) ist (nach Auskunft des Grossmann-Biographen Jürgen Scheele) nichts zur damaligen Zusammenarbeit mit dem MEI überliefert; ein anderer Teil scheint allerdings verloren. Weil schrieb zum Zeitpunkt seines Todes (1973 in Dover, Delaware, USA) an Erinnerungen; ob ein Nachlaß von ihm überliefert ist, ob einer von Wittfogel – kein Wort dazu. Ebenso findet sich kein Wort zur Hoover Institution on War, Revolution and Peace (Stanford, Kalifornien, USA), die mit Sicherheit über Bestände zum Thema verfügt, zum Beispiel die Nikolayevsky Papers, vielleicht auch andere, zum Beispiel die in Stanford liegenden Teile der Korrespondenz von Weil usw.

13 Es mag sein, daß Finanzzwänge, denen nicht institutionell eingebundene Forschungen zur Geschichte in diesem Lande allzuoft unterworfen sind, unabdingbare Archivrecherchen beziehungsweise verhindert haben. Aber erstens hätte der Autor dies gegebenenfalls ausdrücklich feststellen müssen, und zweitens hätte er gerade aus den zu seinem Untersuchungsobjekt überlieferten Quellen ersehen können, daß bestimmte Projekte ohne eine entsprechende finanzielle Grundlage eben nicht durchgeführt werden können.

14 Vgl. Fritz Brupbacher: 60 Jahre Ketzler. Ich log so wenig wie möglich. Selbstbiographie, Zürich 1973, S. 183f.

15 Vgl. Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, (Hamburg 1924), Bd. II, S. 940f.

16 Vgl. Maja D. Dvorkina: Zum Erwerb der Bibliotheken von Mauthner, Pappenheim und Grünberg durch Rjazanov, in: BzMEF-NF, Sb. 1, S. 42 ff.

17 Zu den näheren Umständen vgl. Wladislaw Hedeler: Vorbemerkung [zu der Erklärung Rjazanovs zum Umgang mit Dokumenten aus dem Marx-Nachlaß], in: BzMEF-NF, Sb. 1, S. 250 ff.

18 Zitiert nach der Übersetzung, in: ebenda, S. 254.

19 Zitiert nach der Übersetzung, in: ebenda, S. 256.

20 Im Auszug abgedruckt in Siegfried Bahne: Zur Geschichte der ersten Marx/Engels-Gesamtausgabe, in: Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'aman zum 70. Geburtstag (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Bd. 29), Trier 1983, S. 164 (Anmerkung 3).

21 Im Auszug abgedruckt ebenda, S. 159 f.

22 Vgl. Götz Langkau: Marx-Gesamtausgabe – dringendes Parteiinteresse oder dekorativer Zweck? Ein Wiener Editionsplan zum 30. Todestag, Briefe und Briefauszüge, in: International Review of Social History, 28(1983)1, S. 105 ff.

Grünberg betont hier ausdrücklich, daß er an der MEGA *in gar keiner Art mitleidend oder verantwortlich beteiligt* sei, und in dem ganzen Band findet sich kein Dokument, in dem er etwas anderes formuliert hat. In dem Brief scheint jedoch eine weitere Funktion der Frankfurter im Rahmen der MEGA auf, das Beschaffen von in Deutschland, aber nicht im SPD-Archiv vorhandenen Originalmaterialien beziehungsweise das Kopieren derselben. Sie wurden in einer Vielzahl staatlicher und städtischer Archive gefunden, aber auch in Institutions- und Familienarchiven sowie vielfach in persönlichen Nachlässen und Privatbesitz.<sup>31</sup> Soweit das IfS oder von ihm Beauftragte einbezogen waren, liefert der Band zu diesem Tätigkeitsbereich neue Dokumente, die unsere Kenntnis über die genaueren Zusammenhänge erweitern.

Wie das IfS war die MEAV nicht nur für das Geschäft mit der SPD vonnöten. Rjazanov war sich offenbar völlig im klaren darüber, daß eine originalsprachige Gesamtausgabe aller von Marx und Engels verfaßten Texte in keinem anderen Land der Welt als in Deutschland erscheinen könne, und dafür benötigte er die MEAV.<sup>32</sup> Die zunächst gewählte Konstruktion (der Verlag saß in Frankfurt, die ›Herstellungsabteilung‹ des wohl von Rjazanov ausgewählten, aber bei der MEAV angestellten Julian Gumperz in Berlin und die Druckerei J. B. Hirschfeld in Leipzig) erwies sich allerdings schon bald als kompliziert und ineffektiv (vgl. S. 46 ff. und 235). Ein Glücksfall für den Fortgang des Projekts war daher die Anstellung von Hans Jäger (zum 1. April 1925), der – nach der Trennung von Gumperz – die ›Herstellungsabteilung‹ übernahm und von 1928 bis 1933 den ganzen Verlag leitete, das erste Jahr noch in Frankfurt, dann in Berlin<sup>33</sup>; außer den ersten Bänden der MEGA erschienen in dem Verlag noch Band I und II vom *Marx-Engels-Archiv*.

Das Projekt, späterhin Schriftenreihen durch IfS und MEI gemeinsam herauszugeben<sup>34</sup>, ist wohl nur von Rjazanov ernsthaft erwogen worden. Sein am 13. Februar 1925 Grünberg mitgeteilter Vorschlag, beide Archive, das *Marx-Engels-Archiv* und das *Grünberg-Archiv*, »zu vereinigen« und »als gemeinsame Zeitschrift« des IfS und des MEI »fortzuführen, wobei wir beide als Herausgeber figurieren würden« (S. 211), hatte bei diesem offenbar keine Resonanz gefunden. Ganz anders reagierte Grünberg auf den Vorschlag, er möge doch an einer Serie *Monumenta socialismi historica* mitarbeiten (vgl. die in seinem Brief vom 1. September 1925, S. 240 ff., angestellten Erwägungen). Für die Realisierung dieses Vorschlags erhielt Rjazanov aber erst im Oktober 1927 die Zustimmung von seiten der sowjetischen Regierung (vgl. seinen Brief an Grünberg vom 30. November 1927). Daraufhin versicherte ihm Grünberg am 19. Januar 1928 (also einen Tag vor dem sein aktives Leben beendenden Schlaganfall), »daß ich meinerseits alle meine Kraft, über die ich noch verfüge, in den Dienst Ihres neuen (oder richtig[er] alten) Unternehmens stellen will« (S. 377). Da aber war es zu spät; ein Projekt im Sinne der Vereinbarung von 1924 ist nie realisiert worden.

Genau umgekehrt lagen die Dinge bei der Gewinnung wissenschaftlich qualifizierten Personals für die in Moskau auszuführenden Editionsarbeiten. Sie war zwar in der Vereinbarung vom August 1924 nicht fixiert, aber schon im Dezember 1924 reiste der Biologe



Julius Schaxel nach Moskau, um dort im MEI zu arbeiten.<sup>35</sup> Ihm folgten im Herbst 1925 der Mathematiker Emil J. Gumbel<sup>36</sup> und im Dezember insgesamt sechs jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, bis Oktober 1926 sowie im Herbst 1927 je zwei weitere<sup>37</sup>. Mindestens zwei im Sommer 1927 vom IfS, also von Grünberg, Empfohlene wurden vom MEI, also von Rjazanov, nicht akzeptiert. Manche der Akzeptierten kehrten, in Absprache (zum Beispiel Gumbel) oder ohne (zum Beispiel Hilde Oppenheim), nach einiger Zeit aus Moskau zurück (vgl. S. 55).

Weder aus den publizierten Dokumenten noch aus der Einleitung wird ersichtlich, ob mit den im Dezember 1925 in Moskau Eingetroffenen der Bedarf Rjazanovs fürs erste gedeckt war (sie mußten ja auch erst einmal eingearbeitet werden), aber daß nach Oktober 1926 nur noch so wenige über das IfS Vermittelte im MEI zu arbeiten begannen, lag mit Sicherheit auch daran, daß das Verhältnis der beiden Institute (nicht aber das ihrer Direktoren!) Störungen unterlag, die aus jenen vielfältigen Auseinandersetzungen um die Edition und Herstellung des ersten Bandes der MEGA resultierten, in welche die in dem Band versammelten Dokumente etliche Einblicke gewähren, zu deren Verständnis aber meines Erachtens vonnöten ist, die tatsächlichen Akteure und ihre Charaktere zu kennen.

Die Dimension des Unternehmens MEGA erforderte im Grunde die Fixierung von verbindlichen Editionsgrundsätzen. Das war eine für Rjazanov völlig ungewohnte Aufgabenstellung, denn er hatte seine editorischen Arbeiten zuvor entweder im Dienste anderer geleistet – so etwa bei der Arbeit an der Jubiläumsausgabe von *Die Frau und der Sozialismus* von August Bebel oder an der Edition des *Marx-Engels-Briefwechsels* durch Bebel und Bernstein<sup>38</sup> – oder er hatte seine Vorstellungen als Herausgeber von einzelnen beziehungsweise gesammelten Schriften von Marx und Engels<sup>39</sup> selbständig entwickeln, sie beständig revidieren und überdenken und schließlich selber realisieren können<sup>40</sup>. Vielleicht dachte er, auf diese Weise auch die MEGA bewältigen zu können, mit Hilfskräften zwar, aber doch derart unter seiner Leitung, daß er das Gesamtkonzept nicht vorab und schriftlich zu fixieren, sich also nicht ändern gegenüber festzulegen gehabt hätte. Hinsichtlich des Verhaltens von Rjazanov zum IfS ist dabei allerdings ganz klar zu unterscheiden zwischen Grünberg und dessen Mitarbeitern.

Grünberg und Rjazanov behandelten sich völlig gleichberechtigt, wobei der Ältere dem Jüngeren durchaus unverblümt seine Meinung schrieb, zum Beispiel am 1. September 1925: »Was in Kissingen zwischen uns besprochen worden ist, war zu fragmentarisch und bedarf näherer punktwiser Fixierung. Sie wissen, ich bin ein Mann der Autorität (wie ja Sie, lieber Freund, auch). (...) Und ein für alle Mal möchte ich festgehalten wissen, daß diese Details direkt zwischen uns beiden und ohne Vermittlung anderer fixiert werden. Sonst gibt es endlose Wirren und Mißverständnisse, damit auch Energievergeudung – ja sogar nachher zwischen uns Reibungen, was unter keinen Umständen sein darf, da mir an unseren freundschaftlichen Beziehungen und an deren Ungetrübttheit unendlich viel liegt« (S. 240).<sup>41</sup> Dieses Anliegen war ein beiderseitiges. Hatte Rjazanov am 16. Februar 1926 nur kurz angefragt: »Kann ich darauf rechnen,

23 Vgl. auch den Brief von Braun an Kautsky vom 18. Januar 1925, im Auszug abgedruckt bei Bahne: a. a. O., S. 162.

24 Vgl. Vjatscheslav V. Krylov: D. B. Rjazanov und B. I. Nikolaevskij, in: BzMEF-NF, Sb. 1, S. 50 ff.

25 Vgl. Ljudmila L. Vasina: I. I. Rubin – Marxforscher und Politökonom, in: BzMEF-NF, Jg. 1994, S. 144 ff.

26 Vgl. Jakov G. Rokitjanskij: Das tragische Schicksal von David Borisovič Rjazanov, in: BzMEF-NF, Jg. 1993, S. 8.

27 W. I. Lenin: Briefe, Berlin 1970, Bd. VII, S. 65.

28 Migdal: a. a. O., S. 106. Zu den Institutsmitgliedern und ihrem politischen Hintergrund siehe zusammenfassend Michael Buckmiller: Die »Marxistische Arbeitswoche« von 1923 und die Gründung des »Instituts für Sozialforschung«, in: Grand Hotel Abgrund, a. a. O., S. 145 ff.; dort auch der Ausschnitt aus einer zeitgenössischen Fotografie Weils (die im besprochenen Band, S. 37, ist aus sehr viel späterer Zeit).

29 Die Vermutung von Migdal (a. a. O., S. 39), der Stifter des Instituts, Hermann Weil, habe sich durch die MEGA ukrainische Getreideexporte sichern wollen, erscheint mir jedenfalls ziemlich phantastisch; sie ist auch nicht belegt.

30 Vgl. D. Rjasanoff: Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels, in: Grünberg-Archiv, Leipzig 1925, Jg. 11, S. 399 und 400 (Anmerkung 2).

31 Vgl. die Übersicht bei Franz Schiller: Das Marx-Engels-Institut in Moskau, in: Grünberg-Archiv, Leipzig 1930, Jg. 15, S. 428 f.

32 Ersteres sahen übrigens, Jahrzehnte später, die Verantwortlichen für die MEGA II (1975-1990) und die MEGA II (ab 1990) nicht anders.

33 Da zu Jäger, außer seinem Sterbejahr (1975), in dem Band keine über das Jahr 1933 hinausgehenden Daten mitgeteilt werden, sei wenigstens erwähnt, was bei Gabriele Stammberger: Gut angekommen – Moskau. Das Exil der Gabriele Stammberger 1932-1954. Erinnerungen und Dokumente, Berlin 1999, im Register annotiert ist: »Emigration nach Prag. Lehnt bei Aufenthalt in Moskau die Übernahme des Marx-Engels-Verlages in Leningrad ab. 1935 Austritt und Parteiausschluß durch die Kommintern. 1939 über Polen, Kopenhagen nach London.«

34 So vorgesehen in Punkt (5) der Vereinbarung zwischen GfS und MEI von 1924. Der Text der Vereinbarung ist ediert in BzMEF-NF, Sb. 1, S. 48 f.

35 Vgl. Anneliese Griese/Gerd Pawelzig: Friedrich Engels' »Dialektik der Natur«: eine vergleichende Studie zur Editionsgeschichte, in: MEGA-Studien, Berlin, (1995)1, S. 39 f.

36 Vgl. Annette Vogt: Emil Julius Gumbel (1891-1966): der erste Herausgeber der mathematischen Manuskripte von Karl Marx, in: MEGA-Studien, Berlin, (1995)2, S. 26 ff.

daß Sie sich in nächster Zeit an die Herausgabe (Einleitung und Anmerkungen) der ›Lage‹ machen können?« (S. 267), so formulierte er zehn Wochen später, am 26. April 1926, und offenbar in Unkenntnis, daß Grünberg lange krank gewesen war, sehr vorsichtig: »Ich habe durch meinen Vorschlag betr. Edition der ›Lage‹ von Engels nur den Plan weiter angegriffen [recte: aufgegriffen], den wir im vorigen Sommer gemeinsam faßten. Ich glaubte annehmen zu dürfen, daß Sie damals zugestimmt und seitdem Ihr Vorhaben nicht geändert haben. Die Bearbeitung der ›Lage‹ wäre bei Ihnen in den allerbesten Händen und Sie würden mir durch Ihr endgültiges Jawort eine große Sorge abnehmen« (S. 269).

Alle anderen an dem Projekt Beteiligten jedoch wurden von Rjanzanov als zwar mehr oder minder begabt beziehungsweise nützlich, letztlich aber doch als ›kleine Jungs‹ behandelt. Wie so viele große Geister hatte auch er seine – milde formuliert – unangenehmen Seiten, war Diktator, Choleriker und Diva zugleich.<sup>42</sup> Sie nahmen ihm nichts von seiner Größe und Bedeutung und änderten nichts an der Tatsache, daß ihm auf seinem Fachgebiet keiner auch nur das Wasser reichen konnte, aber sie machten ein gemeinsames Arbeiten nicht gerade einfach. Wie Grünberg am 28. Februar 1927 im Zusammenhang mit Hans Stein (der nunmehr als auswärtiger Mitarbeiter ins Auge gefaßt war)<sup>43</sup> sehr freundschaftlich an Rjanzanov schrieb: »Immerhin glaube ich jedoch, daß er in der Tat ein geeigneter Assistent wäre und bei unser beider autoritärer (oder, wie andere behaupten, tyrannischer) Natur werden wir ihn ja doch keineswegs ohne Instruktionen lassen; es wird nur darauf ankommen, daß wir beide uns über diese Instruktionen einigen« (S. 329).

Weil war wohl derjenige in Frankfurt, der sich am meisten erregte über den »Cäsarenwahnsinn« Rjanzanovs (so seine Formulierung, S. 297, im Brief an Czóbel vom 31. August 1926). Rolf Wiggershaus zitiert im ersten Kapitel seiner Geschichte der Frankfurter Schule, im Abschnitt »Der Millionärssohn Felix Weil gründet ein Institut für Marxismus in der Hoffnung, es eines Tages einem siegreichen deutschen Rätestaat übergeben zu können«, die von Weil 1973 getroffene Selbstcharakterisierung, er sei »Salonbolschewist« gewesen, und meint, dieser wäre »weder ein richtiger Unternehmer noch ein richtiger Wissenschaftler noch ein Künstler, sondern ein linker Mäzen und wissenschaftlicher Gelegenheitsarbeiter« gewesen.<sup>44</sup> Diese (Selbst)Bewertungen klingen ziemlich despektierlich, mindern jedoch keineswegs Weils Verdienste um das Zustandekommen der ersten MEGA, stellen sie aber in den historischen richtigen Kontext und machen verständlich, warum das Verhältnis von zwei so grundverschiedenen Diven – Weil, junger Salonbolschewist (Jg. 1898) und wissenschaftlicher Gelegenheitsarbeiter, auf der einen und Rjanzanov, alter Revolutionär (Jg. 1870) und akribischer Wissenschaftler, auf der andern Seite – unter keinem guten Stern stehen konnte.

Während Grünberg, wie zitiert, sich an der Arbeit »in gar keiner Art mitleidend oder verantwortlich beteilig[en]« wollte und in der Lage war, »auch berechnete persönliche Befindlichkeit hinter der sachlichen Notwendigkeit ... zurücktreten« zu lassen, sah Weil das ganz anders. Hatte der Sohn des Stifters sich vor der Gründung des IfS dahingehend »geäußert, daß er im besten Einvernehmen mit dem

zukünftigen Direktor auf die Entwicklung des Instituts den ihm gut scheinenden Einfluß auszuüben wünsche, ohne jedoch offiziell an der wissenschaftlichen Leitung des Instituts beteiligt zu sein<sup>45</sup>, so hegte er wohl ähnliche Erwartungen gegenüber dem MEI. In seinem Brief an Czóbel vom 5. August 1926 lesen wir, er werde »darauf bestehen müssen, daß der Tatsache, daß wir an der Verantwortung für die [ME]GA in den Augen der Öffentlichkeit und daneben auch tatsächlich ein großes Stück mittragen, in unseren zukünftigen Beziehungen stärker Rechnung getragen wird als bisher, wo man dortseits [in Moskau] etwas zu der Ansicht neigt, daß es eine Gnade ist, daß wir unsere Zeit und Kraft dem IME zur Verfügung stellen dürfen« (S. 279).

Zwar können wir rückblickend feststellen, daß Weil das in Moskau (übrigens durchgängig bis 1990) dem Ausland gegenüber praktizierte Verhalten völlig richtig diagnostiziert hatte, aber trotzdem war er damit in einer nicht nur Rjazanov gegenüber hoffnungslos unterlegenen Position. Das von ihm inkriminierte Verhalten war in Moskau allgemein üblich geworden, seitdem es sich einerseits weiterhin als Zentrum der (ausgebliebenen) Weltrevolution sah und andererseits sich deshalb ab 1920 ein ›Sowjet-Patriotismus‹ und die Ideologie eines ›Sowjet-Vaterlandes‹ zu entwickeln begannen.

Weil konstatierte in einem Brief an Czóbel vom 5. September 1925, »daß der Alte trotz seines Gebrülls sachlichen Erwägungen doch in größerem Maße zugänglich ist, als ich selbst für möglich gehalten hätte« (S. 244) – aber das war in Frankfurt gewesen. Nach seiner Moskau-Reise im Oktober 1926 dagegen schrieb er demselben am 5. Januar 1927: »Als ich vom IME zurückkehrte, hatte ich vom dortigen Betrieb so sehr die Nase voll und hatte mich das reizende Benehmen unseres Freundes David Borissowitsch so entzückt, daß es mir zunächst überhaupt nicht möglich war, in dieser Stimmung an das IME zu denken oder irgend etwas für es zu arbeiten oder Ihnen offiziell oder privat zu schreiben; ich war wie gelähmt, litt an einer richtigen Abulie« (S. 315); typisch auch die Selbstüberschätzung (im selben Brief): »Ich werde immer skeptischer, ob ich meine Zeit nicht wirklich besser verwenden kann als für die Arbeiten für das IME[,] und nur die Überzeugung, daß, wenn ich den Kram hinschmeiße, noch weniger und bestimmt sehr viel schlechteres geschehen wird als bisher, veranlaßt mich, auszuharren« (S. 319).

Das alles mindert aber in keiner Weise den sachlichen Gehalt vieler seiner, zuweilen beißend-ironischen Kritiken, zum Beispiel jener vom 5. August 1926 (wieder an Czóbel), »daß das IME beim Erteilen von Instruktionen sich offenbar oft nicht darüber klar ist, was es eigentlich will. Nachdem das IME in dieser Beziehung in letzter Zeit etwas zu viel ›Rin in die Kartoffeln‹, ›Raus aus den Kartoffeln‹ Orders gegeben hat, habe ich Jäger veranlaßt, sich mit der Ausführung der Instruktionen nicht mehr so zu beeilen, sondern, um unnütze Arbeit und Kosten zu vermeiden, abzuwarten, ob der nächste Brief die Anweisungen nicht widerruft oder abändert, und so seine westlich-kapitalistische, exakte und prompte Arbeitsweise etwas mehr dem russisch-revolutionären *Sitchas* anzupassen« (S. 284 – wobei *Sitchas* für das russische *seĭčas* steht, zu deutsch: ›gleich‹ – gleich, aber nicht sofort.).

37 Valerie Kropp-Löffler (vgl. S. 56) scheint dagegen nicht zu den über das IfS Vermittelten gehört zu haben.

38 Vgl. die entsprechenden Danksagungen von Bebel beziehungsweise Bebel und Bernstein, abgedruckt in August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bearbeitet von A. Beske und E. Müller, München 1997, Bd. 10.2, S. 232, und Bd. 8.2, S. 633.

39 In Deutschland siehe insbesondere Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1852 bis 1862, hrsg. von N. Rjasanoff, Stuttgart 1917, Bd. I-II.

40 Vgl. auch Jürgen Rojahn: Aus der Frühzeit der Marx-Engels-Forschung: Rjazanovs Studien in den Jahren 1907-1917 im Licht seiner Briefwechsel im IISG, in: MEGA-Studien, Berlin, (1996)1, S. 3 ff.

41 Ob die mitten im Wort abbrechende Unterstreichung in der Handschrift vom Absender oder vom Adressaten stammt, ist aus der Edition leider nicht zu ersehen.

42 Vgl. zum Beispiel die sehr liebevolle Beschreibung von Anna B. Zaks: Erinnerungen einer Museumsmitarbeiterin an Rjazanov, in: BzMEF-NF, Sb. 1, S. 33, auch die ganz abfällige von Hugo Huppert: Einmal Moskau und zurück. Stationen meines Lebens. Autobiographie, Halle/Leipzig 1987, S. 298 f., oder die letztlich doch freundliche von Gustav Mayer: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, Zürich 1949, S. 354.

43 Vgl. Rolf Hecker: Hans Stein – wissenschaftlicher Mitarbeiter und Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts (1925-1929). Teil I-II, in: BzMEF-NF, Jg. 1993, S. 17 ff., und 1994, S. 150 ff.

44 Wiggershaus: a. a. O., S. 19 und 23.

45 So Migdal: a. a. O., S. 41 (mit Bezug auf ein Schreiben vom 18. März 1923).

46 Der zweite Halbband und weitere vier unter Rjazanov edierte Bände erschienen erst 1929/30 und ohne Mitwirkung des IfS.

Was hier zu Weil kurz skizziert, gilt mehr oder minder auch für die Debatte über die Editionsgrundsätze des Bandes I.1 der MEGA. Sie wird in dem Band dokumentiert und in der Einleitung, unter Hinzuziehung des im IISG Amsterdam liegenden Nachlasses Hans Stein, kommentiert (vgl. S. 75 ff.). Diese Diskussionen erreichten ihren Höhepunkt, als Weil bei seinem Moskauer Aufenthalt im Oktober 1926, gemeinsam mit dem Archivleiter und sechs der seit Dezember 1925 an das MEI Vermittelten, einen »kollektive[n] ›Generalangriff‹« auf die bislang nie schriftlich fixierten Editionsgrundsätze startete und Rjazanov sich auf keinerlei Diskussion einließ (vgl. S. 82 f.), so daß es in der Folgezeit in erster, zweiter und dritter Linie einen einzigen Editionsgrundsatz gab, und das war die jeweilige Auffassung Rjazanovs. Die Konstellation war also klar und zumindest für all die, die im Ausland nicht nur für, sondern an der MEGA arbeiteten, höchst unbefriedigend.

Ganz in diesem Sinne schrieb Weil am 8. Juni 1927 an Czóbel, daß »es doch ganz zwecklos ist, irgend etwas mit ihm [Rjazanov] zu besprechen, da ich keinerlei Vertrauen mehr zu Vereinbarungen mit ihm habe«, und weiter, »daß ich nichts tun werde, um Ihnen [dem MEI] Leute zu verschaffen. (...) Ich werde natürlich nicht dagegen arbeiten, aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich Leuten, die mich um Auskunft fragen, zureden soll, nach Moskau unter diesen Verhältnissen zu gehen, wobei ich nicht die materiellen Bedingungen meine ..., sondern die übrigen« (S. 349 f.). Das war deutlich, und den nächsten Brief in Sachen Personal schrieb Czóbel denn auch, sechs Wochen später, an Pollock (vgl. S. 351 f.).

Damit wohl begann sich anzubahnen, was als ›Scheidung‹ von IfS und MEI bezeichnet werden kann. All das, was dem Erscheinen von Halbband I.1.1. (Ende Juli 1927)<sup>46</sup> folgte, nahm mehr und mehr den Charakter ordentlicher Geschäftsbeziehungen beziehungsweise ihrer ordnungsgemäßen Abwicklung an. Wann letztere begann, ist aus den Dokumenten nicht ersichtlich, *vielleicht*, wie in der Einleitung (vgl. S. 112) vermutet, schon im November 1927, *vielleicht* durch Grünbergs Schlaganfall (20. Januar 1928) beschleunigt – jedenfalls nahm sie im Frühjahr 1928 Gestalt an. Weil schrieb Rjazanov am 19. April 1928 außerordentlich kühl, er habe »durch Pollock erfahren«, »daß Sie unsere Mitarbeit beim Verlag nicht mehr wünschen« (S. 383). Dieser antwortete am 25. April und bat ihn, »die ›Scheidung‹ – nicht Scheidungsprozeß! – nicht brieflich [zu] erledigen, sondern bis zum Sommer [zu] warten, wo ich und vielleicht auch Gen. Czóbel in Deutschland uns aufhalten werden« (S. 384). Daher erfolgte die Vertragsauflösung (mit Wirkung zum 1. Oktober 1928) erst Mitte August (S. 133 f.). Was in der Korrespondenz bis Februar 1929 noch folgte, betraf die üblichen Nachwehen, also Beglaubigungen, Regelungen für nachträglich aufgetauchte Finanz- und Steuerfragen usw.

Ob auch die Beteiligten ihr Wirken rückblickend unter der Überschrift *erfolgreiche Kooperation* abgehandelt hätten, ist durchaus zweifelhaft. Zwar fand keineswegs eine *erfolgreiche* Kooperation statt, vielmehr wurden wesentliche Voraussetzungen für den Fortgang der MEGA geschaffen: die MEAV war voll arbeitsfähig und ein erster Halbband der MEGA publiziert; das MEI wurde mit qualifiziertem Personal versorgt; der Marx-Engels-Nachlaß war zum



größten Teil verfilmt und dem MEI zugegangen. Aber vielleicht ging es bei all dem gar nicht um eine Kooperation, sondern um ein für die MEGA erfolgreiches Dienstleistungsverhältnis, dessen Führung stets beim MEI gelegen hat. Daher trifft Grünbergs oben zitierte Formulierung »Förderung von Rjasanoffs Arbeit« (S. 207) den Sachverhalt wohl am besten, und in diesem Sinne ist festzustellen, daß das IfS unter Grünbergs Leitung jene ausländische Einrichtung war, die für die Förderung der Arbeit an der MEGA am meisten getan, die wichtigsten und die besten Förderbeiträge geliefert hat.

#### *Zu den Beziehungen zwischen MEI und SPD*

Das IfS konnte diese Arbeiten für die MEGA nur leisten, weil GfS und MEAV mit dem damals für das Archiv zuständigen SPD-Vorstandsmitglied Adolf Braun entsprechende Verhandlungen erfolgreich zum Abschluß gebracht hatten.<sup>47</sup> Rjasanov war schon vor Beginn der Verhandlungen nach Moskau zurückgekehrt und hätte, aus den von Langerhans erinnerten Gründen, sowieso nicht als Verhandlungspartner agieren können, sondern lediglich im Hintergrund. Deshalb ist, auch im Hinblick auf künftige Entwicklungen nochmals zu unterstreichen, daß keiner der Verträge über das Kopieren des Marx-Engels-Nachlasses von einem Mitarbeiter des MEI abgeschlossen worden war. Es waren samt und sonders Vertreter deutscher Einrichtungen, die die Verträge abschlossen; *vertragliche* Beziehungen zwischen MEI und SPD gab es also zu diesem Zeitpunkt nicht, sondern nur *persönliche*, auf die ja auch Rjasanov (in seinem Brief an den *Bol'shevik*) angespielt hatte.

Verlauf und Ergebnis dieser Verhandlungen werden vom Autor im großen und ganzen korrekt dargestellt (S. 33 ff.). Aber einige sechzig Seiten später geht er ausführlich auf die 1929 von SPD-Vorstand und Bernstein in die Welt gesetzten Behauptungen über einen ›ganz anderen‹ Verlauf und ein ›ganz anderes‹ Ergebnis ein und bewertet diese Versuche nachträglicher Geschichtsklitterung sehr nachsichtig: Man »ließ einige Tatsachen ... unberücksichtigt«, »stimmte es nicht ganz« usw. (S. 109). Da der Vorgang in das Jahr 1929 fällt, also nach der ›Scheidung‹ von IfS und MEI stattfand, hätte ihn der Autor in einer auf die Jahre 1924 bis 1928 beschränkten Untersuchung überhaupt nicht behandeln müssen oder, um einer korrekten Darstellung willen, bei der Betrachtung der Verhandlungen von 1924 in einer Anmerkung erwähnen können.

Zunächst aber fällt das Bemühen des Autors auf, den Vorgang so darzustellen, als ob er noch in die Zeit der ›Kooperation‹ von IfS und MEI fiel. Erst findet »der Abbruch der Kopierarbeiten für das MEI im SPD-Archiv« statt (Kapitel 11), dann »die ›Scheidung‹ ...« (Kapitel 12). Der historische Verlauf war genau umgekehrt, die ›Scheidung‹ war im August 1928 vollzogen, der Abbruch begann faktisch im November, als nämlich Johann (Jonny) Hinrichsen, der Leiter des SPD-Archivs, Nikolaevskij mitteilen mußte, »daß der Vorstand beschlossen habe, dem MEI keinerlei Dokumente mehr zur Fotokopierung zur Verfügung zu stellen« (so die Wiedergabe auf S. 93).<sup>48</sup> Und wenn er, wie oben zitiert, meint, aus der Aktenüberlieferung ergebe sich »ein klares Bild von den Arbeitsbeziehungen des SPD-Parteivorstandes zum IfS und MEI bis 1930« (S. 33), so ist genau dies

47 Vgl. die Briefe von Braun an Weil vom 28. November 1924 und an die MEAV vom 21. Dezember 1924, der erste abgedruckt in diesem Band (S. 178 f.), der zweite bei Bahne: a. a. O., S. 160 ff. Offenbar begnügten sich beide Seiten mit sogenannten Briefverträgen, jedenfalls sind formelle Verträge nicht überliefert.

48 Gerade in diesem Zusammenhang, aber auch bei manch anderem Brief, ist nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien vollständig abgedruckte und nur zu zitierende Dokumente ausgewählt worden sind. Manche Briefe scheinen, nach dem Zitierten zu urteilen, wesentlich interessanter als manch andere, deren Abdruck zwar viele Seiten umfaßt, die aber kaum Informationen zum Thema enthalten.

nicht der Fall, denn bislang ist nicht einmal der betreffende Beschluß des Parteivorstandes aufgefunden worden. Vor allem aber ist der vom Autor gewählte Terminus *Arbeitsbeziehungen* dahingehend zu überprüfen, ob er geeignet ist, das Verhältnis von SPD-Vorstand und MEI in seiner Entwicklung bis Sommer 1930 zu charakterisieren.

In den Jahren nach 1924 mußte die SPD zähneknirschend mit ansehen, wie die Beauftragten der MEAV den Marx-Engels-Nachlaß mehr oder minder komplett verfilmten. Dabei war vereinbart, daß je zwei Aufnahmen, eine für die MEAV und eine weitere (kostenlos) für das SPD-Archiv, gefertigt werden (vgl. S. 192). Die Erstkopie wanderte natürlich nach Moskau, das war ja der Sinn der Angelegenheit, der keiner der beteiligten Seiten verborgen geblieben war. Ebenso war allen Beteiligten klar, daß jene, die formell als Beauftragte der MEAV im Archiv arbeiteten, ihre Aufträge inhaltlich vom MEI erhielten. Um nur ein, auch in anderer Hinsicht sehr instruktives Beispiel zu nennen: Als Czóbel in Moskau feststellen mußte, daß die Aufnahmen zum Manuskript 1861 bis 1863 des *Kapitals* »durchwegs [sic!] nicht zum Entziffern geeignet sind«, teilte er dem in Deutschland weilenden Rjazanov am 12. September 1925 mit, sie würden Nikolaevskij mit der Neuverfilmung beauftragen, wobei er hinzufügte: »Selbstverständlich«(!) »lassen wir nur *eine* Aufnahme verfertigen, und *unsere*« (unbrauchbare) »können wir dann dem SPD-Archiv übergeben« (S. 249 f.). Ob dann so verfahren wurde, ist aus den Dokumenten nicht ersichtlich, aber allein die Absicht bezeugt das ›wunderbare‹ Verhältnis des MEI zur SPD.

Hinzu kam, daß Rjazanov hinsichtlich der Verfilmung der im SPD-Archiv vorhandenen Bestände verständlicherweise unersättlich war – frei nach dem Motto ›was wir haben, haben wir, und was wir (noch) kriegen, wissen wir nicht‹. Dabei hat er zweifellos den Bogen überspannt. Bezugnehmend auf ein Verzeichnis von 125 zu verfilmenden Briefen, von denen eine Reihe mit der MEGA »nichts zu tun haben, wie zum Beispiel Briefe Axelrod[s] an Motteler«, stellte Adolf Braun am 5. Januar 1927 Nikolaevskij gegenüber zunächst klar: »Wir haben in loyalster Weise der Verpflichtung nachgelebt, die Archivalien, die in eine Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels zum Druck befördert werden sollen, für diese Ausgabe zur Verfügung zu stellen«, erklärte aber dann: »... es fällt uns doch nicht ein, diejenigen Herrn Rjazanoff politisch nahestehenden Kreise in ihren geschmacklosen Behauptungen zu unterstützen, daß das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands doch wertlos sei gegenüber den Schätzen des Marx-Engels-Archivs in Moskau. Wenn die Herren Bolschewisten so ungeschickt sind, zu erklären, es habe doch gar keinen Zweck, zu sozialistisch-geschichtlichen Studien das Parteiarchiv der S.P.D. aufzusuchen, alles was dort sei, besitze doch das Marx-Engels-Archiv in Moskau, so dürfen Sie uns doch nicht für so kindisch halten, daß wir unsere wissenschaftlichen Schätze restlos nach Moskau abspringen lassen. Ich bin deshalb nicht in der Lage« (S. 320 f.) usw.

Nach den veröffentlichten Quellen zu urteilen, folgte auf diesen Brief fast zwei Jahre lang nichts, was darauf hingedeutet hätte, daß das SPD-Archiv nicht mehr für Kopierarbeiten zur Verfügung stehen würde. Zwar erinnerte sich Rjazanov am 14. März 1929 in einem



Brief an Wilhelm Dittmann: »Vor anderthalb Jahren begannen sich jedoch Wolken zu sammeln und unsere Wünsche und Anforderungen trafen auf immer größere und größere Schwierigkeiten – Hilferding weiß darüber Bescheid – ...« (S. 401), aber das ist auch der einzige Hinweis, und er dürfte sich auf die von Braun zwei Jahre zuvor verfügte Einschränkung beziehen, nicht auf das Kopieren des Marx-Engels-Nachlasses selbst. Als Ende Dezember 1927 eine neue Archivbenutzungsordnung in Kraft trat, wonach außer Parteimitgliedern nur vom Parteivorstand empfohlenen Personen der Zutritt gestattet war, hatte das selbstredend keinen Einfluß auf die Kopierarbeiten, da sie ja seit Jahr und Tag vertraglich vereinbart waren; die Formulierung des Autors »noch keinen Einfluß« (S. 93) führt daher in die Irre.

Selbst im September 1928 deutete nichts auf ein bevorstehendes Versiegen der Quelle hin, denn just da besprachen Czóbel und Hinrichsen, »wie nach der Auflösung des MEAV-Gesellschaftsvertrags künftig Kopierarbeiten aus dem SPD-Archiv in Berlin realisiert werden könnten«, und »am 3. November traf das erste Paket mit Kopien in Moskau ein« (S. 94 f.).<sup>49</sup> Damit waren nach der ›Scheidung‹ von IfS und MEI nicht nur unmittelbare Beziehungen zwischen MEI und SPD-Archiv hergestellt, sie schienen auch bestens zu funktionieren. Kein Wunder, daß man in Moskau aus allen Wolken fiel, als Nikolaevskij am 4. November 1928 mitteilte, der SPD-Vorstand habe beschlossen, dem MEI keine Dokumente mehr zum Kopieren zur Verfügung zu stellen. Aber, im Nachhinein betrachtet, entbehrte die ganze Entwicklung ab Sommer 1928 nicht einer gewissen Logik.

Die Logik der Ereignisse war *vermutlich* die folgende: Zunächst war durch die ›Scheidung‹ am 14. August, wie in dem notariellen Akt formuliert, das MEI zum 1. Oktober die *alleinige* Gesellschafterin der MEAV geworden, die MEAV damit als Teil des MEI ein sowjet-russisches Unternehmen auf deutschem Boden (vgl. S. 392 f.); ob Rjazanov sich bei seinem ›Scheidungsersuchen‹ über diese Tatsache und ihre Folgen im Klaren gewesen ist, kann nur stark bezweifelt werden, denn dafür oder dagegen sprechende Unterlagen sind bislang nicht aufgefunden worden. Jedenfalls gab es Anfang September, als Czóbel mit Hinrichsen sprach, eine Übergangssituation, in der sich der SPD-Vorstand, wenn sie ihm denn bewußt war, in keiner Weise bewegen konnte oder wollte. Würde er jegliche Vereinbarung mit dem MEI verweigern, so bestünde die Gefahr, daß das MEI den *status quo ante* wiederherzustellen suchte; würde er eine vertragliche Vereinbarung mit dem MEI treffen, könnte er sie bei passender Gelegenheit nicht so einfach für null und nichtig erklären. Also konnte Czóbel seine – für den SPD-Vorstand völlig unverbindlichen – Abmachungen mit Hinrichsen treffen. Dieser gab, wie der Autor vermerkt, ab Anfang Oktober »die zur Kopierung bestimmten Dokumente ohne die Vermittlung von Nikolaevskij direkt in diese Werkstatt, die die Kopien dem MEI in Rechnung stellte« (S. 95). Und vielleicht bemerkte man im SPD-Vorstand auch erst anhand der Rechnungen die vollständig veränderte Situation und handelte ihr entsprechend, und zwar hinter dem Rücken von Hinrichsen, der erst im nachhinein informiert und offenbar in einem solchen Maße um Schadensbegrenzung bemüht war, daß der SPD-Vorstand ihm schließlich untersagte, »selbst die mehr oder weniger ›privat‹ ge-

49 Da die Einführung thematisch weit über das hinausgeht, was an Dokumenten ediert ist, kann ich mich hinsichtlich der Korrespondenz von Czóbel mit Nikolaevskij und Hinrichsen aus dieser Zeit nur auf das von Hecker daraus Zitierte beziehen.

fürte Korrespondenz mit Czóbel« fortzuführen; nur noch über Nikolaevskij konnte er ihm die »besten Grüße und Wünsche für ... ferneres Wohlergehn« übermitteln (vgl. das Zitat aus Nikolaevskijs Brief an Czóbel vom 23. November 1929 auf S. 108).

Für die hier *vermutete* Logik spricht auch die Diktion des Briefes, den Dittmann, als Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage Rjazanovs, am 20. März 1929 geschrieben hatte: »Sie wundern sich über den Beschluß. Sollten Sie sich nicht eigentlich darüber wundern, daß nicht von Anfang an diese Haltung eingenommen worden ist? Ihr Institut ist eine Einrichtung Ihrer, der russischen Kommunistischen Partei – nichts anderes – unser Archiv ist eine Einrichtung unserer Partei.« Abschließend forderte er gleiche Behandlung beider Seiten: »Wir waren bisher die allein Gebenden, Sie die Nehmenden. Solche Beziehungen, wie Sie sie zu unserem Archiv wünschen, erfordern *gegenseitiges* Entgegenkommen und vor allem *gegenseitige* Gleichstellung« (S. 98 f.). Niemals hätte Dittmann zuvor Gleichstellung in den Beziehungen zwischen den beiden Parteieinrichtungen verlangen können, denn solche Beziehungen gab es bis dahin überhaupt nicht. 1924 hatte sich der SPD-Vorstand – zum großen Leidwesen gar nicht weniger, vielleicht auch zur Verwunderung vieler – auf Verträge mit der (deutschen) GfS und mit einer deutsch-sowjetischen Firma, der MEAV, eingelassen, aus denen er, wenn überhaupt, nicht ohne großen Skandal hätte aussteigen können. Und diese Situation hatte sich im Sommer 1928 infolge der ›Scheidung‹ vollständig verändert.

Nun konnte man sich des belastenden Vorwurfs entledigen, man unterstütze, wie Braun gegenüber Nikolaevskij formuliert hatte, »in übertrieben liberaler Weise die Arbeit einer sowjetistischen [sic!] Institution« (S. 320). Für Dittmann, der im März 1928, zwei Monate vor Brauns Tod, der Verantwortliche für das Archiv im Parteivorstand geworden war, dürfte dies doppelt befriedigend gewesen sein, hatte er doch im Januar 1925 im Parteivorstand gegen die von Braun geschlossenen Verträge gestimmt.<sup>50</sup> Wenn er 1952 sich zu erinnern glaubte, das Kopierverbot sei 1930 auf Antrag von Hilferding und Hermann Müller erlassen worden, um »einer völligen ideellen Ausplünderung des Archivs vorzubeugen«<sup>51</sup>, so spricht alles dagegen – der genannte Verbotstermin ist falsch, ausgerechnet Hilferding (der 1925 für die Verträge gestimmt hatte) wird genannt und zum eigenen Verhalten nichts gesagt, schließlich ähnelt die erinnerte Diktion der Begründung mehr der von Braun für die von ihm im Januar 1927 ausgesprochene Einschränkung.

Ob unter diesen Umständen für den SPD-Vorstand, wie vom Autor (S. 30 ff.) vermutet, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Komintern im August 1928, der *nochmals* beträchtlich verschärfte Kurs gegen den ›Sozialfaschismus‹ eine Rolle gespielt haben, ist sehr fraglich. Zum einen liefert er für diese Behauptung keinen einzigen Quellenbeleg<sup>52</sup>, zum andern benannte schon der Bericht der Exekutive an den V. Weltkongreß *Die Sozialdemokratie als Flügel des Faschismus*<sup>53</sup>. Das war am 19. Juni 1924, neun Wochen vor der entscheidenden Unterredung Rjazanovs mit Weil, sechs Monate vor dem Abschluß der Verhandlungen Weils mit Braun.

50 Vgl. den Brief von Braun an Kautsky vom 18. Januar 1925, im Auszug abgedruckt bei Bahne: a. a. O., S. 162.

51 Eine Kopie von Dittmanns Brief vom 26. März 1952 an Maximilian Rubel aus dem SPD-Archiv zitiert Paul Mayer: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und des Marx-Engels-Nachlasses, in: Archiv für Sozialgeschichte, Hannover 1967, Bd. 6/7, S. 72.

52 Ebensowenig Krylov: a. a. O., S. 53.

53 Protokoll: a. a. O., Bd. I, S. 67; Berichterstatte war der damalige Vorsitzende des Exekutivkomitees der Komintern, Grigorij E. Zinov'ev (Sinowjew).

Natürlich kann ich nicht behaupten, daß meine *Vermutungen* über die dem Beschluß des SPD-Vorstandes zugrunde liegenden Motive zutreffend sein müssen, denn sie ergeben sich aus einer *Interpretation* der mir zur Verfügung stehenden Quellen. Da kaum zu erwarten ist, daß die verloren gegangenen Teile des SPD-Archivs noch auftauchen werden – auch das ist nicht sicher, denn die Archive Rußlands werden noch manche Überraschung parat haben –, wäre an anderer Stelle zu suchen. Daß in Moskau entsprechende Quellen dazu vorhanden waren, dessen bin ich mir sicher, ob sie es heute noch sind, natürlich nicht. Aber vielleicht liegen sie ja, noch unerkannt, im Politbüro-Archiv oder, als Anlage zu Konfidentenberichten aus Berlin, verfaßt für die entsprechenden ›Organe‹ der Komintern (OMS), der Roten Armee (GRU) und des Sowjetstaates (GPU/OGPU), in den Archiven der ›Nachfolgeeinrichtungen‹. All das wäre nach Möglichkeit zu überprüfen, zu sichten, zu vergleichen und zu kommentieren. Aber ein solcher Gedanke hat dem Autor offenbar ganz fern gelegen, er meinte, seine Einführung auf ein paar naheliegende Aktenbestände im RGA (sowie im IISG) basieren zu können.

#### *Zur ›politischen Einbindung‹ der MEGA*

Auch im Abschnitt »Die Einbindung des MEI in die Beschlüsse der russischen kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale« (vgl. S. 26 ff.) ist nur das an Beschlüssen aufgelistet, was im Fonds 374 des RGA selbst vorhanden ist, also ist offenbar nicht einmal versucht worden, das Politbüro-Archiv oder das Komintern-Archiv zu konsultieren. Von den 22 aufgelisteten Beschlüssen wurden zehn vor den im Sommer 1924 von MEI und IfS getroffenen Vereinbarungen gefaßt und zehn nach der ›Scheidung‹, sind also für den Untersuchungszeitraum selbst mehr oder minder irrelevant. Von den restlichen zwei(!) ist die Empfehlung des Orgbüros des ZK der KPR, die *Letopisi marksizma* einzustellen, von Rjazanov erst gar nicht realisiert worden.<sup>54</sup> Dagegen war die »Resolution über die Aufgaben des MEI ...« das Resultat der spätestens im September 1925 einsetzenden Bemühungen und auf ausdrücklichen Vorschlag von Rjazanov selbst(!) beschlossen worden (vgl. seine oben zitierten Briefe an Grünberg vom 1. September 1925 und 30. November 1927). Es ist also völlig verfehlt, ausgerechnet diesen Beschluß als Beleg für »Widerstände Stalins und anderer Politbürokraten« anzuführen, »gegen die sich Rjazanov z. T. mit Kompromissen in der Edition durchsetzen mußte« (S. 89 sowie Anmerkung 255). Mag die Formel von »der politischen Einbindung des MEI in das System« (S. 26) auch ganz dem heute herrschenden Zeitgeist entsprechen, sie ist für die Jahre 1924 bis 1928 durch keine der vom Autor beigebrachten Quellen belegt.

Wenn er in diesem Zusammenhang als weiteren Beleg anführt, daß Rjazanov sich im Oktober 1927 (also im Vorfeld des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution) »vor der ›sowjetischen Öffentlichkeit‹ zu rechtfertigen [hatte], daß die Herausgabe der Werke von Marx und Engels zu langsam erfolge« (S. 29), so ist das eine sehr merkwürdige Bewertung des Vorgangs. Nicht nur teilte der Herausgeber Rjazanov hier das Schicksal aller, weltweit aller, die jemals für eine historisch-kritische Edition verantwortlich gewesen sind (sie haben den Auftraggebern stets zu lange gedauert), sondern in diesem Falle hatte er die Vorwürfe in exakt bestimmbarem Maße selbst verschuldet. Zu genanntem Anlaß

54 Wieder findet sich in der Einführung an ganz anderer Stelle (vgl. S. 62 f.) der Beleg dafür; vgl. auch das Stenogramm des von Rjazanov im Herbst 1930 gehaltenen Referats über die Aufgaben des MEI 1930/31, in: BzMEF-NF, Sb. 1, S. 123.

55 Vgl. Protokoll: a. a. O., Bd. II, S. 940 f.

56 Zu dieser Problematik siehe neuerdings Werner Mittenzwei: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000*, Leipzig 2001, S. 9 ff., insbesondere seine Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieu, S. 14 ff.

57 Vgl. die kritischen Erwägungen zur Frankfurter Schule bei Jay: a. a. O., S. 56.

58 So (im Juli 1956) Bertolt Brecht: *Der Zar hat mit ihnen gesprochen*, in: *Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Berlin/Weimar/Frankfurt a.M. 1993, Bd. 15, S. 300.

59 Vgl. hierzu aber die unterschiedlichen Positionen von Rokitjanskij: *Rjazanovs Eintreten für Gerechtigkeit und gegen staatliche Willkür*, in: *BzMEF-NF*, Sb. 1, S. 165 ff., und von Anatolij A. Černobaev: *Rjazanov und Pokrovskij – Schicksale der revolutionären Intelligenz*, in: *BzMEF-NF*, Sb. 1, S. 208.

60 Vgl. Rokitjanskij: *Das tragische Schicksal ...*, a. a. O., S. 8.

61 Vgl. den gleichnamigen Aufsatz von Rokitjanskij in: *BzMEF-NF*, Sb. 1, S. 165 ff.

62 Vgl. seine Rede auf der Präsidiumssitzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees des Rates der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten am 3. August 1922; Übersetzung in dem Sammelband *David Rjasanow – Marx-Engels-Forscher, Humanist, Dissident*, hrsg. von V. Külou und A. Jaroslawski, Berlin 1993, S. 80 ff.

lag nicht einmal ein ganzer Band vor, sondern nur ein halber, obgleich doch im ersten Prospekt der MEGA, gedruckt im September 1925, schon für 1925/26 das Erscheinen des ganzen Bandes, außerdem des *Anti-Dührings*, angekündigt worden war, darüber hinaus, daß jährlich vier bis sechs Bände erscheinen würden. Wohl nicht nur aus Sicht der Auftraggeber war von dem Angekündigten so gut wie nichts realisiert – kann ihnen da vorgeworfen werden, daß sie eine Erklärung verlangten? Rjazanov hatte auf dem V. Weltkongreß der Komintern überdies nicht nur die Herausgabe der MEGA angekündigt, sondern auch die ausgewählte Werke »für das Proletariat einzelner Länder«, und für diese Arbeiten die Unterstützung aller der Komintern angehörenden Parteien eingefordert<sup>55</sup> – da ist doch wohl einleuchtend, daß die um Unterstützung Gebetenen wenigstens die für ihre unmittelbaren Zwecke wichtigen »Volksausgaben« haben wollten und vier Jahre später, auf dem VI. Weltkongreß, einen entsprechenden Antrag einbrachten (vgl. S. 31 f.). Im übrigen benennt der Autor selbst die Verzögerungen bei der MEGA, allerdings später und an ganz anderer Stelle (vgl. S. 75).

Diese ganze Passage ist im Geiste jenes »akademischen« Marxismus geschrieben, der, aus Angst benutzt zu werden, sich weigert, sich nützlich zu machen, der sich weigert, zu dienen, aus Angst, in Dienst genommen zu werden.<sup>56</sup> Die Angst vor dieser Gratwanderung – das ist sie zweifelsohne – mag aus falsch verarbeiteten Erfahrungen des Autors resultieren, Rjazanov hatte keine Angst davor, auch nicht Grünberg.<sup>57</sup>

#### *Zur Verhaftung Rjazanovs und ihren Folgen*

Damit komme ich zum Schlußpunkt dieses mißglückten Versuchs einer Gesamtdarstellung, der im Grunde für den Autor insofern den Ausgangspunkt bildet, als er sie auf diesen Schluß hin angelegt und geschrieben hat, die Verhaftung Rjazanovs als Anfang vom Ende der MEGA. Richtig ist sicherlich, daß Rjazanov »Kopf und Herz des MEGA-Projekts« (S. 118) gewesen ist. Mit seiner Verhaftung im Februar 1931, seiner Absetzung als Institutsdirektor und seiner Verbannung waren der MEGA Kopf und Herz genommen; alles Nachfolgende war bestenfalls Bemühung, trotzdem noch solide Arbeit zu leisten. Aber so wenig die MEGA ohne Rjazanov zu denken war, so sehr war Rjazanov ohne die MEGA zu denken, denn er war viel mehr als der Spiritus rector der MEGA. Und so war auch nicht die MEGA das Problem, das Stalin Ende 1930 beschäftigte – das wäre zu viel der Ehre, denn »der verdiente Mörder des Volkes«<sup>58</sup> konnte diese Originaltexte ja überhaupt nicht lesen –, sondern Rjazanov war das Problem.

Es wäre sicher falsch, Rjazanov jener Staatsordnung, die nach der Oktoberrevolution entstanden war, und der Kommunistischen Partei, deren einflußreiches Mitglied er war, entgegenzustellen<sup>59</sup>, aber er hat in beiden nie sein selbständiges Denken und Handeln aufgegeben. Mag es auch etwas überspitzt formuliert sein, daß Stalin ihm schon bald nach der Berufung zum Generalsekretär der Partei, Ende 1922, »jegliche politische Tätigkeit« verbot – immerhin gab dieser erst danach aus Protest sein Abgeordnetenmandat zurück, höhere Parteifunktionen werden ihm »verboten« gewesen sein<sup>60</sup> –, aber hundert- und tausendfach belegt ist sein »Eintreten für Gerechtigkeit und gegen staatliche Willkür«<sup>61</sup>. So hatte er sich zum Beispiel schon 1922 nicht gescheut, gegen eine Direktive Lenins polemisierend, die Aufhebung von Todesurteilen zu verlangen.<sup>62</sup>

Zudem war Rjazanov zu keinerlei Verbeugungen vor dem ›Genie‹ Stalins bereit, im Gegenteil. Legendär ist sein auf einer Tagung an Stalin (Koba) halb belustigt, halb unwillig gerichteter Zuruf: »Halt ein, Koba, blamiere dich nicht! Jeder weiß, daß die Theorie nicht dein Feld ist.«<sup>63</sup> Ja, wenn er »irgendwo, und sei es nur mit wenigen Worten, zu verstehen gegeben hätte, daß Marx und Engels nur die Vorläufer Stalins waren«, wäre wohl ›alles gut‹ gewesen, aber genau das hat er nicht getan.<sup>64</sup>

Jedoch, ausschlaggebend für die ›Ausschaltung‹ Rjazanovs gerade zu diesem Zeitpunkt war etwas ganz anderes. Nach der Ausschaltung der ›Rechten‹ aus dem Politbüro (Bucharin wurde ausgeschlossen, Rykov und Tomskij erhielten eine ›ernste Verwarnung‹) hatte Stalin seit November 1929 in der Partei auf dieser höchsten Ebene keine Gegner mehr und Rjazanov ebenda seinen letzten Freund und Verbündeten (Bucharin) verloren. Nach dem Vorspiel des ›Schachty-Prozesses‹ gegen ›bürgerliche Spezialisten‹ (im Juni 1928) ließ Stalin im Herbst 1930 die Prozesse gegen die ›Industriepartei‹ und die ›Partei der werktätigen Bauern‹ inszenieren, gegen Parteien also, die eigens erfunden wurden, um durch ihre ›Liquidierung‹ die Durchsetzung des 1929 begonnenen Perelom (Umschwung) in Sowjetstaat und -gesellschaft zu demonstrieren. Als nächstes nun sollte der ›Menschewistenzentrale‹ der Prozeß gemacht werden. Den Erinnerungen von Victor Serge zufolge hatte Rjazanov im Vorfeld des seit Monaten für März 1931 geplanten Schauprozesses angedroht, dessen Charakter aufzudecken und dadurch das Politbüro zu kompromittieren. Für den Wahrheitsgehalt dieser Erinnerung spricht nicht nur seine ganze Biographie, sondern auch die Tatsache, daß in dem Prozeß Mitarbeiter seines eigenen Instituts (wie zum Beispiel Rubin) angeklagt werden sollten. Rjazanov wußte sehr genau um die Situation, denn als Stalin ihn nach dem Verbleib angeblich im MEI aufbewahrter Dokumente der Menschewiki fragte, antwortete er scharf: »Die werden Sie nirgends finden, wenn Sie sie nicht selbst mitbringen!«<sup>65</sup> Rokitjanskij meint: »Stalin maß dem Prozeß außerordentliche Bedeutung bei und fabrizierte mit Hilfe der OGPU eine Anklage gegen den Parteidissidenten, seine Unabhängigkeit im Denken wahren Wissenschaftler und Rechtsverteidiger.«<sup>66</sup>

In diesen Kontext also ist die ›Säuberung‹ des MEI und die allmählich Liquidierung der MEGA zu stellen. Sie waren bloß eine *Folge*, allerdings eine systemimmanente Folge der Verhaftung Rjazanovs: »Es ist nicht zufällig, daß Stalin gerade im Moment der ersten Verhaftung Rjazanovs beginnt, gegen die in der UdSSR sich entwickelnde Grundlagenforschung vorzugehen. Stalin brauchte keinen Marxismus, er brauchte auch keine Grundlagenforschung.«<sup>67</sup>

Demgegenüber behauptet der Autor zwar immerfort, Stalin habe beständig danach getrachtet, die MEGA unter seine Fuchtel zu bringen, bringt aber für diese seine Behauptung keinen einzigen Quellenbeleg. Seiner Meinung nach »geriet er [Rjazanov] bei der ersten Gelegenheit in die Fänge des NKWD – Stalin selbst ordnete seine Verhaftung und Ausschaltung als Institutsdirektor an« (S. 118). Das klingt zwar ungemünzt antistalinistisch, reflektiert aber eine im Grunde sehr naive Vorstellung von den damaligen Verhältnissen und ist Wort für Wort falsch.

63 Vgl. Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 377.

64 Leo Trotzki: In Sachen des Genossen Rjasanow, zitiert nach der Übersetzung in David Rjasanow – Marx-Engels-Forscher ..., a. a. O., S. 237.

65 Vgl. Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941, Hamburg 1967, S. 282.

66 Rokitjanskij: Rjasanovs Eintreten ..., a. a. O., S. 173 f.

67 Nikita J. Kolpinskij: Rjasanov – Gelehrter, Wissenschaftsorganisator und Politiker, in: BzMEF-NF, Sb. 1, S. 185.



WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Es ist erstaunlich, wie es die Medien doch immer wieder schaffen, bestimmte Themen totzuschreiben, totzudebattieren – totzulabern, totlabern zu lassen. Ich kann zum Beispiel »Erfurt« inzwischen nicht mehr hören. Jetzt einmal abgesehen davon, daß es Amokläufer und die von ihnen angerichteten Verbrechen seit Menschengedenken gibt – also die von den meisten Medien behauptete Einmaligkeit des Geschehens nur eine die Auflagen pushende Fiktion darstellt –, ist auch die Heuchelei schier unerträglich. Eine Gesellschaft, die ihren Mitgliedern von Kindesbeinen an einzubleuen versucht, daß jeder seines eigenen Glückes – und Unglückes natürlich! – Schmied sei, eine Gesellschaft, deren erklärtes Ziel es ist, Solidarität durch »Eigenverantwortung« zu ersetzen, eine Gesellschaft, in der Leistung alles ist – ja, um Himmels Willen: Was wundert die sich über Aggressivität, über Verbrechen, über Gewalt? »Das Fernsehen ist schuld«?

Lachhaft. Man kann das alles natürlich auch weniger dröge formulieren. So, wie zum Beispiel Kurt Scheel in der *Tagesspiegel*-Rubrik *FERNSEHZIMMER*. Dort schrieb er unter anderem:

»Der Altmännerhass auf die Vergnügungen der Jugend ... ist zu moralisierender Höchstform aufgelaufen angesichts der Toten von Erfurt. Alle üblichen Verdächtigen, die die »Spaßgesellschaft« für den Niedergang der Menschheit verantwortlich machen, haben nun auch ihren Senf dazugegeben und das böse Fernsehen und das noch bössere Videospiel als Verderber der Jugend enttarnt. ... Und dann holt man einen dieser Medienexperten aus der Kiste, der sagt, was er seit dreißig Jahren sagt: Dass es einen Zusammenhang zwischen exzessivem TV-Sehen und Gewaltbereitschaft gibt beziehungsweise nicht gibt – aber das werde gerade in einer Langzeitstudie endgültig geklärt.«



Nun also werden die Waffenbesitzbestimmungen vermutlich verschärft werden. Dann darf erst ab 21 Amok gelaufen werden, oder wie? Auch *Spiegel*-Autor Gerhard Mauz beschäftigte sich in der gleichen *Tagespiegel*-Ausgabe in einer Gastkolumne damit und befand unter anderem: »Ein Vorfall ... zwingt zu der Frage, ob wir nicht auf dem falschen Weg sind, wenn wir uns auf das untere Ende der Altersskala konzentrieren. Lutz S., ein Architekt in Wahlstedt im Landkreis Segeberg in Schleswig-Holstein, musste wegen eines mehrfach versuchten Tötungsdeliktes in Untersuchungshaft genommen werden. Ein Polizeisprecher sagte, man sei haarscharf einer Katastrophe entkommen. 61 Jahre ist Lutz S. alt. ...« Mauz schlußfolgert: »Nicht nur, wer zwischen 18 und 21 Jahre alt ist, kann gefährdet sein.« Wem sagt er das.

Kommen wir zum fröhlichen Teil. Die rot-rote Koalition (was für eine Blasphemie, diese Farbenskala ...) in Berlin ist nun im Amte und wadet unverdrossen durch den Morast, den der eine Koalitionspartner Rot und im Verbunde mit seinem einstigen Kompagnon Schwarz ange richtet hat. Es läuft so, wie es zu erwarten war: Die PDS fällt beim Lampenputzen fast von der Leiter, denn wie man *Lampen putzt und dabei revoluzt* – das haben sie noch immer nicht gelernt. Zugegeben, so richtig revoluzzen wollen sie ja gar nicht, aber ein bißchen möchten sie schon. Wenn diese *UTOPIE kreativ*-Ausgabe erschienen ist, werden ihre Leser schon mehr wissen als der Verfasser dieser »Festplatte«, sie werden wissen, ob jene Senatoren, die PDS-Mitglieder sind, nun bei der Anti-Bush-Demonstration am 21. Mai (zu der auch die PDS aufgerufen hat!) zugegen waren oder nicht. Aber schon was sich zu diesem Thema im Vorfeld abspielte, war Politiksperei allererster Güte. An Peinlichkeit fast unübertroffen der Eiertanz von Sozialsenatorin Knake-Werner. Erst hatte sie vehement verkündet, sie lasse sich nicht von der Demonstration abhalten, dann aber hieß es, Wowereit habe seinen Mitregierern von der PDS sehr nahegelegt, die Demonstration zu meiden. Für das *Neue Deutschland* Grund genug, gut eine Woche vor dem Bush-Besuch die Senatorin, die sich zuvor für die Kundgebung aus dem Fenster gelehnt hatte, dazu zu befragen. Dieses Interview gehört in die Lehrpläne von Journalistenschulen, Fach: »Wie animiere ich Politiker zu Eiertänzen?« Mit die am schönsten peinliche Passage in dem Interview, das die Senatorin dem *Neuen Deutschland* gewährte, lautete:

»Ein Ja oder Nein zu Ihrer Teilnahme an der Demonstration ist nicht zu haben? (Antwort:) Es geht nicht darum, ob ich hingehe oder nicht, sondern darum, ob ich das Anliegen der Kundgebung richtig finde, für eine Welt zu demonstrieren, in der Krieg nicht zum *einzigsten* Mittel der Konfliktlösung erklärt wird.« (Hervorhebung W. S.)

Abgesehen davon, daß es schon das scheinbar zufällig-unauffällig daher kommende Wörtchen »einzigsten« in sich hat und durchaus einer Nachfrage wert wäre: Der Satz Heidi Knake-Werners gehört in gürdenen Lettern an eine Wand im Foyer des Karl-Liebknecht-Hauses geschrieben – zur Abschreckung. Oder als Beispiel für ungeahntes Schöpfertum: Denn wir können die Aussage auch so verstehen, daß Frau Knake-Werner sozusagen die Erfinderin virtueller Demos ist – es ist nicht wichtig, ob wir zu einer Demo hingehen, sondern was wir von ihr halten. Darauf muß man erst einmal kommen. »Dann ist er zu Haus geblieben/Und hat dort ein Buch geschrieben:/Nämlich wie man revoluzt/Und dabei noch Lampen putzt.« (Erich Mühsam)

Friedrich Thießen (Hrsg.):  
 Zwischen Plan und Pleite.  
 Erlebnisberichte aus der  
 Arbeitswelt der DDR,  
 Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien  
 2001, 342 S. (20,50 €)

Der Titel des Bandes ist alles andere als originell. Der Stabreim wurde seit 1990 häufig benutzt, um Siegesgefühle der Vertreter der Marktwirtschaft in Worte zu kleiden. Auch der Herausgeber und der für die Koordination der Erlebnisberichte verantwortliche Hans Fehring hatten die Absicht, den Sieg über den Kommunismus noch einmal auszukosten, als sie sich daran machten, ehemalige DDR-Bürger aus verschiedenen »Berufen und Hierarchiestufen vom Arzt bis zum Bankmanager, vom Fahrer bis zum Generaldirektor« darüber zu befragen, wie sie an Ort und Stelle die DDR-Wirtschaft erlebt haben. Was herausgekommen ist, charakterisieren sie als »eine derart schonungslose Abrechnung mit dem System der DDR«, von der nicht einmal sie sich vorstellen konnten, wie vernichtend sie ausfallen würde.

Thießen und Fehring hatten den Ehrgeiz, die 50 Erlebnisberichte zu einer Gesamtsicht auf die DDR-Wirtschaft zu verdichten. Deshalb verweisen sie anhand bestimmter Stichworte (zum Beispiel Planänderung, Manieralknappheit) jeweils auf weitere Berichte, in denen dieses Thema von einem anderen Zeitzeugen auch (mit)behandelt wird. Der Weg über die Zeitzeugenberichte sei die einzige Möglichkeit, die DDR-Wirtschaft wirklich zu erfassen, denn »Statistiken über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR sind wenig aussagekräftig. Zahlen wurden in großem Ausmaße gefälscht« (S. XI).

Aber: Sind Zeitzeugenaussagen, vorgenommen ein Jahrzehnt nach der Wende, wirklich fälschungssicher? Zumindest sind sie recht verschieden interpretierbar. Wie sie interpretiert werden sollten, hat Thießen auf den ersten 30 Seiten dargelegt. Anschließend kommen dann die Zeitzeugenberichte selbst. Und die Schlußfolgerungen, die ich gezogen habe, weichen doch deutlich von denen des Herausgebers ab. Da werden nicht nur schonungslos

Mängel aufgedeckt, wie man an vernünftiger Arbeit »durch das Planungssystem« gehindert wurde, neben bitteren Berichten finden sich mit Humor erzählte Episoden, wie man den Plan überlisten mußte, um ihn zu erfüllen, Berichte, die vom Stolz auf das in DDR-Zeiten geleistete ebenso zeugen wie von Gemeinschaftsgeist, gegenseitiger Hilfe auf der Arbeit, eben von einer »Anti-Ellenbogengesellschaft«. Es entsteht ein sehr vielfältiges, teilweise widersprüchliches Zeitbild der Entwicklung von Produktion, Handel und Bankwesen in der DDR. Wie Thießen und Fehring anhand dieser Berichte zu der Schlußfolgerung kommen, daß »das Buch zeigt, wie sich die Ergebnisse, letztlich also der Zusammenbruch der DDR, zwingend aus den Restriktionen ableiten«, ist mir nicht nachvollziehbar. Zumal ich weiß, daß die gescholtenen Statistiken – mit wenigen benannten Ausnahmen – einer 1990/91 vorgenommenen Überprüfung durch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden standgehalten haben (vgl. Erklärung des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Egon Hölder: DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit, Wiesbaden, 11. April 1991) und selbst die heikelste und zu DDR-Zeiten geheim gehaltene Statistik zur Auslandsverschuldung inzwischen aufgearbeitet ist (vgl. Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999).

Natürlich ist die Sammlung von Zeitzeugenberichten für die Erforschung der DDR-Wirtschafts- und Sozialgeschichte wertvoll und teilweise auch für das letzte Jahrzehnt der politischen Geschichte der zweiten deutschen Republik aussagekräftig.

Die Zeitzeugenberichte enthalten aber mehr, als Thießen und Fehring im Vorwort blicken lassen: Die Berichtersteller haben es sich in vielen Fällen nicht nehmen lassen, auch zu schildern, wie sie in Betrieb, Groß- und Einzelhandel, Bank und Versicherung die Wende erlebten. Und diese Zeit wird nicht weniger schonungslos einer Kritik unterzogen wie die Zeit davor. Wenig bekannt ist, was in den Betrieben in der Wende geschah. Die Auseinandersetzungen zwischen (neuen) Belegschaftsvertretungen und (alten) Werks- und Kombi-natsleitungen sind bisher kaum dokumentiert. Das Buch liefert einige interessante Beispiele. Was das Buch über die Zeit nach der »Wende

in der Wende« enthält über die Abwicklung von Betrieben und Institutionen (hier ist besonders Klaus Kolloch über die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität hervorzuheben), die Ankunft und die teilweise »großartigen« Entscheidungen der neuen Westmanager, das Geworfensein in die Arbeitslosigkeit, den Kampf mit der Treuhand um die Existenz und mit den Banken um Kredite für das Unternehmen ist die – gleichfalls – schonungslose Darstellung eines Aufbruchs, von dem sich schon anhand der Erlebnisse von 1990/93 sagen läßt, daß da etwas anderes herauskommen mußte als das, was Thießen und Fehringer vornweg so postulieren: Die DDR habe sich »in wenigen Jahren zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft gewandelt«.

Wenn vom Herausgeber auch zwanghaft versucht wird, die DDR schlechter und die neuen Bundesländer besser zu machen als sie waren beziehungsweise sind, besteht ihr Verdienst darin, daß sie die Leute haben berichten lassen. Für die Zeitzugeberberichte gilt nicht, was einer der als Zeitzugeber vorgesehenen Organisatoren der Befragung zur Antwort gab: »Nein, an Ihrem Buch mach ich nicht mit. Es ist nicht objektiv.«

JÖRG ROESLER

**Alexander Rüstow:**  
**Das Versagen**  
**des Wirtschaftsliberalismus;**  
 hrsg. von Frank P. Maier-Rigaud  
 und Gerhard Maier-Rigaud,  
 Metropolis-Verlag Marburg 2001,  
 352 S. (29,80 €)

Seit Jahrzehnten ist das Versagen der liberalen Wirtschaftstheorie und -politik in der Praxis unübersehbar. Trotzdem gehören die Hauptthesen des Wirtschaftsliberalismus bis heute zu den Grundüberzeugungen der Wirtschaftspolitik. Diese erstaunliche Resistenz der liberalen Orthodoxie gegenüber den wirtschaftlichen Fakten, den inzwischen eine ganz andere Sprache sprechenden ökonomischen Tatsachen gehört zu den bisher am wenigsten untersuchten, geschweige denn schlüssig interpretierten Phänomenen der Theorie- und Geistesge-

schichte. Sie läßt sich offensichtlich nur erklären mit einem »festgefügteten Vorverständnis« der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung, deren Wurzeln »jenseits wissenschaftlicher Ratio« liegen. Das heißt, das Beharrungsvermögen liberaler Grundsätze resultiert nicht aus ihrer Qualität als allgemeingültiger wissenschaftlicher Theorie, sondern aus ihrer Eigenschaft als *Heilslehre*.

Nun ist diese Kritik am Liberalismus und Neoliberalismus nicht neu. Erst vor kurzem verspottete Hans Christoph Binswanger die Ökonomenzunft deshalb als eine »Glaubensgemeinschaft«, die ihre Grundsätze nicht wissenschaftlich diskutiert, sondern als sakrosankte Überzeugungen apodiktisch vertritt (vgl. UTOPIE kreativ, Nr. 105 (1999): 90 ff). Alexander Rüstow geht in seinem, bereits vor 1945 verfaßten Buch dieser Frage nach und deckt in einer quellenbezogenen, gründlich recherchierten geistesgeschichtlichen Analyse die Ursprünge der Heilsgewißheit des Liberalismus auf. Die dabei zutage geförderten umfangreichen Belege reichen von antiken philosophischen Ansätzen, insbesondere bei Heraklit und den Philosophen der Stoa, über Zeugnisse christlichen theologischen Denkens bis hin zu den klassischen Texten der liberalen Ökonomie (Adam Smith, Frederic Bastiat, Jean-Baptiste Say, Hermann Heinrich Gossen, Thomas R. Malthus und anderen). Auch Karl Marx hat hier, sofern er die »naturgesetzliche Unentrinnbarkeit der Wirtschaftsgesetze« predigt, seinen Platz (vgl. S. 76 f.). Rüstow faßt alle diese Bekenntnisse im Sinne der Existenz einer gottgewollten Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft, worin die »unsichtbare Hand« die allgemeine Harmonie zwischen den auseinander strebenden Kräften immer wieder herstellt, sofern der Mensch in diesen Prozeß nur nicht eingreift, unter den schönen Begriff »Wirtschaftstheologie« zusammen. Ihm ist es auf diese Weise überzeugend gelungen, den Geist, respektive das innere Wesen des Wirtschaftsliberalismus als »Säkularisierung eines deistisch-stoischen Harmonieglaubens« aufzuzeigen. Die Rolle der Mathematik als Methode steht dazu nur scheinbar, in Wirklichkeit aber keineswegs im Widerspruch, wie schon Bofithius (480-525) wußte und woran uns Rüstow in einer Fußnote erinnert (vgl. S. 53).

Indem der Autor systematisch und beinahe erschöpfend die theologischen und anderen irrationalen Wurzeln der klassischen liberalen Theorie aufzeigt, liefert er das geistesgeschichtliche Fundament für die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit. Das Reizvolle dabei ist, daß dies mitnichten seine Absicht war, als er während des Zweiten Weltkriegs dieses Buch verfaßte. Sein Ziel war vielmehr zu zeigen, daß sich das Versagen des Wirtschaftsliberalismus vor dem Krieg aus dem Vorsehungsglauben und dem orthodoxen Festhalten an überlieferten Glaubenssätzen erklärt. Der von ihm als Lösung angesehene Eingriff des Staates in die Wirtschaft und deren Organisation als »soziale Marktwirtschaft« sei dadurch verbaut worden. Rüstow sah, wie auch Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack, in der Überwindung der Dogmen des Liberalismus einen Weg zur Rettung des Wirtschaftsmodells der Marktwirtschaft – bei Zurückdrängung seiner kapitalistischen Entartung.

In einem, dem Werk von Rüstow beigegeführten Essay (»Das neoliberale Projekt«) verdeutlichen die Herausgeber, daß auch der moderne Neoliberalismus den von Rüstow kritisierten sakrosankten Glaubens- und Harmonievorstellungen verhaftet ist. Da diese Vorstellungen inzwischen, nach mehr als zwei Jahrzehnten neoliberaler Politik, fast überall zum mainstream erklärt worden sind, steht man heute wieder vor einer ähnlichen Situation wie am Ende der zwanziger Jahre. Die Fakten widersprechen der Theorie, doch diese gilt als unangreifbar, so daß die Welt der Tatsachen als »falsch« angesehen wird. Dies gilt für die Arbeitslosigkeit, die es im neoliberalen Dogma nur als »freiwillige« gibt, ebenso wie für das Verhältnis von »Arm und Reich«, das allein aus Leistungsunterschieden erklärt wird. So blockiert auch heute wieder das neoliberale Denkmuster den Zugang zu einer problemadäquaten Wirtschaftstheorie und einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik. Statt hier zu einem Paradigmenwechsel zu kommen und die neoliberalen Grundsätze als das darzustellen, was sie sind, nämlich Glaubensartikel einer Heilslehre aus einer vergangenen Zeit, folgt man weiterhin diesen Grundsätzen und verliert dadurch wertvolle Zeit, um die Lösung der existentiellen Probleme der Menschheit anzu-

gehen. Warum das so ist, hat etwas mit politischen Machtstrukturen und ökonomischen Interessen zu tun. Insofern ist das Festhalten der Eliten am neoliberalen Konzept ideologisch bedingt: Kein anderes Konzept sichert ihnen so viel Einfluß, Macht und Einkommen wie das neoliberale Projekt. Zudem erscheint die mit Hilfe der Theorie derart herbeigeführte und stabilisierte Ordnung »gottgewollt«, was heute soviel wie »effizient« oder »einem Sachzwang folgend« heißt.

Die Überwindung des neoliberalen Konzepts, seine Kritik und Entblößung, stellt heute für den Übergang zu einer neuen, zukunftsfähigen Weltwirtschaftsordnung eine ebenso unverzichtbare Voraussetzung dar, wie einst, an der Schwelle der Neuzeit, die Kritik des Katholizismus die Bedingung war für die Etablierung einer neuen Ökonomie, Naturwissenschaft und Philosophie. Die von Frank und Gerhard Maier-Rigaud präsentierten Überlegungen und kritischen Einwände gegen die neoliberale Wirtschaftstheorie schärfen den Blick dafür, überzeugende und ausgereifte Lösungsansätze für die aufgestauten Probleme bieten sie jedoch auch nicht, bestenfalls Denkansätze.

ULRICH BUSCH

Christoph Jünke (Hrsg.):  
Am Beispiel Leo Koflers.  
Marxismus im 20. Jahrhundert,  
Verlag Westfälisches Dampfboot  
Münster 2001, 329 S. (32,00 €)

Das Werk des Sozialphilosophen Leo Kofler (1907-1995) ist heute weitgehend vergessen. Kofler, der häufig als »marxistischer Einzelgänger« bezeichnet wird, war schon zu Lebzeiten ein politischer Intellektueller, dessen politische Heimat stets zwischen den großen ideologischen Trennlinien der europäischen Linken lag. Vom Austromarxismus herkommend, kritisierte er den reformistischen Kurs der Sozialdemokratie ebenso wie den Stalinismus, vor dessen Schergen er 1950 aus der DDR floh. Zusammen mit Wolfgang Abendroth und Ernst Bloch gehört Kofler zu den wichtigsten Vertretern der linkssozialistischen Denktradition in der frühen Bundesrepublik.

Kofler hätte das Potential gehabt, ein geistiger »Ziehvater« der sich konstituierenden neuen Linken zu werden, doch blieb sein Einfluß aus verschiedensten Gründen begrenzt. Mit seiner Verwurzelung in der radikalen Arbeiterbewegung und einer an Georg Lukács orientierten Theoriebildung ragt Kofler heute wie ein Solitär aus der linken Theorielandschaft heraus.

Die meisten Beiträge des vorliegenden Sammelbandes sind aus einem wissenschaftlichen Kongreß der Bochumer Leo-Kofler-Gesellschaft hervorgegangen. In 16 Beiträgen wird versucht, über die Beschäftigung mit dem Werk Koflers zu einer Reflexion der Erfahrungen des Marxismus im 20. Jahrhundert zu gelangen. Der Band gliedert sich in vier Abschnitte. Im ersten Teil finden sich Analysen und Kommentare zur Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Der zweite Teil thematisiert das schwierige Verhältnis von Marxismus und Anthropologie. Der dritte Teil beinhaltet unterschiedliche Beiträge zu Themen der marxistischen Theorie. Im vierten Teil finden sich Beiträge zur sozialistischen Praxis und den sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, zu Koflers Antistalinismus, zu seiner Konzeption der Bildungspolitik und seinem Verhältnis zur neuen Linken.

Wolfgang F. Haug übernimmt die programmatische Einleitung und reflektiert über Erbe, Aufgaben und Aussichten einer marxistischen Renaissance. Er fordert, »historisch-kritisch das Erbe zu sichten und die Denkmittel auszuarbeiten, ohne die es keine Rehabilitation im Wortsinn der Neubefähigung und Repotenzierung marxistischer Theorie geben wird«. Dabei habe nicht eine rein zu haltende Lehre den Primat, sondern ein Projekt.

Als Koflers bedeutendster Beitrag zum »Projekt« kann seine Theorie über den Zusammenhang von Anthropologie und Marxismus gelten, die von Brakelmann anschaulich dargelegt wird. Ähnlich den Theoretikern der Frankfurter Schule beschäftigte sich Kofler mit dem Phänomen der Entfremdung und kritisierte die verdinglichten Lebens- und Bewußtseinsformen der kapitalistischen Gesellschaft. Er sah »im Bewusstsein des Menschen die Voraussetzung, die von ihm selbst gemachte Entfremdungs- und Unterdrückungsgeschichte in eine vom selben Menschen zu gestaltende Befreiungsgeschichte zu transformieren«.

Gerade hier haben der dialektische Ansatz und Koflers anthropologische Sichtweise ihre Sprengkraft bis heute bewahrt. Das gilt besonders für Koflers Ausführungen über Alltagsbewußtsein und Sozialpsychologie. Von daher bedauert es Krauss, daß bisher keine produktive Kommunikation zwischen Koflers kritisch-humanistischer Marxismusinterpretation und der subjektwissenschaftlichen Konzeption der Kritischen Psychologie zustande gekommen ist.

Koflers Ideologietheorie, die dem Alltagsbewußtsein eine hervorgehobene Rolle beimißt, widmet sich Werner Seppmann in seinem Beitrag »Was heißt heute ›herrschendes Denken‹?«. Ihm zufolge ist die Produktion machtkonformer Denkmuster nicht durch äußere Anordnung organisiert, sondern muß als integraler Bestandteil der Alltagspraxis begriffen werden: »Im Kontrast zur Idee des alten Materialismus vom Menschen als passivem, den ›objektiven‹ Strukturen unterworfenen Wesen, reflektiert die historisch-dialektische Wirklichkeitswissenschaft das Verhältnis des Menschen zur Welt als einen Prozess des tätigen und konstituierenden Verhaltens.«

Daneben ist auch Koflers Geschichtsauffassung und -methode bis heute von der Zunft nicht zur Kenntnis genommen worden. Anhand Koflers Buch *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* (1948) erläutert Brieler sehr kenntnisreich dessen Geschichtsauffassung. Koflers dialektisches Geschichtsmodell hatte im historischen Diskurs der Bundesrepublik schlicht keine Chance, obwohl gerade dadurch wertvolle Einsichten über die Entstehung bürgerlicher Bewußtseinsformen zu gewinnen waren.

Insgesamt wird mit dem Sammelband keine Heroisierung Koflers betrieben. Er zeugt vielmehr von einer durchaus lebhaften Auseinandersetzung, in der auch Defizite der Positionen Koflers zur Sprache kommen. Beispielsweise ist Koflers apodiktische Kunsttheorie und Ästhetik, die fast sämtliche Formen der modernen Kunst zurückweist, kaum vermittelbar. Korngiebel präsentiert hier eine gelungene Gegenüberstellung von Marcuse, Bloch und Kofler. Er zeigt Überschneidungen und Differenzen ästhetischer Positionen auf, die mit Variationen drei fortgeführte Traditionslinien der Expressionismusdebatte aus den dreißiger Jahren darstellen.



Koflers Stalinismuskritik markiert nach Jünke »den im deutschen Sprachraum nach dem Zweiten Weltkrieg ersten systematischen Versuch, die stalinistische Theorie mit marxistischen Mitteln zu kritisieren«. Der Marxismus wird für Kofler durch drei charakteristische Formen des Stalinismus entstellt. Er eliminiert die Dialektik aus dem Marxismus, der historische Materialismus wird auf einen platten mechanistischen Ökonomismus reduziert und schließlich wird der marxistische Humanismus vergessen, der darauf aus ist, den Menschen aus jeglicher Entfremdung zu befreien. Koflers Hauptverdienst liegt hier nicht in der historischen Analyse des Stalinismus, sondern wiederum in seiner Ideologiekritik, die eine ausführliche methodologische Kritik des marxistisch-bürokratischen Mechanismus unternimmt.

Im selben Beitrag wird Koflers grundsätzliches Verhältnis zum Stalinismus zur Sprache gebracht. Für Jünke steht Kofler auf einem reformkommunistischen Standpunkt, dessen politische Zielsetzung ein demokratischer Sozialismus war. Schon Ende der dreißiger Jahre hatte Kofler die Legitimität der Moskauer Schauprozesse massiv angezweifelt. Jedoch diagnostiziert Jünke eine Positionsverschiebung in den achtziger Jahren, die er auf die politische und persönliche Enttäuschung Koflers über das Schicksal der neuen Linken zurückführt. Kofler sei vom schärfsten Stalinismuskritiker zum Apologeten geworden, der seine ganzen Hoffnungen auf eine Entstalinisierung von oben setzt, die deutlich erziehungsdiktatorische Züge annimmt.

Eine ähnliche Position nimmt Reinhard Köbler ein, der die in der Linken verbreitete These vom »asiatischen« Rußland widerlegt. Köbler verweist auf die Schwierigkeiten und Aporien, mit denen ein Vertreter der marxistischen Tradition zu kämpfen hatte, wenn er zu einer realistischen Einschätzung der Sowjetunion kommen wollte. Die despotischen Züge des Sowjetsystems deutet Köbler als strukturelle Merkmale der gesellschaftlichen Moderne.

Jünkes zweiter Beitrag über das Verhältnis von Kofler und neuer Linker beendet die Aufsatzsammlung. Hier findet sich eine erste Darstellung der Kontakte zum SDS, sein ehrgeiziger Versuch, eine zu den Frankfurtern

alternative Gesellschaftstheorie auszuarbeiten, oder seine Kritik an den Alternativen. Jünke wendet sich hier auch Koflers nicht unproblematischer Theorie der progressiven Elite zu.

Blickt man also hinter die »altlinke« Fassade, so lassen sich in Koflers Werk noch wertvolle Anknüpfungspunkte finden, die geeignet sind, wichtige Impulse für Wissenschaft und Politik zu geben. Der Sammelband ist zum einen Dokument einer Neuaufnahme Koflerscher Ideen und zum anderen ein Beitrag zur Historisierung einer spezifischen Generation linkssozialistischer Intellektueller. Eine Aktualisierung von Koflers Ansätzen steht jedoch noch immer aus.

RICHARD HEIG

Werner Röhr, Brigitte Berlekamp,  
Karl Heinz Roth (Hrsg.):  
Der Krieg vor dem Krieg.  
Politik und Ökonomik der  
»friedlichen« Aggressionen  
Deutschlands 1938/1939,  
VSA-Verlag Hamburg 2001,  
397 S. (25, 50 €)

Zentrales Erkenntnisinteresse der verschiedenen Historiker, die in diesem Band Beiträge versammelt haben, sind die 1938 einsetzenden inneren und äußeren »Raubzüge« Deutschlands zur Konsolidierung des Rüstungsprogramms für den Krieg, insbesondere die »friedlichen« Aggressionen gegen die Tschechoslowakei und Österreich. Das Buch geht größtenteils auf eine Konferenz der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung in Berlin vom 18. und 19. September 1999 anlässlich des 60. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges zurück. Im ersten Teil geht es um die »Inneren Kriegsursachen«. Die Beiträge von Karl Heinz Roth, Dietrich Eichholtz und Martin Seckendorf behandeln dort jeweils die konkreten Zusammenhänge zwischen Rüstungskonjunktur und Rüstungskrise, den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und seine Rolle hinsichtlich der deutschen Expansionsstrategien, die Entwicklung der Zahlungsbilanzkrise Deutschlands



und deren Einfluß auf die Entscheidung zur Kriegführung gegen die Nachbarländer. Mit Hilfe des dort erbeuteten Goldes und der Devisen konnte Deutschland seine Zahlungsbilanzkrise und seine Devisennot erst einmal überbrücken. Allerdings, so Eichholtz, können die Expansions- und Kriegsziele nicht allein auf diese wirtschaftlichen Faktoren zurückgeführt werden, sondern waren auch von politischen und militärischen Kräfteverhältnissen abhängig.

Im zweiten Teil des Bandes werden die Entwicklung, der Stellenwert und der Charakter der ›friedlichen‹ Aggressionen für die weitere Kriegsplanung Deutschlands untersucht. War die Annektierung Österreichs langfristig geplant oder bot sich den Deutschen 1938 eine unabhängig von ihrer Planung liegende Gelegenheit? Manfred Messerschmidt, Martin Moll, Kurt Pätzold und Winfried Höhn behandeln auf unterschiedliche Weise die Entwicklungen zum Kriegseinsatz. Im Gegensatz zu Messerschmidt, der die Eroberung Österreichs als notwendiges Ergebnis von Hitlers Außenpolitik betrachtet, wendet Moll sich gegen die Interpretation, die einen Automatismus der Expansionsschritte befürwortet. Dies mag zwar rückblickend einleuchtend sein, aber entspreche nicht der Perspektive der damaligen Akteure. Der Einmarsch der Wehrmacht in Österreich folgte keiner langfristigen Planung, so Moll. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der österreichischen Staatsführung sowie die Ansicht, daß die Österreicher nicht absolut passive Opfer waren, sondern es mitunter aktive österreichische Nazis und sympathisierende Bevölkerungsteile gab. Kurt Pätzold untersucht im Rahmen der deutschen Kriegsvorbereitungen die Spezifika der antijüdischen Politik. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß zunächst eine Strategie der Vertreibung forciert wurde und erst im späteren Verlauf eine Strategie der physischen Vernichtung einsetzte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Sowjetunion steht. Die Rolle Danzigs beim Überfall auf Polen analysiert Winfried Höhn. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen drei bisher wenig bekannte Sachverhalte: erstens die Nazifizierung des Stadtstaates von 1933 bis 1939, zweitens die Mobilisierung für den Krieg im Zeitraum April bis August 1939

und drittens die Bedeutung Danziger Formationen beim Überfall auf Polen. Höhn fand heraus, daß am 16. April eine als Luftschutzübung getarnte Leistungsüberprüfung der Danziger Polizeikräfte faktisch die Generalprobe der Erstürmung der polnischen Post in Danzig war.

Im dritten Teil des Bandes geht es um den außenpolitischen Kontext und die Beschwichtigungspolitik Englands und Frankreichs gegenüber Hitler. Mit der britischen Garantieerklärung für Polen am 25. März 1939 war die Beschwichtigungspolitik eigentlich formal zu Ende, dennoch, wie Werner Röhr und Siegfried Büniger nachweisen, bedingte nicht einmal die britische Kriegserklärung vom 3. September 1939 ein Ende dieser Politik. Die offizielle Kriegserklärung führte zu keinem Ende der Beschwichtigungspolitik Chamberlains. Dies lag zum einen in einer Kriegsvermeidungsstrategie, zum zweiten im Antikommunismus konservativer Kreise und drittens darin begründet, daß Großbritannien nicht alle Festlegungen der Pariser Friedenskonferenz mitgetragen hatte. Ryszard Nazarewicz zeigt in seinem Beitrag die Zusammenarbeit Polens mit Deutschland während der Septemberkrise 1938 auf. Ferner verweist er darauf, daß Polens Verbündete und Garanten seiner Unabhängigkeit (trotz aller Bekenntnisse in Dokumenten) keineswegs die Intentionen hegten, Polen im Falle einer deutschen Aggression zu helfen.

Der letzte Abschnitt des Bandes behandelt die historischen und aktuellen Aspekte deutscher Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert. Aktuell lassen sich wiederum in der deutschen Außenpolitik neben einem zunehmenden Großmachtstreben und militär-interventionistischen Maßnahmen auch Elemente deutscher »Volkstumspolitik« wahrnehmen, die Ähnlichkeiten mit dem 1937 von Hitler durchgesetzten »Volksgruppenrecht« aufzeigen. Hans-Rüdiger Minow verdeutlicht in seinem Beitrag zur »Deutschen Ethnopolitik«, wie die deutsche »Volksgruppen«-Politik im 20. Jahrhundert immer wieder den Übergang von zivilen zu militärischen Vorgehensweisen markierte, beispielsweise auch im ehemaligen Jugoslawien. Bernhard Puchert untersucht mittels wirtschaftshistorischer Längsschnittuntersuchungen die Spezifika deutscher wirt-

schaftlicher Expansionsstrategien und stellt die Bewegungsformen von Widersprüchen dar, mit denen es das deutsche Kapital vor und in beiden Weltkriegen zu tun hatte und deren Lösungen beide Male im Krieg lagen. Beginn der Erste Weltkrieg in einer Prosperitätsperiode, führte der Zweite Weltkrieg aus einer wirtschaftlichen Stagnation heraus und stellt damit sozusagen den Rahmen einer großen Depression dar. Der Krieg vor dem Krieg, die Annexion Österreichs und der tschechischen Gebiete führte zu einer größeren Bereitschaft, den Krieg zugunsten einer weiteren ökonomischen Expansion zu führen.

Die Bedeutung der in diesen Band aufgenommenen Beiträge beruht nicht allein in deren instruktiven, teils neuartigen und weit gefächerten Analysen, sondern insbesondere auch in der Berücksichtigung aktueller Probleme. Die Analysen der ›friedlichen‹ Aggressionen zeigen damit auf, daß Geschichtsforschung nicht nur einem reinen Selbstzweck oder fachimmanenten Auseinandersetzungen folgt, sondern auch derzeitige politische und soziale Probleme, Widersprüche und Krisen thematisieren und Kontinuitäten oder Diskontinuitäten herausstellen kann. Aus diesen Gründen ist das Buch sehr lesenswert und wärmstens zu empfehlen.

STEPHAN MOEBIUS

**Initiative Sozialistisches Forum:  
Furchtbare Antisemiten,  
ehrbare Antizionisten. Über Israel  
und die linksdeutsche Ideologie,  
ça ira Verlag Freiburg 2000,  
154 S. (12,00 €)**

Das Autorenkollektiv Initiative Sozialistisches Forum (ISF) veröffentlicht in diesem Buch Arbeiten, die vom Antizionismus und Antisemitismus in der Linken handeln. Entstanden sind die Texte zu unterschiedlichen Anlässen, meist 1991. Trotzdem ist dieses Buch keine Stückelei, wie sie des öfteren bei Neuveröffentlichungen und Bündelung vorkommt.

Die deutsche Linke habe sich dahingehend um den deutschen Nationalismus und darum

auch Antisemitismus verdient gemacht, weil sie »mit Hilfe des Antizionismus die deutsch-völkische Kontinuität wahr[te] und die Nation entschuldig[te]« (S. 9). Nicht einen Gedanken daran verschwendend, warum das deutsche Volk mehrheitlich für den Nationalsozialismus war, soll die Linke mit ihrem Antizionismus drei Funktionen »für das noch nicht zum ›Wir sind das Volk‹ geeinte[n] Deutschland« (S. 8) erfüllt haben:

Erstens war der Antizionismus »die objektive Agentur des Antisemitismus im Lager der Linken, die eben dadurch ... ihre Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv demonstrierte« (S. 8). Des weiteren sei »der Antizionismus die Repräsentanz des durch die Sowjetunion ... dargestellten Hegemonialanspruchs des Marxismus-Leninismus über die Linke« (S. 8), »und drittens erlaubte der Antizionismus ... die Wiederaneignung der Idiotie von Volk, Vaterland und Muttersprache« (S. 8).

Deswegen setzt sich die ISF in »Zehn Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt« (S.15 - 92) mit den oben angeführten Fragen auseinander.

»Nerv des Antisemitismus« sei »die fetischistische, barbarische Kritik der bürgerlichen Gleichheit. Antisemitismus ist ... Ausdruck der repressiven Egalität, die der politische Souverän ... organisiert, deren unheilbarer Ausbeutungscharakter nur in der verkehrten und verdrehten Form des gleichen, freien und gerechten Tausches erscheinen kann« (S. 15). Dagegen ist daran festzuhalten, daß die Ökonomie im Kapitalismus zwar anders erscheint als sie ist, deswegen aber nicht zu folgern ist, daß dann der Antisemitismus hieraus folgt. Stimmen kann es deswegen nicht, weil die Auseinandersetzung von In- und Ausländern – zu denen der Antisemit die Juden und Jüdinnen zählt – vom Staat vorgenommen und von Nationalisten rassistisch in die Natur der Menschen verlegt wird.

Eine Linke, die »nichts ist als ein bloßer Bestandteil des Pluralismus und ein dynamisches Moment des Spiegelspiels der Politik, hat ... am strukturellen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft teil« (S. 15). Wenn die Linke nichts besseres zu tun weiß und hat, als diese Gesellschaft an ihren Idealen zu messen, »dann ist diese ›Linke‹ insofern antisemitisch,

als sie sich als unfähig zur Bekämpfung des Antisemitismus erweist« (S. 16). Kein Wunder, daß die Linke, theoriefeindlich wie sie ist, jede theoretische Auseinandersetzung über die Gesellschaft, die sich nicht sofort in ihre Praxis umsetzen läßt, damit meint zu kritisieren, daß sie als Gedanke, also abgehoben, elitär usw. denunziert wird. So soll die Linke gerade damit die »völkische Denkform par excellence« (S. 22), »den Gegensatz des Freischwebenden zum Bodenständigen« (S. 22) pflegen.

Ihre Überlegungen über den Antisemitismus hindert die ISF leider nicht daran, in den alten skeptizistischen Fehler zu verfallen und der Shoa Unerklärlichkeit zu attestieren – was dann ja zumindest erkannt sein muß, so daß der prinzipielle Zweifel sich selbst aufhebt. Die Shoa erklären zu wollen, soll vielmehr eine »Rationalisierung« (S. 29) sein, welche bei der Linken direkt zu der absurden Gleichsetzung von Faschismus und Zionismus führe, wie ihn einige Linke nach dem Motto: »Es muss doch irgend etwas dran sein am Antisemitismus der Nazis, von nichts kommt nichts« (S. 30) pflegen.

Antisemitismus, der eine falsche Erklärung der Welt ist, die regelmäßig mörderische Konsequenzen zeitigt, hält die ISF für eine Art Krankheit, die »nach der Seite des Individuums ... vielleicht heilbar und psychoanalytisch zu therapieren« (S. 32) sei. Dieser Gedanke, den auch schon Hitler hatte, verdankt sich der Überlegung, daß Auschwitz der »gesellschaftlich vollzogene Bruch mit Ratio überhaupt« (S. 29) sei. Gesellschaftlich aber muß dem »Agitator« ... das Gesagte als wirklich Gemeintes auf den Kopf zugesagt werden« (S. 32 f.).

Zionismus ist nicht der Name für den Nationalismus Israels, sondern behauptet gleichzeitig immer auch mit, daß Israel eigentlich kein Existenzrecht habe; »Israel, zum Generalfeind nationaler Identität und zum anti-völkischen Volk schlechthin geadelt, hat« für den Antizionisten »den Unterschied zwischen guter Herrschaft und willkürlicher Regierung zu veranschaulichen« (S. 46). Deswegen kann Zionismus nicht als Name für israelischen Nationalismus benutzt werden. Dieses anzuerkennen, soll »die Vorbedingung jeder Diskussion« (S. 46) sein.

Der Zionismus, die »nationale Befreiungsbewegung der Juden« (S. 46), soll erstens ein

Fehler und zweitens die einzig mögliche Antwort auf den Antisemitismus sein. Weil die Gründung Israels die ursprüngliche Akkumulation mit ihren Grausamkeiten »vollzog wie im Zeitraffer« (S. 64), »erscheint es bürgerlichen Philosemiten deshalb als das reinste Wunder, während den linken Antizionisten die Selbstbehauptung Israels als die Grausamkeit an sich vorkommt« (S. 64). Aus diesen ungeschönen Seiten jeder Staatsgründung und dem Ideal einer garantiert völkischen Herrschaft ziehen die antizionistischen Pöbeleien gegen den »imperialistischen Brückenkopf Israel« ihr Material (vgl. S. 65-74).

Aus diesen Überlegungen zieht die ISF den Schluß, daß eine staats- und klassenlose Gesellschaft erstens notwendig ist und daß zweitens aber bis dahin, da »die Juden das gleiche Recht auf Palästina haben wie die Palästinenser, die Georginer oder die Gagausen« (S. 91), es wegen »der nationalen Verfassung der Weltgesellschaft ... legitim ist, aus Notwehr oder Nothilfe dieses »Besuchsrecht« zu erzwingen« (S. 91).

Im Anhang (vgl. S. 95 - 146) wird an Hand von drei Fallstudien der Antisemitismus in der Linken untersucht. Erstes Beispiel ist der zweite Golfkrieg und der Umgang der deutschen Friedensbewegung mit der irakischen Drohung, Israel mit Giftgas zu beschießen. Richtig wird festgestellt, daß »Kriege ... zum Kapitalismus [gehören] wie Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Erdbeben zur Natur« (S. 102). Daraus wird aber ohne weitere Argumente, außer ihrer Moral, geschlossen, daß »insoweit der Krieg um Kuwait jedoch zum Krieg gegen Israel eskaliert wird, ... etwas anderes auf der Tagesordnung« (S. 103) steht. Als zweiter Fall wird eine Radiosendung des Radio Dreyeckland (RDL) angeführt und die daran anschließende Auseinandersetzung, in der eine antisemitische Gruppe von der weiteren Nutzung des Radios ausgeschlossen werden sollte, was von der Mehrheit der Radionutzer verhindert wurde, da zwar klar sei, daß antisemitische Sendungen nicht stattfinden dürften, es aber leider »nicht leicht und mit Konsens festzustellen« ist, »was und warum ... antisemitisch ist« (S. 112). Der dritte Fall dreht sich um den Umgang mit der Kritik an der RDL Sendung. Diese wurde abgeschmettert mit dem, nicht nur, aber auch in der Lin-

ken üblichen Umgang mit Kritik: Sie gehört sich einfach nicht, verstoße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und außerdem sei nicht jeder Jude ein Zionist, aber jeder Zionist ein Nazi, was man ja wohl kritisieren dürfe ...

Das Buch der Initiative zu lesen ist unfreiwillig erheiternd, da sehr gekonnt auf den Idiotien der Linken herumgeritten wird. Gleichzeitig bleibt es einem im Halse stecken genau wegen der, allerhöchstens euphemistisch so zu nennenden Idiotien. Leider kommt hinzu, daß die Initiative Sozialistisches Forum eine psychoanalytische Theorie vertritt, so daß die Kritik an der Psychoanalyse natürlich auch auf ihre Theorie zutrifft. Auch in anderen Bereichen ist die Theorie sicherlich nicht ausge-reift. Natürlich lohnt es sich trotzdem, dieses Buch zu lesen.

ALJOSCHA JEGODTKA

**Ulrich Busch:**  
**Am Tropf. Die ostdeutsche**  
**Transfergesellschaft,**  
**trafo verlag dr. wolfgang weist**  
**Berlin 2002, 414 S. (29,80 €)**

Selbst wenn die ›goldenen Jahre‹ der Transformationsforschung – in denen Fördermittel für alle nur denkbaren ›Projekte‹ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis zur Volkswagen-Stiftung freigebig bereitgestellt wurden – längst vergangen sind, ihre ertragreichste Zeit steht möglicherweise erst noch bevor; auch wenn auf den ersten Blick die Entwicklung in eine andere Richtung weist. Das wachsende politische Unbehagen, am Thema ›Systemtransformation‹ weiter zu forschen, wo doch die anfangs befürchteten Katastrophen im Osten ausgeblieben sind und sich die Folgen für den Westen als bemerkenswert gering erwiesen haben, hat sich nämlich längst mit dem nachlassenden Eifer der »Brotgelehrten« (Schiller) gepaart, denen an einer Erschütterung der alten theoretischen Glaubenssätze nie ernsthaft gelegen war. Dieses Ergebnis war freilich vorhersehbar: Nach einer kurzen Phase hysterischer Aufgeregtheit zieht die Karawane weiter ... und zurück bleibt der ›harte Kern‹, der es ohnehin schon

immer genauer wissen wollte, wie Systemveränderungen in modernen Gesellschaften tatsächlich funktionieren (können).

Ulrich Busch, der sich seit langem um die fundierte wissenschaftliche Analyse vor allem der ökonomischen Seite des Systemwechsels in Ostdeutschland verdient gemacht hat, gehört zweifellos zu diesem ›harten Kern‹. Seine neuste Studie zu den west-ost-deutschen Transferzahlungen geht weit über das hinaus, was gemeinhin von einem Finanzökonom erwartet werden darf. Busch beweist hier nämlich nicht nur exzellente Sachkenntnis im Labyrinth der finanztechnischen Details eines weltweit wohl einmaligen Geflechts von Zahlungen, er arbeitet sich mit analytischem Biß und großer Beharrlichkeit durch eine Unmasse von Literatur und gelangt schließlich zu klaren, im besten Sinne des Wortes politökonomischen Aussagen.

Nach einer Erörterung der Besonderheiten des ostdeutschen Wirtschaftsraumes und der daraus abgeleiteten Charakterisierung der ostdeutschen Teilgesellschaft als »Transfergesellschaft« (Kapitel 1) legt der Autor im zweiten Kapitel, wo er eine »Wesensbestimmung der Transferleistungen« vornimmt, die Basis für die später präsentierte Detailanalyse und die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen. Die Notwendigkeit von unerwartet großen und lang anhaltenden Transferzahlungen entspringt demnach zum einen der »abenteuerlichen« Politik der Kohl-Regierung, die in Ostdeutschland »zu dem tiefsten Produktions- und Beschäftigungseinbruch, den je eine Region vergleichbarer Größe und Bedeutung erlebt hat« (S. 77), führte, und resultiert zum anderen aus der Übertragung des westdeutschen Sozialversicherungssystems auf Ostdeutschland. Dadurch wurde eine Reihe von Zahlungsverpflichtungen vor allem in bezug auf die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung begründet, die aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche Ostdeutschlands nur als West-Ost-Transfers aufgebracht werden können, die aber ihrem Wesen nach jedoch nichts ›Besonderes‹, sondern schlicht ›Rechtsansprüche‹ darstellen (vgl. S. 277ff.). Den Kern der mit den Transferleistungen verbundenen chronischen gesamtwirtschaftlichen Kalamitäten verortet Busch – auf der Grundlage eines eindrucksvollen Exkurses in die

Außenwirtschaftstheorie (vgl. S. 116ff.) – in einem spezifischen »Transferkreislauf«, der die west- und ostdeutschen (Teil)Ökonomien verhängnisvoll miteinander verkoppelt. Der ostdeutsche »Entwicklungsrückstand induziert einen Transferbedarf, die daraufhin getätigten Transferzahlungen ziehen einen Realtransfer (den mit Transfergeldern bezahlten »Export« von Gütern und Leistungen von West nach Ost – AH.) nach sich, welcher die Entwicklung endogener Potenziale unterdrückt, was erneut zu einem Transferbedarf führt usw. usf.« (S. 120). Die ökonomische Rationalität dieses »Kreislaufs« besteht nach Busch also darin, daß »die transferfinanzierten Ausgaben im Osten das Wirtschaftswachstum im Westen mitfinanzieren, wodurch der Transferbedarf gedeckt ..., zugleich aber auch neu gesetzt« wird (S. 88).

Hier wird ein wahrscheinlich über die deutsch-deutsche Problematik weit hinausgreifender wesentlicher Zusammenhang beschrieben, der insbesondere einiges über die Unterentwicklung konservierenden Wirkungen von »Entwicklungshilfe« zwischen »Erster« und »Dritter« Welt zu erhellen vermag – auf eine solche (sich geradezu aufdrängende) Weiterung der Sicht verzichtet Ulrich Busch allerdings weitgehend.

Nachdem der Autor im dritten Kapitel zu »Struktur und Umfang der Transferleistungen« bis in die feinsten Kapillaren des Transferphänomens vordringt, sind vor allem die in den beiden abschließenden Kapiteln präsentierten Folgerungen von einiger Bedeutung. Busch gelingt es hier insbesondere zu zeigen, wie eng die höchst unterschiedlichen west- und ostdeutschen Entwicklungen verzahnt sind. Nicht nur, daß die Transferzahlungen anfänglich einen wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland finanzierten (vgl. S. 343), sie hatten dort auch einen »Niveaueffekt« (S. 350) zur Folge, der wesentlich auf dem Fortbestehen des Transfermechanismus beruht. Produktionslücke Ost und Produktionsüberschuß West – »ostdeutsches Defizit und westdeutsches Plus im innerdeutschen Güteraus-tausch« (S. 352) – bedingen sich derart, daß ein Aufholen des Ostens zwingend einen Abbau im Westen zur Folge hätte. Und genau darin liegt die eigentliche Brisanz der deutsch-deutschen Transferbeziehungen auf lange

Frist. Denn die Form, wie die Vereinigung vollzogen wurde, hat nicht nur zu einer gigantischen Umverteilung von Einkommen und Vermögen geführt, sie ging auch damit einher, daß die, die am meisten davon profitiert haben, die geringsten Lasten zu tragen hatten.

Die von Busch – und anderen, insbesondere im Umfeld der Initiative ›www.thierse-hat-recht.de‹ – geforderte »Investitionsoffensive Ost«, um eine dauerhafte »Peripherisierung« Ostdeutschlands zu vermeiden, ist jedoch kaum anders denkbar als mittels einer Verlagerung industrieller Standorte von West nach Ost. Statt der durch die Transferpolitik bewirkten Einkommensumverteilung und Ressourcenverschiebung von Ost nach West (vgl. S. 357) müßte ein umgekehrter Prozeß in Gang gesetzt werden, in dessen Folge der Westen unweigerlich »verlieren« würde. Zuge-spitzt ließe sich also sagen, daß der Aufbau Ost in vielerlei Hinsicht ein wirtschaftliches Nullsummenspiel wäre, bei dem es um eine tatsächliche Gleichverteilung der Lasten geht, um eine Konstellation, die für große Teile der westdeutschen Gesellschaft, trotz aller Reklamationen über die Vereinigungskosten, bisher noch weitgehend unbekannt ist und die erst den wirklichen Test auf die Bereitschaft zu gegenseitiger Solidarität darstellen würde.

Ob ein solches Entwicklungsszenario möglich ist, ist derzeit offen. »Auf jeden Fall verschiebt sich die Erreichung des Konvergenz-ziels und damit die Vollendung der Einheit bis weit ins 21. Jahrhundert hinein. Und auch das nur, wenn die Wirtschaftspolitik entsprechende Rahmenbedingungen dafür setzt. Ansonsten »kippt« der Osten und wird zum deutschen *Mezzogiorno*« (S. 362 f.).

Das hier anzuzeigende Werk von Ulrich Busch signalisiert möglicherweise, daß Transformationsforschung überhaupt erst jetzt – mit dem nötigen zeitlichen Abstand und befreit vom »Wissenschaftstourismus« – tatsächlich machbar ist. Und vielleicht wird dieses Buch als eines der ersten wirklich bemerkenswerten in die Geschichte der Erforschung des »ostdeutschen Sonderfalls« der Systemtransformation eingehen. Das Zeug dazu hat es auf jeden Fall, ob es auch die dafür unerläßliche wissenschaftshistorische Fortune hat, bleibt abzuwarten – und zu hoffen.

ARNDT HOPFMANN



## Gerhard Zwerenz Ernst Bloch and the Kopernicanian Turn in Lecture Hall 40

The author Gerhard Zwerenz worked – until he fled from East to West Germany in 1957 – as young research fellow with the philosopher Ernst Bloch at Leipzig University. In his essay on the occasion of the 25th anniversary of Bloch's death (July 8, 1887 – August 4, 1977) Zwerenz explains how Bloch argued in his philosophical lectures in the extremely sensitive political period between the XXth Party Congress of the Soviet Communist Party (February 1956) and the so-called Hungarian Revolution (November 1956). This time span was characterized by a short ›season of thaw‹ followed by a restitution of new forms of Stalinist oppression (which finally also drove Bloch out of East Germany). Using the example of how Bloch interpreted Marx' thesis 11 on Ludwig Feuerbach Zwerenz demonstrates that Bloch's idea of human self-liberation openly placed the Stalinist party-elite's concept of power into question.

## Jochen Weichold: Farewell to Visions

The new political program of the German Green Party, adopted in March 2002, marks a turning point in the development of that party. But these transformations are of little surprise to those considering Green political practice over the past few years. Their program verifies the Greens' metamorphosis from a party in opposition to the social and political system into a governing party upholding the system. The Greens today can no longer be seen as an anti-party party. Though they now claim to be a »Party of the left center«, one finds neither social visions surpassing a capital dominated society nor a criticism of the foundations of this society in their new program. On the contrary the new political program with its neo-liberal touch reads like a government program for the next 20 years.

## Thomas Schubert: Rudolf Bahro – an East-West German thinker between yesterday and tomorrow

This article introduces the political and philosophical ideas of Rudolf Bahro. The theme revolves around Bahro's intellectual development from a romantic, but radical, critic of the ›real existing socialism‹ (in East Germany), becoming a left-ecological spokesman of the West German Green Party's fundamentalist wing, to finally arrive at his metaphysical speculations. In order to better understand Bahro's development in thought, particularly references to the philosophy of Friedrich Nietzsche are made.

## Klaus Meier Networks for a Sustainable Society

After an extended phase of normative discussions on the relationship between justice and sustainable development, the debate has reached a point where the emancipatory project of a sustainable society should begin to be put into practice. What is necessary is the development of realistic concepts within the framework of a socio-ecological reform strategy. From a socialist point of view, the Rosa Luxemburg Stiftung should play an important role in a network that develops and implements such a strategy. The text of Klaus Meier deals with the question if and to what extent the sustainability concept can promote patterns of development that provide an alternative to what is seen as TINA neoliberal ›constraints‹. He concludes that analyses, discourses and various options for social activities will constitute a framework for patterns and processes of sustainable development and thus become the main battlefield in the political arena.

## Andreas Merkens Inequality for All – Educational Reform Act and Social Contradiction

Educational policy has historically been a field of contradictory compromises and hegemonic alliances. The author criticizes current political efforts at reconstituting an amalgam between classical social-democratic demands such as ›equality through education‹ and neoliberal educational policy determined by market prerogatives. In a historical review of the German Reform Act of the late nineteen-sixties, Merkens discusses an ideological formation with many parallels: the attempt to use in the name of social equality the demands for private economic modernization to make educational reform. In a subsequent empirical review he points out the false promises of that reform. He draws the conclusion that the present system of schooling is still a structural system of social inequality, there is no empirical change toward a larger degree of social justice. A final paragraph presents the writing of Hans-Joachim Heydorn and his ›praxis-philosophical‹ and Marxist criticism of educational-reform.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen: Informationen zur Autorin, zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden. Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.  
Redaktion:  
WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,  
ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), ULLA PLENER,  
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,  
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH  
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)  
Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)  
E-Mail: [utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de](mailto:utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de)  
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL  
Satz: ELKE SADZINSKI  
Druck: BärenDruck GmbH,  
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)  
Einzelverkaufspreis: 6 €  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
57 € (Inland), 75 € (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 85/86:	je	1 €
Heft 87 bis 121/122	je	2,50 €

